

Anthony Schlingel

Dennoch überlebt das Volk



Polnische Frontkämpfer-Delegation am Ehrenmal Unter den Linden in Berlin.

Die polnischen Kameraden standen auf ihrer Deutschlandreise unter Führung von Brig.-General Dr. Jarnaszkiewicz. Pressefoto aus: "Deutsche Kriegsofferversorgung", Oktober 1938.



Tagung des Ständigen Internationalen Frontkämpferausschusses (C.I.F.) in Coburg.

Der Präsident der C.I.F., Herzog von Coburg, mit Generalsekretär Smogorzewski (Polen) und den anderen Delegierten aus Belgien, Bulgarien, England, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn auf dem Wege zum Ehrenmal.

Bildbericht im "Blatt der deutschen Frontkämpfer", Oktober 1938.



Ende 1938 marschieren deutsche und englische Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges im britischen Chelsea gemeinsam auf, um Überwindung des Hasses und den Frieden zu gelohnen.

Dr. Gerhard Frey (Hrsg.), "Deutschland wie es wirklich war -- 1.000 Bilder, die das Fernsehen nicht zeigt", München 1994 FZ-Verlag, S. 332.

Anthony Schlingel

Dennoch überlebt das Volk

The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verleiht, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:
"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",
so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:
"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freiheitsruf für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Dokument der Unterwerfung Artikel 139 Grundgesetz

"Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Wären es nicht die Worte des langjährigen Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, **Nahum Goldmann**, so wären sie längst verurteilt worden:

"Und was machen wir aus dieser neuen Machtstellung? Hauptsächlich protestieren wir weiter. Ich übertreibe kaum. Das jüdische Leben besteht aus zwei Elementen: Geld einsammeln und protestieren."

Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox",
Köln - Frankfurt/M 1978, S. 77.

Deutschland das beliebteste Land der Welt BBC-London: Umfrageergebnis in 34 Staaten

Ob die Meinung von 17.000 Erwachsenen in 34 Ländern nun repräsentativ ist oder nicht, erscheint weniger wichtig als die Tatsache, daß die Umfrage von offizieller britischer Seite durchgeführt und mit diesem Ergebnis eingestanden worden ist. Dies ist die eigentliche historische Sensation. Sie erweist die Wirkungslosigkeit der jahrzehntelangen "Täter- und Mordervolk"-Propaganda. Dies konnte nur deshalb möglich sein, weil sie inzwischen weltweit als verlogene erkannt worden sein muß.

Einzelheiten in: *Deutsche National Zeitung*,
München 11.4.2008, S. 1.

Copyright by **THE BARNES REVIEW (TBR Co)**

645 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 - USA
2012

Halten Sie Kontakt mit unserem Büro in Europa:

Barnes Review
P.O. Box 243 Uckfield East Sussex TN 22 9AW, Britain

ISSN 0176 - 4144

Inhalt

"Leugnen" ... ist Menschenrecht	3
Post für Bundespräsident Wulff	4
Alliierte Vorbehaltsrechte im "2 + 4 Vertrag"	6
Reichsaußenministerium "verbrecherische Org."	7
Eichmann-Akten gesperrt	8
Prof. Faurisson in Teheran 2006	9
Zum Fall Treblinka	13
Zum Fall Belzec	15
Katyn, Winniza	19
Sondergeschützte Studien	20
Schuld an zivilen Bombenkrieg	24
Hitler am 10.7.1940 zum Luftkrieg	25
Es wird weiter zensiert	26
BRD-Rechtsstaat in Praxis	27
3. Schauprozess gegen Gerd Honsik	28
Mil.-polizeilicher Dienst, Wien 1948	29
Germar Rudolfs "Karriere" zum pol. Verfolgten	30
Wie man ins Gefängnis kommt	31
Was alles im Rechtsstaat möglich ist	33
Er sang ein Lied -- "rechtsradikaler Straftäter"	33
"Kampf gegen Rechts"	34
Verbot: Hilfgemeinschaft f. nat. Gefangene	34
"Korrekte" Meinung im Internet	34
Finanzierung der Schulden fremder Länder	35
Mit Wiedergutmachung in die Schuldenfalle	37
Mit Kollaborationshilfe ausgeraubt	37
Leistungen von 1952 - 2010	40
ESM + EFP -- Rettungsschirme für Globaldiktatoren?	40

"Leugnen" behaupteter historischer Vorgänge ist gewährleistetes internationales Menschenrecht

Den "Holocaust" zu leugnen darf nicht strafbar sein! Auch ggfs. irrtümliche Auffassungen zu historischen Geschehnissen sind durch das Menschenrecht auf freie Meinung geschützt!

Jahrzehntelang haben die Verantwortlichen der Bundesrepublik die Menschenrechte, ihr Grundgesetz, die Prinzipien der Demokratie mißachtet, widerrechtlich tausende Gefängnisstrafen gegen eigene Landsleute verhängt, entscheidende wissenschaftliche Literatur und Dokumentationen zur Verteidigung des eigenen Volkes – als widerrechtlich erkennbar – vernichtet!

Nunmehr hat das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen auf seiner 102. Tagung vom 11. - 29. Juli 2011 in Genf mit Neufassung des Art. 19 der UN-Menschenrechtskonvention entschieden, daß auch das speziell erwähnte Bestreiten des "Holocaust" zu den zu schützenden Rechtsgütern der freien Meinungsäußerung gehöre und nicht strafverfolgt werden dürfe!

Das Komitee faßte für alle Unterzeichnerstaaten der UN-Menschenrechtskonvention – also auch für die BRD, Österreich, Frankreich und Schweiz – folgenden verbindlichen Beschluß:

"Gesetze, welche den Ausdruck von Meinungen zu historischen Fakten unter Strafe stellen, sind unvereinbar mit den Verpflichtungen, welche die Konvention den Unterzeichnerstaaten hinsichtlich der Respektierung der Meinungs- und Meinungsäußerungsfreiheit auferlegt. Die Konvention erlaubt kein allgemeines Verbot des Ausdrucks einer irrtümlichen Meinung oder einer unrichtigen Interpretation vergangener Geschehnisse." (Absatz 49., CCPR/C/GC/34)

Das Komitee bezieht sich ausdrücklich auf das in mehreren europäischen Ländern strafbare Vertreten "abweichender" Erkenntnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zum konkret bezeichneten Thema des "Holocaust". Eine einseitige Begrenzung z.B. auf "Geschehnisse der ns-Gewaltherrschaft" sei ohnehin rechtswidrig. "Leugnen" von bestimmten Interessentengruppen dogmatisierter "historischer Fakten", zumal sie variationsreich, unrealistisch, widersprüchlich und beweislos behauptet werden, darf nicht strafbar sein.

Im übrigen sind derlei Erkenntnisse in anderen Ländern ohne Meinungsverbote über das Internet jedem Bürger zugänglich geworden.

Für Deutschland bedeutet dies, daß das 1984 unter Bundesjustizminister Engelhard eingeführte "Gesetz gegen die Auschwitzlüge" (§ 130 StGB) nunmehr Makulatur ist, zumal Art. 25 des Grundgesetzes die Völkerrechtsregeln gegenüber den nationalen Gesetzen als vorrangiges Recht verfügt.

Ungezählte Urteile des Bundesverfassungsgerichts sind aufzuheben, Tausende des "Holocaust-Meindelvikts" wegen verurteilte Deutsche zu rehabilitieren und zu entschädigen, jetzt noch Inhaftierte freizulassen, Berufsverbote aufzuheben, Kriminalregister zu bereinigen, die "öffentlichen Meinungsmacher" von der neuen Lage "in Kenntnis zu setzen".

Nachzuholen bleibt

eine analoge Erklärung dieses Menschenrechtskomitees zur Aufhebung aller den besiegten deutschen Volksvertretern durch die alliierten Siegermächte aufgezogenen Vertragsklauseln, die dem allgemeinen Völkerrecht widersprechen. Dies ist auszudehnen auf die Vorbehaltsrechte, die die Alliierten der Bundesrepublik ins Grundgesetz (Art. 139) verankert haben. Damit versetzen sie das deutsche Volk kraft Gewaltherrschaft in einen dauerhaften Zustand der Unterwürfigkeit und verloggenen und somit diffamierenden

Schuldverurteilung, während sie sich selbst für alle ihre eigenen Verbrechen amnestierten.

Eine derartige Praxis duldet das Völkerrecht nicht! Menschenrechtsgrundsätze sind illusorisch, wenn sie mit derlei Kolonialmethoden großen und zivilisatorisch hochstehenden Völkern verweigert werden, und die Ignorierung von Massenverreibungen, Massenmorden, jahrzehntelanger Sklavenarbeit, totaler Entrechtung sowie die Akzeptanz von Siegerjustiz, Kriegspropaganda und Geschichtsbildverdrehung zum Grundrecht für neuerliches Zusammenleben der Völker postuliert wird!

Post für Bundespräsident Wulff

Gigi Romeiser

63477 Maintal-Dörnigheim

"Die kollektive Bußbereitschaft wegen Auschwitz birgt in Deutschland schon lange »massenpsychotische Elemente«. So **Salcia Landmann**, jüdische Schriftstellerin.

Gigi Romeiser war Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und hatte dies zurückgegeben, nachdem dieselbe Auszeichnung an **Michel Friedmann** mit der für sie inakzeptablen Begründung verliehen worden war, der umstrittene Lebemann habe sich um die deutsch-jüdische Aussöhnung verdient gemacht.

Herr Bundespräsident!

Bußfertig eilten Sie nach Auschwitz am Holocaust-Gedenktag, den wir einem Ihrer Vorgänger zu verdanken haben, um als erster deutscher Bundespräsident dort eine Rede zu halten und die Verbrechen der Deutschen anzuprangern. Mit Ihrer Rede nehmen auch Sie unser ganzes Volk noch 66 Jahre nach Kriegsende in Sippenhaft. Eine solche Sippenhaftung sieht unser Rechtssystem nicht vor. Es ist zudem unzulässig, daß Sie durch dienstfeilige Schuldbekennnisse bei Ihren Auslandsbesuchen die Würde des deutschen Volkes verletzen, das Sie kraft Amtes zu vertreten haben. Kein Politiker irgendeines anderen Landes der Welt würde sich dermaßen erniedrigen.

Seit Jahrzehnten wartet das deutsche Volk auf einen Politiker, der würdevoll unserer eigenen Opfer gedenkt. 15 Millionen Deutsche sind umgebracht worden, davon die meisten nach dem Krieg, nach Hitler. Für sie gibt es weder einen Gedenktag noch eine Gedenkstätte. Deutsche Opfer werden verhöhnt, indem geschichtsfälschend alle Verbrechen an ihnen als eine unmittelbare Folge der **Hiderpolitik** erklärt, entschuldigend und kleingeredet werden.

Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit ist nur zu bereinigen, wenn auch die Verbrechen der Siegermächte und die der Vertreterstaaten benannt werden, die nach Öffnung vieler Archive inzwischen belegt sind:

15 Millionen Menschen sind vertrieben, enteignet, entrechtet und in eine Hölle geschickt worden. Ein Menschenrechtsverbrechen, das einmalig in der Welt dasteht.

*"7,3 Millionen sind in der Ostzone und in den Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind verdorben, gestorben."*¹⁾

1.042 deutsche Städte wurden bombardiert und dem Erdboden gleichgemacht, alle Städte von mehr als 3.000 Einwohnern, darunter alle Großstädte. In der Wüste von Utah probten die Amerikaner während des Zweiten Weltkriegs an detailgetreu nachgebauten Mietskasernen die fa-

brikmäßig geplante Einäscherung deutscher Städte. Ein ganz Großer der modernen Architektur hat sie erschaffen - der deutsch-jüdische Architekt **Erich Mendelsohn**.²⁾

Millionen von Frauen und Kinder wurden vergewaltigt und für ihr Leben geschädigt.

Ca. 11 Millionen deutsche Soldaten kamen in Kriegsgefangenschaft der Alliierten und wurden entgegen der Haager Landkriegsordnung an andere Länder ausgeliefert, wie Polen, Tschechien und Jugoslawien, wo sie furchterlichen Qualen und grausamen Behandlungen ausgesetzt waren.

Die Deutschen wurden dem Hungertod preisgegeben in einem völlig zerbombten Land. Die Deutsche Ärzteschaft damals zur deutschen Ernährungslage:

*"Wir als deutsche Ärzte halten uns für verpflichtet, die Weltöffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß das, was hier geschieht, das Gegenteil ist von der versprochenen »Erziehung zur Demokratie«; ... Was wir erleben, ist die Vernichtung der geistigen und körperlichen Substanz eines großen Volkes..."*³⁾

Die USA haben viele Todeslager auf den Rheinwiesen eingerichtet. Dort haben die Amerikaner Gefangene in voller Absicht verhungern lassen. Gütterzüge des Internationalen Roten Kreuzes mit Lebensmitteln und Medikamenten wurden mit der Behauptung zurückgeschickt, es seien ausreichend Lebensmittel vorhanden. Vor den Augen der Verhungerten wurden Lebensmittel verbrannt. Den Gefangenen wurde unter Mißachtung der Genfer Konvention der Kriegsgefangenenstatus aberkannt.⁴⁾

"Sie litten Hunger und waren der Witterung schutzlos ausgesetzt",

sagten Sie, Herr Bundespräsident, in Auschwitz am 27.1.2011, wobei Sie offensichtlich nicht an die deutschen Opfer dachten.

1/3 unseres Landes (164.497 qkm) mit unermeßlichen Werten wurde uns genommen.

346.000 deutsche Patente wurden konfisziert, 20.870 deutsche Warenzeichen, 50.000 neue Farbformeln.

523 deutsche Wissenschaftler wurden in die USA überführt und unzählige in die Sowjetunion. Allein 700 führende Fachleute von Junkers (Flugzeugwerke Dessau) wurden mit ihren Familienangehörigen (über 2.500 Personen) in die Sowjetunion deportiert am 22. Oktober 1946. Nahezu alle Industriezweige waren betroffen und führende Hochschulprominenten. Keiner hatte einen Arbeitsvertrag oder Ausweis.

Unersetzliche Kunstwerke wurden uns geraubt. U. a. wurden 52 Waggons mit Gold- und Silberbarren, Juwelen,

2) *Der Spiegel*, 41/1999.

3) Archiv der Bundesärztekammer. Nachlaß Karl Oelemann Nr. 27: Ernährungsrat der deutschen Ärzte.

4) James Baquet, "Der geplante Tod", Berlin - Frankfurt/M 1989.

1) Bundeskanzler **Konrad Adenauer**, "Erinnerungen 1945 - 1953", Stuttgart 1965, S. 186.

Perserteppiche, über 1.000 Ölgemälde, Kisten voller Goldmünzen, Tafelsilber, Porzellan, wertvolle Briefmarkensammlungen, Pelze und seltene Bücher am 17.4.1945 von amerikanischen Truppen beschlagnahmt. Fachleute sprechen vom Raub des Jahrhunderts.

Unsere Goldreserven aus dem Salzbergwerk Merkers wurden geraubt und 2,75 Milliarden RM in Papiergeld. Auch Devisen und Gold der Berliner Reichsbank blieben verschwunden (300 Mio. RM). Die USA beschlagnahmte völkerrechtswidrig auch das deutsche Vorkriegsvermögen von rund 600 Mio. Dollar -- **Adenauer** bemühte sich 1957 vergeblich um die Rückgabe. Hinzukommen Unsummen für Reparationen, Leistungen aus laufenden Produktionen, Besatzungskosten und bis in die heutige Zeit Stationierungskosten (wir sind noch immer ein besetztes Land).

Unsere wertvollen Wirtschaftsanlagen wurden demonstrierend und mitgenommen.

Herr Bundespräsident, Sie betonen unermüdlich: Wir müssen die Erinnerung wach halten. Aber bitte alle Erinnerungen und nicht nur Teilausschnitte, die ausnahmslos zu Lasten Deutschlands gehen! **Pat Buchanan**, republikanischer Bewerber für das Amt des US-amerikanischen Präsidenten, sagte einmal:

"Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben, aber sie weiß nichts über das, was den Deutschen angetan worden ist."

Sie verkünden, daß wir in tiefer Freundschaft mit unseren polnischen Nachbarn verbunden sind. Freundschaft gibt es nur in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Offenheit, der Wahrheit und des gegenseitigen Respekts.

Dauerhaft unterdrückt wird die Rolle Polens vor dem Zweiten Weltkrieg. Polen lebte mit keinem seiner Nachbarn in Frieden (außer mit Lettland und Rumänien). Polen hat ab 1920 schwere Menschenrechtsverletzungen an den 11 Millionen Menschen der nichtpolnischen Minderheiten (Deutsche, Juden, Ukrainer, Weißrussen) im Vielvölkerstaat begangen. Am 14. Dezember 1931 beschreibt der englische **Manchester Guardian** die polnische Nationalitätenpolitik als eine "Hölle". Am 15. Juni 1932 berichtet **Lord Noel-Buxton**:

"Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als 1 Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden."

Ministerpräsident **Tusk** stellte völlig selbstverständlich fest: *"Für Polen ist Vertreibung kein Thema!"* Das ist ungeheuerlich und von deutscher Seite hätte man umgehend dagegen vorgehen müssen!

Ständig werden neue Massengräber mit deutschen Opfern auf jetzt polnischem Gebiet gefunden, die Überreste werden ohne Untersuchung mit Schaufelbaggern entsorgt und deutsche Politiker schauen tatenlos zu und sind an keiner Aufklärung interessiert. Auch von Ihnen werden diese Toten ignoriert und damit noch im Tode ihrer Würde beraubt.

Indem unsere Politiker und insbesondere die Bundeskanzlerin, der Außenminister und Sie als der höchste Reprä-

sentant unseres Vaterlandes, ständig deutsche Schuld heraufbeschwören und gütig über die der anderen hinwegsehen, ja sogar die geschichtliche Wahrheit leugnen (z.B. als Frau **Erika Steinbach** von der Teilmobilmachung Polens sprach) bleibt die Freundschaft illusorisches Wunschdenken. Der damalige Staatspräsident Polens, **Lech Walesa**, durfte sich 1992 unwidersprochen in unentschuldigbarer Art und Weise über unser Land äußern:

"Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendigen fortgeschrittenen Technologien, um diesen Urteilsspruch durchzuführen."

Wir leisten Entschädigungszahlungen an Polen, obwohl Millionen Deutsche um ihren gesamten Besitz gebracht worden sind und wir um große Teile unseres Landes. Das hat mit Freundschaft nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das ist eine verabscheuungswürdige Kriechelei auf Kosten des deutschen Volkes, auf dessen Vertretung Sie als Präsident vereidigt worden sind.

Sie sagten jetzt in Auschwitz, Herr Bundespräsident: *"Die heutige Jugend muß die Wahrheit über das nationalsozialistische Terrorregime kennen..."*

und weiter:

"Deshalb hatte ich im vergangenen November Jugendlichen eingeladen, mich nach Israel und Yad Vashem zu begleiten."

Ich halte dies für eine unzulässige Indoktrination von jungen Menschen, die um so schlimmer ist, als ihnen der vollständige geschichtliche Hintergrund vorenthalten wird.

Unsere Geschichte schreiben die Sieger, was von den Repräsentanten unseres Landes ohne jeglichen Widerspruch hingenommen wird. Unsere Kinder und Studenten verlassen gehirngewaschen die Schulen und Universitäten und die nach dem Krieg eingeführte Lizenzpresse rundet das Bild ab. Wer nicht politisch korrekt denkt, wird in vielen Fällen angezeigt, zu Geldstrafen verurteilt oder zu Gefängnis, verliert seinen Job oder seine Existenz (erinnern Sie sich noch an den Abgeordneten **Martin Hohmann**?). Wissen Sie überhaupt, daß inzwischen weit über 100.000 Menschen in unserem Land wegen sog. Meinungsdelikte zu Geld-, Gefängnisstrafen verurteilt worden sind? Ich erinnere Sie auch an das Schliesiertreffen in Hannover, bei dem Sie als Ministerpräsident Niedersachsens das Auslegen und den Verkauf von Büchern untersagt haben, die in jedem Buchladen frei verkäuflich waren und nicht auf dem Index standen. Eine Zensur, die eindeutig Artikel 5 unseres Grundgesetzes verletzt hat. Genauso rechtswidrig wollten Sie Herrn **Sarrasin** aus der Bundesbank entfernen.

Wenn Sie junge Menschen in Ihre Politik einbeziehen wollen, müssen Sie selbst ein Vorbild sein.

Herr Bundespräsident, fangen Sie jetzt damit an!!!

Gigi Romeiser

Die alliierten Vorbehaltsrechte im "2 plus 4 Vertrag" vom 28.9.1990 bekräftigen den Verfassungsgrundsatz der Unterwerfung

Weltgeschichtlich singulär findet sich im BRD-Grundgesetz der Verfassungsgrundsatz verankert, daß alle Grundgesetz-Postulate gegenüber dem dauerhaft gültigen Siegerrecht aus der Besatzungszeit ab 1945 bedeutungslos sind: Versteckt im Artikel 139 heißt es:

"Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

Von den geraubten deutschen Ostgebieten stand nichts im "2 plus 4 Vertrag", auch nichts im Bundesgesetzblatt. Daher zur Erinnerung:

Ostpreußen mit Memelland:	39.300 km²
Danzig; amnestiertenern östlich der Oder:	31.300 km²
Brandenburg östlich der Oder:	12.600 km²
Schlesien östlich der Neiße:	33.400 km²
Sudetenland:	22.586 km²
insgesamt	141.152 km²

Im Bundesgesetzblatt 1990, Teil II, S. 1398 ff ist der sog. "Zwei plus Vier Vertrag" zusätzlich mit der Vereinbarung zu dem "Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten" festgeschrieben, worin es im 1. Teil, Art. 2 heißt:

"Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft."

"Die Frage der Reparationen wird durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden."

"Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen."

Setzt man diese Passagen in Bezug zum Ausgangspunkt der westalliierten Besatzungsdirektiven, -gesetze und Verwaltungsmaßnahmen -- der US-Besatzungsdirektive JCS 1067 --, so wird noch deutlicher, wie allumfassend die dauerhafte Unterwerfung und Entrechtung festgeschrieben ist:

"Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat und zur Verwirklichung alliierter Ziele."

Die unentwegten Sprüche, man habe Krieg geführt, um dem deutschen Volk die "Demokratie" zu bringen, erweisen sich angesichts auch dieser aufgezwungenen Vertragsfesseln, der Vertreibung aus einem Drittel des Heimatlandes sowie sonstigen vielfältigen Raubes als blanker Hohn!

Als ob die anschließend zugesicherte "Freiheit", über das Wetter, die Kindererziehung, Gartenpflege, Verkehrsplanung, Sozial- oder Finanzpolitik unterschiedlicher Meinung sein zu dürfen, gewährleistet "Demokratie" belege!

Der britische Professor A. J. P. Taylor folgt aus diesen Vertragssätzen

"Hat man die Männer an den Schalthebeln zeitgemäßer Massenbeeinflussung, hat man die Presse, Verlage, Rundfunk und Fernsehen, dann hat man die bleibende, unsichtbare Besatzung, die billigste und wirksamste zugleich, die es gibt. Besser als jede Einmischung von außen, sorgt sie von sich aus dafür, daß kein Unabhängiger je wieder zu Macht und Einfluß gelangt." ^{5) S. 58}

5) A. J. P. Taylor in: Karl Seeger, "Generation ohne Beispiel", 1991, Verlag für Zeitgeschichte.



Reichsaußenminister

nach Mord am deutschen Botschaftsrat in Paris
um Frieden mit Frankreich bemüht

Am Grabmal des unbekannten Soldaten
In Anwesenheit des französischen Außenministers Bonnet legte Reichsaußenminister v. Ribbentrop einen Lorbeerkranz mit Hakenkreuzschleife nieder. Unter dumpfem Trommelwirbel verharren die Minister und ihre Wegbegleitung schweigend vor dem Ehrenmal. — *Stuttgarter Illustrierte* Nr. 31, 21. Dezember 1938.

Reichsaußenminister Joachim v. Ribbentrop und der französische Außenminister Georges Bonnet unterzeichnen am 6. Dezember 1938 im Pariser Quay d'Orsay eine historisch bedeutsame Erklärung. Die Grenze im Westen ist endgültig, und die friedlichen und gutnachbarlichen Beziehungen sollen Deutschland und Frankreich zu einer glücklichen Zukunft führen. — *Stuttgarter Illustrierte* Nr. 31, 21. Dezember 1938.

Die französische Regierung hat mit ihrer Kriegserklärung an Deutschland am 3. September 1939 diese positive Entwicklung zunichte gemacht.

Außenministerium = "verbrecherische Organisation"

Die "Grünen" verschafften **Joschka Fischer** den antifaschistischen Karrieresprung vom "linksradikalen" Straßenkämpfer gegen den Rechtsstaat verteidigende BRD-Polizisten zum BRD-Außenminister. Sein Ziel: Den Nationalstaat Deutschland abzuschaffen, seine Interessen in Washington, in Brüssel oder von der Nato vertreten zu lassen. Dies förderte nicht nur seinen steilen Aufstieg und Ehren in Israel und Küsschen der US-Außenministerin **Albright**. Er schaffte es zum "Liebling" der Medien.⁶⁾

Doch er wollte (sollte?) auch etwas für die Nachwelt tun: Eine "Dokumentation" dafür liefern, daß das Reichsaußenministerium des Dritten Reiches eine "verbrecherische Organi-

sation" gewesen sei. Das hatten die Nürnberger Siegerichter tatsächlich vergessen! Es gelang ihm, dies nachzuholen.

Er beauftragte als AA-Amtschef i.J. 2005 eine "unabhängige Historikerkommission", deren führender Mitarbeiter, **Prof. Eckart Conze**, das nach "akribischer Forschungsarbeit" festgestellt hat.⁷⁾ Das ist jetzt sozusagen "offenkundig". 1,5 Millionen Euro, wurden den Steuerzahlern ungefragt dafür abgezockt.

"Das Amt und die Vergangenheit" (Berlin 2010) umfaßt mit danksagendem Nachwort des Ministers 900 Seiten.

Die "Historiker" fanden heraus, daß Reichsaußenminister

6) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 86, S. 17.

7) *Die Aula*, Graz, Februar 2011.

Joachim von Ribbentrop tatsächlich mehrfach mit **Adolf Hitler** über die Juden gesprochen hatte. Das genügte, um zu "wissen", daß es dabei um deren "Ausrottung" ging.

Dann gab es im AA (Auswärtigen Amt) Protokolle von Dienstbesprechungen, z.B. über die Führerrede vom 30. Januar 1939, in der ebenfalls das Judenthema angesprochen war; -- schlimm. Doch die Zusammenhänge -- z.B. die Evian-Konferenz zur Ermöglichung von Ausreisen und einvernehmliche Aufnahme in anderen Ländern oder Hinweise auf Umsiedlungsmöglichkeiten angesichts einer proklamierten Feindschaft zum deutschen Volk oder geforderte Einstellung von Kriegshetze internationaler Jüden-Kreise blieben unberücksichtigt. Statt dessen wird "beabsichtigte Judenvernichtung" interpretiert.

So einfach ist das bei pseudosakralem Segen des Ministers, seiner Regierung und der dies erwartenden "öffentlichen Meinungsmacher", weiß man doch auch um die Strafparagrafen, "den öffentlichen Frieden nicht stören" zu dürfen. Und dieser würde "gestört", wenn deutsche Historiker etwas herausfänden, was sie in der BRD-Demokratie nicht dürfen.⁸⁾

Und dann fanden die "unabhängigen Historiker" Sensationelles, das jahrzehntelang unentdeckt geblieben bzw. wieder vergessen worden war:

"Eine Reisekostenabrechnung" des "Judenreferat"-Referenten **Franz Rademacher** aus 1941. War doch "tatsächlich" **Rademacher** im Auftrag des AA

"zur Liquidierung von Juden nach Belgrad und Besprechung mit ungarischen Emigranten nach Budapest"

gereist und "hat die Unkosten über seine Dienststelle mit dieser Begründung abgerechnet!"

Ein Stück Papier brachte wieder einmal Ungeheuerliches ans Licht! Und alle Kollegen -- sogar die im "Widerstand" tätigen! -- hatten geschwiegen. Auch Jahrzehnte nach Kriegsende wußte niemand von ihnen darüber etwas. Auch kein Reisekostenbewilliger.

Der "neue Fund" war jedoch schon "Beweismittel" im Prozeß gegen **Franz Rademacher** im Jahre 1952, das zu seiner Verurteilung zu 3 Jahren und 5 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe zum Totschlag an ca. 1.300 Juden aus Serbien geführt hatte.

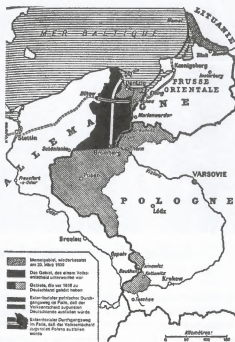
Wie immer es sich mit diesem inzwischen 60 Jahre zurückliegenden Prozeß verhält: Das Verfahren war nach Grundsätzen des Besatzungsrechts aufgezogen gewesen wie alle analogen "NSG-Verfahren" ebenfalls. Im "Überleitungsvertrag" vom 30.3.1955 hatte sich die Bundesregierung verpflichtet, rückwirkend alliierte Rechtsgrundlagen und Urteile anzuerkennen und in ihrer künftigen Rechtspraxis sich an diesen Maßstäben auszurichten (z.B. auch am "Londoner Protokoll" vom 8.8.1945, IMT-Satzung usw.).⁹⁾

Daher ist eine "rechtskräftige Beweismittlung" nach solchen Vorgaben für einen Historiker ebenso wertlos wie jene der IMT-Justiz 1945 - 1949. Pflöge man doch hier wie dort u.a. auch mit gefälschten "Dokumenten" zu arbeiten. Selbst die Herausgeber der "Akten zur Deutschen Aus-

wärtigen Politik 1918 - 1945" (ADAP) bedienten sich dieser Methode.⁹⁾

Auch 1952 war die besagte "Reisekostenabrechnung" nur ein Stück Papier, mit einem unmöglich authentischen Text, unmöglich deshalb, weil das AA mit derlei überhaupt nicht befaßt war! Zudem: Von konkreten Spuren fehlt alles: kein Fundort, keine Leichen, kein Lagebericht, nicht einmal Zeugen. Hätte man derlei, wäre die Berichterstattung darüber anders und auch das Urteil höher ausgefallen.

Amtsnachfolger **Guldo Westerwelle** (FDP), schuldbe-flissener Opportunischwätzer, empfahl derweil diese »Amtsgeschichtsbibel« als wichtiges Schulungsmaterial für den diplomatischen Nachwuchs, wohl wissend, daß sich mit derlei Kolonialdiensten keine deutschen Interessen vertreten lassen, die jedoch ein BRD-Außenminister zu vertreten geschworen hat. Am 29.10.2011 hatte ihn die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** darüber belehrt, daß "Das Amt" durch "viele sachliche Fehler, interpretatorische Einseitigkeiten, fehlende Sorgfalt bei der Überprüfung von Dokumenten und Widersprüche" gekennzeichnet sei.



Karte aus einer französischen Zeitung erläutert den deutschen Verhandlungsvorschlag Ende August 1939 mit versuchter englischer Vermittlung zur Entschärfung der deutsch-polnischen Spannungen und konfliktfreien Regelung der Verbindungswege zwischen dem Reich und Ostpreußen zu gelangen. Voraussetzung hierfür sollte eine Volksabstimmung der betroffenen Bevölkerung sein. Demokratischer ging es nicht. Die polnische Regierung reagierte darauf mit Generalmobilmachung am 31.8.1939.

9) Vgl. Registerhefte der *Historischen Tatsachen*.

8) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 99, S. 40 + Nr. 100, S. 20 + Nr. 101, S. 1.

Bundeskanzleramt sperrt Eichmann-Akte des BND

1960 hat der israelische Geheimdienst in einer völkerrechtswidrigen Aktion den nach Argentinien emigrierten ehemaligen SS-Obersturmbannführer und Referatsleiter IV/B 4 (Judenangelegenheiten) im Reichssicherheitshauptamt **Adolf Eichmann** gekidnappt und nach Israel ausgeflogen. Dort hat ihm die israelische Regierung 1961 den politisch groß herausgestellten Schauprozess wegen Massenmordes im Rahmen der seit 1945 zum Dogma erhobenen "ns-Endlösung" bzw. "Vernichtung der europäischen Juden" gemacht und hingerichtet.

Dieser Prozess war nach den gleichartigen Prinzipien wie die Nürnberger Militärtribunale von 1945/46 seitens der alliierten Siegermächte aufgezogen worden: Der Sieger schuf sich sein eigenes Recht, richtete in eigener Sache, behinderte Zeugen, unterschlug und verfälschte Dokumente, verdrehte Sachverhalte, verhinderte eine neutrale Beurteilung.

Anstatt 16 Jahre nach Kriegsende die Weltöffentlichkeit bei der Aufklärung dieses behaupteten "weltgeschichtlich singulären Genozids", für das sogar auch zukünftigen Generationen des deutschen Volkes eine "untilgbare Mitverantwortung" auferlegt wird, teilhaben zu lassen, sorgte Israel strikt für eigene Regie unter Ausschaltung neutraler Richter.

Um die Verschleierung der diesbezüglichen Sachverhalte komplett zu machen, hat die Bundesregierung nicht nur mit Einführung des § 130 StGB ("Volksverhetzung") dafür gesorgt, daß selbst unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen dieses Themas für strafbar erklärt wurden, sondern sie hat speziell im Fall **Eichmann** auch den Verschluß diesbezüglich vorhandener Akten verfügt.

Hierbei dürfte es sich nicht nur um Einzelheiten der Kidnapping-Aktion, sondern auch um das gesamte Umfeld der bei dieser Gelegenheit in Argentinien beschlagnahmten Unterlagen handeln, hat doch **Adolf Eichmann** nach Kriegsende vieles aus seiner Kriegstätigkeit zu Papier gebracht.

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren, in welchem die Journalistin, **Gaby Weber**, den Bundesnachrichtendienst zur Freigabe von Akten für die Forschung über die Angelegenheit "**Adolf Eichmann in Argentinien**" aufgefordert hatte, hat nun das dem Geheimdienst übergeordnete Bundeskanzleramt eine **Sperrerkklärung abgegeben**.

Die Unterlagen seien "nach wie vor schutzwürdig".

"Übergeordnete Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Zusammenarbeit mit anderen ausländischen Stellen sowie Informanten-

schutz und Persönlichkeitsrechte"

stünden einer Vorlage entgegen.

Damit werden die ca. 3.400 Seiten, welche der BND seit einem halben Jahrhundert in seinem Giftschrank lagert, auch weiterhin für die Historiker unzugänglich bleiben.

Die angebliche Schutzbedürftigkeit eines BND-Mitarbeiters, der an der Entführung **Eichmanns** beteiligt gewesen sein dürfte, wurde in die Begründung zum Entzug der Akten eingeflochten.

"... Während das öffentliche Interesse an einer Wahrheitsfindung und Aufarbeitung der streitgegenständlichen Thematik als abstrakt zu werten ist, würde die Vorlage der Archivunterlagen die Belange der Bundesrepublik Deutschland und betroffener Dritter gefährden.

Die Gefährdung würde sich dabei als Konsequenz aus einer Veröffentlichung ergeben. Zu diesen Gefährdungen zählen wie bereits dargelegt die Auswirkungen auf die effektive Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes und anderer deutscher Sicherheitsbehörden mit ausländischen Partnern und Informanten. Diese Gefährdungen würden zu erheblichen Einschränkungen bei dem Informationsaustausch und damit der Bewertung der Sicherheitslage führen. Die Unterlagen enthalten dabei außer für die Bundesrepublik Deutschland auch für weitere Staaten (außen-)politische Implikationen, die losgelöst von dem historischen Inhalt der Archivunterlagen aktuelle Bedeutung haben und im Rahmen außenpolitischer Zielsetzungen und Interessen instrumentalisiert werden können."

Damit sind der Spekulation Tür und Tor geöffnet, was denn da so Brisantes verborgen werden muß. Der Kotau vor den Interessen der ausländischen Vertragspartner jedenfalls ist offensichtlich.¹⁰⁾

10) Internet: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30977/1.html>
<http://dejure.org/gesetze/VwGO/99.html>
<http://www.gabyweber.com/dwnld/prozess/Kanzleramt%20sept%2009.pdf>
http://www.spiegel.de/sptv/themenabend/0,51_8300559,00.html
<http://www.bundesarchiv.de/benutzung/rechtsgrundlagen/bundesarchivgesetz/>
<http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/feature/-/id=659934/nid=659934/did=1856346/1na3qdk/index.html>
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29523/1.html>

Telepolis Artikel-URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/31/31183/1.html>

Prof. Dr. Robert Faurisson in Teheran 2006, – Auszüge

Im Jahr 2006 hatte der iranische Staatspräsident **Ahmadinejad** eine internationale Historiker-Konferenz einberufen, zu der ohne jedwede Meinungseinschränkung Sachkenner der "Holocaustthematik" ihre Forschungsergebnisse vortragen und miteinander austauschen konnten. Israelis waren ebenso eingeladen wie Deutsche oder Sachkenner welcher anderen Nation auch immer.

Es gab Regierungen, die empörten und verwahrten sich gegen die Abhaltung eines solchen Kongresses, u.a. mit dem Argument,

"da der Holocaust offenkundig sei und in zahlreichen Ländern ein Anzweifeln der Judenvernichtungspolitik während des Dritten Reiches strafbar sei".

Zu diesen Regierungen gehörte auch jene der Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Sachverhalt verdeutlicht jedoch – und dies kam natürlich auch auf jener Konferenz in Teheran zum Ausdruck –, daß weltweit Kräfte – doch wohl aus machtpolitisch-historikerlebende Konsequenz – bemüht sind, konkrete wissenschaftliche Untersuchungen zu verhindern. Dieses Bemühen stützt eine Glaubensdogmatik, die 60 Jahre nach Kriegsende in vielen Details immer noch unerklärlich, widerspruchsvoll und unbewiesen geblieben ist und eine internationale Überprüfung geradezu herausfordert und längst überfällig erscheinen läßt. Für Wissenschaftler bleibt unverständlich, daß ausgerechnet jene keinen Widerspruch dulden, die Eiferer selbst sogar den "Holocaust" als *"unerklärbares Geschehen"* bezeichnen, sachliche Aufklärung zu verhindern suchen und hierfür sogar die Strafjustiz aktivieren.

Da i.J. 2011 die BRD-Justiz auch unsere wissenschaftliche US-Publikation *HT* Nr. 101 mit dem pauschalen Vorwurf der "Holocaust-Leugnung" beschlagnahmt hat – trotz des Hinweises auf das First Amendment unserer Verfassung, das keine Meinungseinschränkung zuläßt –, versuchen unsere *HT*-Redaktion zum Schutz ihrer deutschen Buchhändler und Leser, sich auf Aussagen von **Prof. Robert Faurisson** zu beschränken, die nicht mit einem pauschalen "Leugnungs"-Terminus strafverfolgt werden können. Freilich verwahren wir uns gegen Zumutungen dieser Art.

Faurisson verwies am Beispiel der Strafregulierung in der BRD (§ 130 StGB, – bis zu 5 Jahren Gefängnis) und Frankreich auf die Unterschiede und Willkür ausgerechnet jener Meinungsverfolger bzw. Gleichgesinnten, die für sich selbst ein – keinen Widerspruch duldendes – Meinungsfreiheitsrecht in Anspruch nahmen, einem fern abgelegenen Volk sogar den Krieg zu erklären, wie dies gegen Deutschland 1933 und danach geschah. So kann man doch wohl ein Zusammenleben der Völker nicht gestalten!

"In Frankreich ist es gesetzeskonform, seinen Unglauben an Gott zu verkünden, aber es ist verboten zu sagen, daß man nicht an den »Holocaust« glaubt oder einfach, daß man Zweifel daran hat. Dieses Verbot jeder Art des Bestreitens

wurde mit dem Gesetz vom 13. Juli 1990 formal und inhaltlich rechtskräftig. Das besagte Gesetz wurde im Amtlichen Journal der Französischen Republik am folgenden Tag, also dem 14. Juli, veröffentlicht, dem Gedenktag der Republik und der Freiheit.

Es besagt, daß die Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldbuße in Höhe von 45.000 (nunmehr) Euro betragen kann. Ebenso kann der Schuldige zu hohen Schadenersatzzahlungen sowie zur Bezahlung der gerichtlichen Bekanntmachung des Urteils in gewissen Zeitungen verurteilt werden. Die Rechtsprechung erläutert, daß all diese Strafen auch dann verhängt werden können, »wenn in einer verschleierte oder zweifelnden Form oder durch bloßes Andeuten geäußert wird.«¹¹⁾

Wenn man sich den ungeheuer vielschichtigen europäischen historischen Geschehniskomplex vor Augen führt, der hier juristisch von einigen Politfanatikern reglementiert wird, obgleich dieser mit vielen ungeklärten Fragen, Widersprüchen und Fälschungen durchsetzt ist und nur pauschal begrifflich definiert ist, so läßt sich ermesen, wieviel "Freiheit der Forschung und Lehre" für den Akademiker und für demokratische Grundsätze übrigbleibt.

Ungeachtet gravierender Meinungsverbote findet man dennoch inzwischen unzählige, aus internationalen Quellen geschöpfte, unabhängige, wissenschaftliche Recherchen in handfesten Büchern internationaler Autoren sowie im Internet in der ganzen Welt.

Am 11. Juli 2006 wurde ich (**Robert Faurisson**) wieder einmal aufgefordert, wegen dieses speziellen Gesetzes vor dem Pariser Gericht zu erscheinen. Der Vorsitzende Richter **Nicolas Bonnal** hatte zuvor an einem Schulungskurs im Internet über das Vorgehen gegen den Revisionismus teilgenommen, einem Kurs, der vom **Simon-Wiesenthal-Zentrum** in Paris unter der Schirmherrschaft des repräsentativen Rates der jüdischen Institutionen in Frankreich (CRIF) organisiert worden war! In einer Veröffentlichung, die triumphierend

»Der CRIF spielt eine aktive Rolle bei der Ausbildung europäischer Richter!«

betitelt war, schreckte diese Einrichtung, deren politische Kraft außerordentlich ist, nicht davor zurück, urbi et orbi zu verkünden, daß sie **Nicolas Bonnal** zu ihren Schülern und Lehrlingen zählt.

Und das ist noch nicht alles. Bei meinem Prozeß war die Staatsanwältin eine Jüdin, – **Anne de Fontette**. Ihr Plädoyer beendete sie, obgleich sie für einen weltlichen Staat tätig war, mit einem Ruf nach *"Rache von Jahwe, dem Beschützer seines auserwählten Volkes"* gegen »die lügenden Lippen von **Faurisson**«, denn er sei schuldig, dem iranischen Rundfunk- und Fernsehsender SAHAR I ein Telefoninterview gewährt zu haben."

Die jüdische Historikerin **Olga Wormser-Migot** unter-

11) Code pénal (Strafgesetzbuch) Paris, Dalloz 2006, S. 2059.

suchte in ihrer Doktorarbeit 1968 über »Das System nazistischer Konzentrationslager 1933 - 1945« auch das – wie sie es nannte – »Problem der Gaskammern«.⁽¹²⁾ S. 541 - 544 Zeugenberichte, vornehmlich über Mauthausen oder Ravensbrück, beurteilte sie als unglaubwürdig. In Bezug auf Auschwitz I ließ sie keinen Zweifel daran, daß es dort keine "Gaskammer" gegeben habe, wenngleich dort nach Kriegsende Touristen eine solche (angebliche) mit neuem großen Schornstein vorgeführt bekommen.

Hiernit wirft sie die Frage auf, was denn wohl sonst noch sachwidrig von den russischen und polnischen Kommunisten und späteren Verwaltern aus politischen Gründen an Gedenkstätten verändert worden sein könnte.

Nicht nur, daß Zeugenaussagen allein nicht ausreichen: bereits als exemplarisch vorgestellte seien z.T. als widerspruchsvoll, ja naturgesetzwidrig erkannt worden. Man könne z.B. nicht mit Zyklon-B-Gas Vergiftete sogleich nach ihrem Tod mit bloßem Oberkörper essend und rauchend aus der "Gaskammer" hinaustragen und dem Krematoriumsfeuer übergeben. Das "Sonderkommando" würde sofort tot umfallen und das Krematorium explodieren.

Dieser französischen Historikerin hat man den Dokortitel rückwirkend nicht aberkannt, wie es in der BRD mit **Dr. Wilhelm Stäglich** wegen seines Buches "Der Auschwitz-mythos" geschehen ist.

Im Jahre 1979 unterzeichneten 34 französische Historiker eine gemeinsame Erklärung in Beantwortung technischer Argumente, die Prof. **Robert Faurisson** als Voraussetzung für das Funktionieren einer Gaskammer aufgezählt, aber in den behaupteten deutschen "Gaskammern" und deren Betriebsbeschreibungen nirgendwo vorgefunden hatte.

Die 34 Historiker – mit Rückenwind ihrer Ämter – begnügten sich in ihrer öffentlichen Erklärung, dem Volk mit der Phrase die Sachlage zu schildern:

"Man darf sich nicht fragen, wie ein solcher Massenmord technisch möglich war. Er war technisch möglich, weil er stattgefunden hat."⁽¹³⁾

Simone Veil, überlebende jüdische Inhaftierte von Auschwitz und spätere Präsidentin des Europaparlaments, wußte am 7. Mai 1983 zu ergänzen:

"Jeder weiß jedoch, daß die Nazis diese Gaskammern zerstört und alle Zeugen systematisch beseitigt haben."⁽¹⁴⁾

Star-Überlebender von Auschwitz, Friedensnobelpreisträger **Elie Wiesel**, empfahl ergänzend,

"die Gaskammern vor neugierigen Augen und der Vorstellungskraft verschlossen zu halten."⁽¹⁵⁾

1979 erreichten Luftbilder von Auschwitz während des Krieges aus den US-National Archives die Öffentlichkeit. **Dino A. Brugioni** und **Robert G. Poirier** versahen diese sogleich in ihrem "Der Holocaust in neuem Licht"⁽¹⁶⁾ mit

Erklärungshinweisen wie z.B. "Gaskammer(n)". Die Texte enthalten oberflächliche Propaganda.

Prof. Faurisson kommentierte:

"Heute, im Jahre 2006, fällt uns bei diesem Schwindel die erbärmliche Vorstellung des früheren US-Außenministers **Cohn Powell** ein, als er mit dem selben Mittel von Etiketten auf Luftaufnahmen versuchte, die Herstellung von »Massenvernichtungswaffen« im Irak **Saddam Husseins** zu beweisen.

In Wirklichkeit widerlegen jene Aufnahmen von Auschwitz die Behauptung vom Vorhandensein von Nazi-Gaskammern. Was auf den Bildern deutlich erkennbar ist, sind die friedlich daliegenden Krematorienbauten, ohne davor gedrängten Menschenmengen, die darauf warten würden, in die angeblichen Auskleidungsräume und Todeskammern einzutreten. Das umliegende Gelände ist frei von Sichthindernissen und von allen Seiten einsehbar. Die Blumenbeete in den Gartenanlagen um die Krematorien herum sind ordentlich angelegt und tragen keine Spur täglichen Herumtrampels von Tausenden von Menschen.

Krematorium III zum Beispiel stößt an das Grundstück, von dem wir dank der Dokumente vom Staatlichen Museum in Auschwitz mit Bestimmtheit wissen, daß es ein Sportplatz war und nah an einem Volleyballplatz lag. Es ist auch in der Nähe von 18 Krankenhausbaracken des Männerlagers."⁽¹⁷⁾

Von den 32 alliierten Luftsätzen über dieser Zone waren hauptsächlich die Industrieanlagen in Monowitz betroffen worden.

Im Berufungsurteil der Ersten Zivilen Kammer (Abteilung A) in Paris gegen **Prof. Faurisson** vom 26. April 1983, das ein langwieriges, vor allem von jüdischen Organisationen 1979 angestregtes Verfahren wegen "Schädigung Dritter mittels Geschichtsfälschung" beendete, wurde trotz der aufrechterhaltenen Beschuldigung, "Dritte geschädigt zu haben", die Qualität der Arbeit **Faurissons** ausdrücklich anerkannt:

"Die Kammer befand nämlich, daß in meinen Schriften über die Gaskammern keine Anzeichen von Unbesonnenheit, keine Spur fehlender Sorgfalt, keine Spur absichtlicher Auslassungen, auch keine Spur irgendeiner Lüge zu finden seien, und daß der Wert der Feststellungen, die Monsieur **Faurisson** vertritt, demnach der freien Würdigung der Fachleute, Historiker und der Öffentlichkeit überlassen ist."

Hatte 1961 der jüdische Starautor **Raul Hilberg** in der ersten Auflage seines umfangreichen Werkes "Die Vernichtung der europäischen Juden"⁽¹⁸⁾ diese auf 2 nicht spezifizierte Befehle **Hitlers** zurückgeführt, so sah er sich in seiner überarbeiteten Auflage 1985 – auch auf Grund eines Kreuzverhörs im Torontoer **Ernst-Zündel-Prozeß** – genötigt, davon abzurücken. Zunächst: Die deutsche Bürokratie sei ohne Plan, ohne Befehl, ohne Organisation, ohne Budget

(12) "Le Système concentrationnaire nazi 1933-1934", Paris, Presses universitaires de France 1968.

(13) *Le Monde*, 21. Februar 1979, S. 23.

(14) *France-Soir Magazine*, 7. Mai 1983, S. 47.

(15) Elie Wiesel, "Tous les fleuves vont à la mer" ("Alle Flüsse fließen ins Meer"), Paris 1994, S. 97; "All the Rivers Run to the Sea", New York 1995, S. 74.

(16) Dino A. Brugioni / Robert G. Poirier, englischer Titel: "The Holocaust Revisited", Central Intelligence Agency, Washington, Februar 1979, ST-79-10001.

(17) "Heft von Auschwitz", 15, 1975, Tafeln S. 56 + 64.

(18) Raul Hilberg, "The Destruction of the European Jews", New York 1961.

mittels

"eines unglaublichen Zusammentreffens der Gedanken und übereinstimmenden Gedankenlesens"

für die "Vernichtung der europäischen Juden" verantwortlich zu machen.¹⁹⁾ Er beidete diese Erklärung beim ersten **Zündel**-Prozeß am 16.1.1985 in Toronto.²⁰⁾

In der neuen Auflage seines Werkes hat **Hilberg** diese erstaufliegenden Beschreibungen nicht verwendet, statt dessen geschrieben:

"Letztlich war die Vernichtung der Juden nicht so sehr das Produkt von Gesetzen und Befehlen als vielmehr eine Angelegenheit der Gesinnung, des gegenseitigen Verstehens, der Übereinstimmung und Synchronisation."

Und das alles, so hebt er hervor, ohne jegliche schriftliche Spur zu hinterlassen!

1988 bekannte der US-jüdische Prof. **Arno Mayer** von der Princeton University:

*"Die Quellen zum Studium der Gaskammern sind selten und unzuverlässig zugleich."*²¹⁾

1992 verwies **Prof. Yehuda Bauer** von der Hebräischen Universität von Jerusalem, auf einer internationalen Konferenz in London darauf:

*"Die Öffentlichkeit wiederholt immer wieder, Tag für Tag, die dumme Geschichte, daß in (Berlin)-Wannsee die Vernichtung der Juden beschlossen worden sei."*²²⁾

2004 veröffentlichte der französische Historiker **Florent Brayard** das Buch "Die Endlösung der Judenfrage -- Die Technik, die Zeit und die Kategorien des Beschlusses".²³⁾

In einer Besprechung hierzu hieß es:

*"Es ist bekannt, daß der Führer weder einen Befehl entworfen noch einen solchen unterzeichnet hat, die Juden auszuwachen, daß die Beschlüsse -- denn es gab mehrere davon -- insgemein in Gesprächen mit **Himmler**, vielleicht mit **Heydrich** und/oder **Göring** gefaßt wurden. Es wird angenommen, daß anstelle eines ausdrücklichen Befehls **Hitler** vielmehr sein Einverständnis auf Anfragen oder Pläne seiner Gesprächspartner gegeben hat. Vielleicht hat er es nicht einmal in Worte gefaßt, sondern machte sich durch ein Schweigen oder ein zustimmendes Zeichen verständlich."*²⁴⁾

Nach 60-jähriger Forschungszeit unter Nutzung aller Archive der Weltimperialmächte ist auch dieses Ergebnis beachtlich.

Genau wie der französische Apotheker **Jean Claude Pressac** nach seinen intensiven Forschungen über Auschwitz

von seinen anfänglichen Erwartungen aberückt war (vgl. Register **Historische Tatsachen**), so hat auch der jüdische Architekturgeschichts-Professor **Robert Jan van Pelt** aus Waterloo/Ontario, Kanada, der noch scharf gegen **David Irving** eiferte, eine Kehrtwendung vollzogen. Über **Toronto Star** ließ er am 27. Dezember 2009 der Öffentlichkeit zu seinem Forschungsthema mitteilen:

"Für 99%, von dem, was wir wissen, haben wir tatsächlich nicht die physikalischen Fakten, um es zu beweisen."

Auch in Zukunft werde man ausschließlich auf Zeugnisaussagen angewiesen bleiben.

In einem Interview im Gästehaus des Außenministeriums der Islamischen Republik Iran am 13. Dezember 2006 erklärte **Prof. Robert Faurisson** abschließend auf die Frage, welchen Preis er für revisionistischen Kampf seit mindestens 1974 gezahlt habe:

"Ja, ich habe dafür viel zahlen müssen, aber weniger als andere Revisionisten. Ich spreche hier nicht nur von den körperlichen Angriffen, denen ich ausgesetzt war, und den daraus folgenden Krankenhausaufenthalten, sondern auch von der Lawine an Prozessen und deren häufig skandalösen Urteilen.

Ich habe die Erfahrung machen müssen, daß gegenüber Revisionisten, genauso wie in alten Zeiten gegenüber Ketzern oder Hexen, Richter und Staatsanwälte, mit wenigen Ausnahmen, kein Gewissen, kein Gesetz und kein Recht mehr kennen.

Was die Medien betrifft, so haben sie meinen Namen mit einer Unmenge an Schmähungen, Beleidigungen und Verleumdungen überhäuft. In mehr als 30 Jahren haben sie mir niemals unmittelbar die Gelegenheit gegeben, meine Verteidigung vorzutragen. Mit einer Ausnahme: im Dezember 1980 konnte ich im Radio einen Satz von 60 Wörtern vortragen, mit dem ich das Ergebnis meiner Forschungen zusammenfaßte. Dafür habe ich mit einem Prozeß und einer Verurteilung büßen müssen, und zwar genau wegen dieses einen Satzes. Es ist erbärmlich, daß von 1974 bis heute, Journalisten hunderttausend Mal meinen Namen haben nennen können und mich als »Gangster der Geschichte« haben brandmarken dürfen, ohne daß nur einer von ihnen mich um ein Interview gebeten hatte, und sei es nur, um mich für einige Minuten in meiner Verteidigung anzuhören.

Nicht weniger ernüchternd ist das allgegenwärtige Schweigen meiner Kollegen, der französischen Gelehrten und der Intellektuellen, die eigentlich dazu berufen sind, die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen.

Der US-Amerikaner **Noam Chomsky** hatte einmal mein Recht auf Meinungsfreiheit verteidigt, doch später hat er die Revisionisten nur noch als „crackpots“ ("Verrückte") bezeichnet.

Die einzigen in Frankreich, die den Mut hatten, mich zu verteidigen, waren -- abgesehen von meinem Anwalt und seinen Freunden -- **Pierre Guillaume**, **Serge Thion** und **Jean-Gabriel Cohn-Bendit** und deren Freunde, u.a. der mutige **Jacob Assous**.

Aber ich habe nicht das Recht, mich zu beklagen, wenn

19) Raul Hilberg, "The Destruction of the European Jews", Revised and Definitive Edition, New York - London 1985, 3 Bde., S. 53, 55, 62 "An incredible meeting of minds, a consensus mind reading by a far-flung bureaucracy." + "Die Vernichtung der europäischen Juden", Frankfurt/M 1990, S. 56, 58, 66.

20) Wortprotokoll, S. 848.

21) Arno Mayer, "Why did the Heavens not Darken? The 'Final Solution' in History", New York, 1988, S. 362 (Pantheon Books).

22) **The Canadian Jewish News**, 30.1.1992.

23) Florent Brayard, "La solution finale de la question juive. La technique, le temps et les catégories de la décision", Paris, Fayard, 640 S.

24) Yves Temon, "Revue d'histoire de la Shoah", Juli-Dezember 2005, S. 537.

ich mein Los mit dem vieler anderer Revisionisten vergleiche, angefangen mit dem heroischen **Ernst Zündel** und vielen anderen Deutschen und Österreichern, die das Ge-

fängnis für lange Jahre kennengelernt haben (in Schweden auch **Ahmed Ramli**). ...

Und dann hat uns das Internet gerettet."

Was eigentlich darf ein BRD-Souverän nicht "leugnen"? Beschlagnahmungen, Prozesse, Gefängnisstrafen machen diese Fragen an die Staatsanwaltschaften zwingend

Zum Fall Treblinka

a?)

Am 15. November 1942, knapp 4 Monate nach Eröffnung des Lagers, verbreitete die Untergrundorganisation des Warschauer Ghettos einen langen Bericht, demzufolge in Treblinka 2 Millionen Juden mit heißem Dampf verbrüht worden seien.^{25) + 26)}

Die polnisch-kommunistische Regierung beharrte während des Nürnberger Tribunals auf der Dampfkammer, legte sie doch demonstrativ hierfür das "Dokument" vor, das die Signatur »PS-3311« erhielt. Dieses "Dokument" vermerkt "mehrere hunderttausend demokratische Friedenskämpfer" als "Mordopfer der Faschisten in Treblinka".

b?)

Am 24. August 1944 hatte eine sowjetisch-polnische Untersuchungskommission "ca. 3 Millionen" Mordopfer "festgestellt" – sie seien anfangs in Kammern erstickt, indem dort die Luft herausgepumpt worden sei.²⁷⁾ Die Spuren hätten die Deutschen weitgehend vernichtet. Auf dem Gelände habe man Roggen, Hafer und Lupinen aufgezogen.

"Die Leichenasche wurde zum Düngen von Äckern nach Deutschland gebracht. ...

Gegenwärtig ist es schwierig, die Spuren und Geheimnisse dieses Menschenverbrennungsofens zu enthüllen, doch anhand der verfügbaren Daten kann man ihn sich vorstellen." 26) S. 102 + 113

c?)

Ein zweiter sowjetisch-polnischer Bericht vom 15. September 1944 ergänzte mit "Zeugenschilderungen" die erste "Untersuchung", ohne verwertbare Details vom vorgefundenen Tatort beizusteuern.

d?)

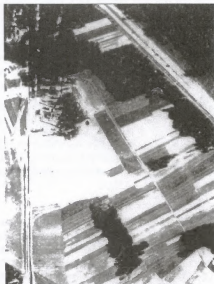
25) K. Marczewska / W. Watzniewski "Treblinka w świetle Akt Delegatury Rządu RP na Kraj", Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Band XIX, Warschau 1968, S. 136 ff.

26) Carlo Mattogno / Jürgen Graf, "Treblinka – Vernichtungslager oder Durchgangslager?", 2002 Hastings. TN34-3ZQ, Castle Hill Publishers, P.O. Box 118,

27) Gosudarstvenny (Staatliches) Archiv Rossijskoj Federatsii, Moskau, 7021-115-9, S. 108.

Die ersten Grabungen am Tatort Treblinka unternahm im offiziellen Auftrag der kommunistisch-polnische Untersuchungsrichter Lukaszewicz zwischen dem 9. und 13. November 1945.^{28) S. 107 ff. + 28) S. 29} Er schloß seinen – bei Mattogno/Graf wörtlich wiedergegebenen – Grabungsbericht vom 29. Dezember 1945, der vom Nürnberger Tribunal die Signatur USSR-344 erhielt, mit den Worten:

"Mit großer Wahrscheinlichkeit sind heute auf dem Gelände des ehemaligen Lagers keine Massengräber



Die in den Washingtoner National Archives entdeckten Luftbilder aus der Kriegszeit brachten u.a. das in der gesamten Treblinka-Literatur verschwiegene große Transitinger-Malkinia – wenige Kilometer vom sog. "Todeslager" nordwestlich entfernt – ins Bild (vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 44), das von Polen oder Russen sofort nach seiner Einnahme abgerissen und der Vergessenheit anheimgegeben wurde.

Dieses Luftfoto vom 15. Mai 1944 des "außerordentlich kleinen sog. Todeslagers" ist entnommen aus John C. Ball "Air Photo Evidence", Delta, B. C./Kanada 1992, S. 85.

28) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 12, S. 28 - 32.

mehr zu finden. ...

Während der Terralarbeiten fand ich keine Massengräber.

Berücksichtigt man die Zeugenaussagen ..., so müssen fast alle Leichen verbrannt worden sein. " 29) S. 110

e?)

An die Gaskammern mit Motorabgasen eines Panzer(Diesel-)motors und die anschließend jüdischen Opfer haben sich "die wenigen Überlebenden" erst 1946/1947 "erinnert".

f?)

Das vom Jüdischen Weltkongreß herausgegebene "Black Book" behauptete 1946, in Treblinka hätten die Deutschen während des Krieges "3 Millionen Menschen mit Fließband-Exekution ermordet".

g?)

Am 9. - 10. August 1946 führte Richter Lukaszewicz im Umfeld von Treblinka II weitere Grabungen durch und fand einige Grabfelder mit offenbar normal Verstorbenen (dort hatte bekanntlich im Herbst 1943 eine Typhusepidemie gewütet, auch waren die Toten des Aufstandes vom 2. August 1943 zu berücksichtigen). Kopfschußnachweise waren die Ausnahme. 28) S. 110 f

h?)

Eine internationale Untersuchung am "Tatort" hat es nach 1945 nie gegeben, da jeder Maßgebende wußte, daß der Öffentlichkeit nichts an Beweisen vorzulegen war.

Das Schwurgericht Düsseldorf, das 1964/1965 den Fall Treblinka abhandelte, hat eine Tatortbesichtigung mit der Begründung abgelehnt, seit 1943 sei das Gelände eingeebnet und mit Lupinen bepflanzt. 28) S. 29

i?)

Der Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, Prof. **Helmut Krausnick**, "bewies" in einem Gutachten mit Hilfe von Frachtbriefen und Bahntelegrammen mindestens 692.112 Ermordete, doch "müsse die Zahl weit über 700.000 liegen". Im zweiten Treblinka-Prozeß kam der Sachgutachter auf Grund eines neu aufgefundenen Papiers auf 900.000 Ermordete. 28) S. 29

j?)

Die Einvernahme von 9 Bundesbahnbeamten im Treblinka-Prozeß vom September 1964 - 1965 resümierte der Vorsitzende des Düsseldorfer Schwurgerichts mit den Worten:

"Der Gedächtnisschwund der Bundesbahnbeamten ist ja phänomenal."

Dies hinderte aber das Gericht nicht, den 50 in Treblinka stationiert gewesen SS-Männern - Oberstaatsanwalt **Adalbert Rückerl** wußte nur von 35 - 40 + etwa 90 - 120



Polen hat sich zwar Anfang der 90-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts von den Kommunisten abgesetzt, doch deren Geschichtsdoctrinen weitgehend beibehalten. Das Gedenkstättenlager Treblinka ist größtenteils zubetoniert und mit Betonstelen besetzt worden. Hier hat niemand mehr nach den "mehr als 3 Millionen Ermordeten" zu suchen oder zu graben. Festgeschrieben soll es bleiben, was der Sieger behauptet hat.

ukrainischen Hilfsfreiwilligen + "1.000 Arbeitsjuden" 29) S. 207 - zu unterstellen, sie hätten binnen eines Jahres (1942/1943) 700.000 - 900.000, jeder einzelne also täglich über 40 - Juden umgebracht, begraben, dann wieder ausgraben lassen und verbrannt und spurlos beseitigt. Dies sei mit "Frachtbriefen und Bahntelegrammen", die von den polnisch-kommunistischen Behörden z.T. erst 1959 zur Verfügung gestellt worden waren "nachgewiesen". 28) S. 30, 31

k?)

"Der offiziellen Geschichtsschreibung zufolge wurden von den 870.000 Treblinka-Opfern rund 860.000 vor ihrer Verbrennung vergraben." 28) S. 171

Carlo Mattogno und **Jürgen Graf** weisen an Hand exakter Berechnungen nach, daß keinerlei Spuren gegen Kriegsende vorgefunden worden waren für

- a) die hierfür notwendigen Grabungsfelder, die übrigens viel größer als das gesamte Lager II hätten sein müssen,
- b) den notwendigen Aushub,
- c) das Brennmaterial, Art, Herkunft, Transport, erforderliche Menge pro Opfer, Lagerstätte,
- d) den Verbrennungsort
- e) den Verbleib der Überreste.

Um weitere Nachforschungen im Erdreich unmöglich zu machen - jedenfalls ist dies das Ergebnis -, haben die polnischen Behörden "einen großen Teil des Lagergeländes einbetoniert, und 17.000 an Grabstellen ermahnde Betonblöcke aufgestellt". 28) S. 403

29) Adalbert Rückerl, "NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse", München 1977, dtv-Verlag, S. 206.

Analogen zum Fall Belzec

Laut Mitteilung der Staatsanwaltschaft München aus 1985 wurde der Belzec-Prozess 1960 eingestellt und die Akten *"sind ausgeschieden und daher keine Unterlagen mehr vorhanden."* ^{29a)}

Eine sehr fragwürdige Praxis der Ankläger und ihrer Helfer! Dennoch sollen die Menschen, insbesondere die Deutschen, glauben, – aber was?

a?)

Die "Enzyklopädie des Holocaust" belehrt:³⁰⁾

"In der ersten Phase hatte das Lager Belzec 3 Gaskammern in einer 8 x 12 Meter großen Baracke mit doppelten Wänden. ...

Ende Februar 1942 waren die Gaskammern für einen »Probelauf« bereit. ...

Außerhalb war ein Dieselmotor von 250 PS montiert, um das Kohlenmonoxid zu erzeugen und in die Röhren zu pumpen. Diese Methode wurde beibehalten, solange das Lager existierte. ...

Ein Wachturm stand im Zentrum des Lagers, nahe den Gaskammern. ...

Der östliche Teil, das Lager 2, enthielt die Gaskammern und die Panzergräben. ...

In den ersten 4 Wochen, von Mitte März bis Mitte April 1942 wurden insgesamt 80.000 Juden im Lager Belzec ermordet. ...

Mitte April 1942 stellte das Lager den Betrieb für einen Monat ein (die Transporte hatten vorübergehend aufgehört). Der Massenmord wurde im Mai 1942 wieder aufgenommen. ...

Ab Mitte Juni 1942 wurden die Transporte erneut um einen Monat unterbrochen, um Baumaßnahmen für größere Gaskammern zu ermöglichen. ...

Die bestehenden Gaskammern wurden abgerissen und an ihrer Stelle ein neues Gebäude aus Ziegeln und Beton gebaut, das 6 Zellen von 4 x 5 Metern enthielt. ...

Die neuen Gaskammern faßten 1.000 bis 1.200 Personen. ...

Die Transporte wurden in der 2. Juliwoche wieder aufgenommen und liefen bis Anfang Dezember 1942 nach einem regelmäßigen Fahrplan. ...

Die Gesamtzahl der Mordopfer in Belzec wird auf 600.000 geschätzt, fast alle Juden. Diese Zahl wurde von der Główna Komisja Radania Zbrodni Przeciwno Narodowi Polskiemu ermittelt und vor Gerichten der Bundesrepublik Deutschland bestätigt. ...

Zwischen Dezember 1942 und Frühling 1943 wurden die Massengräber in Belzec geöffnet und die Leichen der Opfer exhumiert und verbrannt. ...

Zermalmte Überreste wurden zusammen mit der Asche in den Gräben verscharrt, aus denen die Leichen entnommen worden waren.

Als die Verbrennung der Leichen abgeschlossen war, wurde das Lager abgerissen; Alle sichtbaren Spuren des Massenmordes wurden entfernt. ...

Das Gebiet wurde umgepflügt und besät. Bäume wurden darauf gepflanzt und ein Bauernhof auf dem Gelände errichtet ...

Abgesehen von Rudolf Reder, dem im November 1942 die Flucht aus dem Lager gelang, sind Informationen über Belzec schwierig zu beschaffen." ³¹⁾

Die zuvor genannte Główna Komisja Radania Zbrodni Przeciwno Narodowi Polskiemu hat offensichtlich – außer der beweislos vorgetragenen Opferzahl 600.000 – zur "Aufklärung des Geschehens in Belzec" bis 1990 gar nichts mehr beigetragen!

b?)

"Es ist schwierig, genau festzustellen, wie viele der Gaskammern in den ersten Monaten der Massenvernichtung in Belzec in Betrieb waren. ...

Es gab auch Probleme mit dem Begraben der Opfer. ... Eine der Gruben sei überflutet. Sie hatten zu viele Leichen hineingeworfen und die Verwesung war zu schnell fortgeschritten ... Die Leichen waren gequollen und den Berg heruntergerollt. ...

Als nach etwa 4 Wochen Großaktion 80.000 Juden ermordet worden waren, wurden die Transporte eingestellt." ³²⁾ S. 168 - 170

c?)

"Augenzeuge" Dr. Stefan Szende, "wußte" von "Millionen in Belzec ermordeter Juden". Sie seien in einem gigantischen unterirdischen Wasserbecken mit Starkstrom zu Tode gebracht worden. ³³⁾

Unter Hinweis auf das "Bulletin of the Jewish Agency Committee for the Jews of Occupied Europe" 1944 teilte das jüdische "Black Book" ³²⁾ 1946 der Weltöffentlichkeit eine "Erkenntnis" über das Geschehen in Belzec mit, die wir hier seiner Bedeutung wegen zunächst im englischen Originaltext vorstellen, weil womöglich sonst ein deutscher Leser die deutsche Wiedergabe angesichts der prominenten Herausgeber nicht glauben würde:

29a) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 29, S. 10 ff

30) Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps (Hrsg.), "Enzyklopädie des Holocaust – Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden", Jad Vashem/Jerusalem 1989 - Berlin 1990 Bd. I, S. 176 - 180,

31) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 43, S. 4 ff, "Der letzte Jude aus Polen", Schweden.

32) The Jewish Black Book Committee (Hrsg.), "The Black Book -- The Nazi Crime against the Jewish People", o.O. 1946..

"The Belzec camp is built underground. It is an electric crematorium. There are two halls in the underground buildings. People were taken out of the railway cars into the first hall. Then they were led naked to the second hall. Here the floor resembled an enormous plate. When the crowd of men stood on it, the floor sank deep into a pool of water. The moment the men sank up to their necks, a powerful electric current of millions of volts was passed through, killing them all at once. The floor rose again, and a second electric current was passed through the bodies, burning them until nothing was left of the victims save a few ashes." 32) S. 313

Übersetzt ins Deutsche:

"Das Lager Belzec ist unterirdisch angelegt worden. Es ist ein elektrisches Krematorium. Dort im unterirdischen Gebäude gibt es 2 Hallen.

Die aus den Eisenbahnwaggons ausgestiegenen Personen wurden in die erste Halle geführt. Dann wurden sie nackt in die 2. Halle geführt. Hier glück der Boden einer großen Platte.

Sobald die Menge Menschen auf dem Boden angekommen war, sank dieser in ein tiefes Wasserbecken hinab. In dem Augenblick, als die Menschen bis zum Hals im Wasser standen, wurde ein gewaltiger Stromstoß von Millionen Volt angelöst, der sie alle sofort tötete. Der Boden wurde wieder angehoben, und ein neuerlicher elektrischer Stromstoß wurde durch die Körper gejagt, bis nichts mehr von den Opfern übrig geblieben war als ein bisschen Asche." 32) S. 313

d?)

Der Delegierte des Jüdischen Weltkongresses in Genf, **Dr. Abraham Silberschein**, hat 1944 eine Serie von Schriften unter dem Titel "Die Judenausrottung in Polen" veröffentlicht, in denen er unter vielen anderen analogen "Erkenntnissen" anklagend "feststellte", die Deutschen hätten "in Belzec und Umgebung Sondergebäude für Versuchsexperimente, Fabriken für die Herstellung von Seife und Schuhcreme aus Judenfell gebaut". – Vollständiger Originalbericht in 33) S. 13 - 16.

e?)

"Schlüsselzeuge" **Jan Karski** bekundete, die Juden seien in Züge mit ungelöschem Kalk gepfercht worden, der sich in das lebende Fleisch fraß." 34)

33) Carlo Mattogno, "Belzec", Hastings 2004, S. 110 - 116.

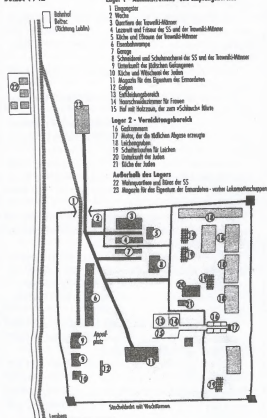
-- Castle Hill Publishers, P.O. Box 118, GB Hastings TN34 3TQ.

34) Jan Karski, "Story of a Secret State", Boston 1944 S. 339 - 351

f?)

Am 12. Oktober 1945 fertigte das kommunistische Landgericht in Zamosc ein "Protokoll über die auf dem Friedhof des Vernichtungslagers in Belzec durchgeführten Grabungen an 9 Gräbern" an. Man habe z.T. bis in eine Tiefe von 8 m ausgeschachtet und verkohlte Leichenteile, Asche, Erdschichten, Frauenhaare und nicht ganz verbrannte Kleiderreste, auch verkohltes Holz gefunden. Der Bericht einen Tag später vermerkte "eine große Menge menschlicher Knochen, Schädel usw. von Kindern bis alten Menschen. Zwischen

Belzec 1942



Lagerskizze aus der "Enzyklopädie des Holocaust" 35). Eine originale Lagerskizze mit entsprechenden Akten ist angesichts eines Anklagevorwurfs von 600.000 Ermordeten "sinnvollerweise" von der BRD-Staatsanwaltschaft München 1960 vernichtet worden. 36)

35) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 29, S. 10.

verbrannten Leichenteilen fand man auch unverbrannte, -- alles ohne Hinweis auf eine Anzahl. Mit Inspizierung der aufgedungen Frauenhaare, geflochtenen Zöpfe, geknüpften Haarknoten und Damenperücken wurde die "gerichtsmmedizinische Untersuchung" beendet.^{37) S. 95}

g?)

Archäologen der **Nikolaus Kopernikus-Universität** in Thorn unter Leitung von **Prof. Andrzej Kola** überprüften 1997 - 1999 im Auftrag des "Rates zum Schutz des Andenkens an die Kämpfe und das Märtyrertum" und des US-Holocaust Museums das Gelände des ehemaligen Lagers Belzec. Sie führten im Abstand von jeweils 5 Metern insgesamt 2.227 Bohrungen mittels eines 6 m langen, aber auf 8 m verlängerbaren Handbohrers mit einem Durchmesser von 6,5 cm durch. Der Forschergruppe war aufgetragen worden, Lage und Größe der Massengräber sowie Spuren des früheren Lagers zu ermitteln.

1999 veröffentlichte **Prof. Kola** die Untersuchungsergebnisse unter dem Titel (deutsch übersetzt) "Das Hitlersche Vernichtungslager für Juden in Belzec im Lichte der archäologischen Quellen. Untersuchungen 1997 - 1999".³⁸⁾

A. Kola hat mit seiner Mannschaft keine Spur von Gaskammern gefunden, keine örtlich beschriebenen Fundamentreste.

h?)

Daß ein Gutachter wie **Prof. Kola** bei einem solchen Auftrag eines vom kommunistischen Herkommen nach wie vor stärkstens geprägten extrem nationalistischen Systems, dazu noch in Verbindung mit der weltjüdischen Lobby in USA unter massivem ideologischen Druck stand, erweist jeder Blick in die Staatswirklichkeit Polens der Nachkriegszeit. So konnte auch der von der Weltöffentlichkeit unbeachtete Alleingang **Prof. Kolas** -- mit parteiischer Lobby -- bei seinen plötzlich wegen offenkundig jahrzehntelang versäumter Prüfung und fehlender Kenntnisse für notwendig erachteten Bohrungen nicht überraschen.

Gemäß der gewohnten Machtpraxis der Auftraggeber waren auch von vornherein akrobatische Deutungskünste und Interpretationsgeschichten aller Art zu erwarten. In der Tat muß sich der Leser durch viel Belangloses, Nebensächliches und Fantasiereiches durcharbeiten, ehe er das Wesentliche findet. Was sollen z.B. Spuren einer ehemaligen Autoreparaturwerkstatt -- zumal, gemessen an den Zeugenaussagen "an falscher Stelle" -- mit Andeutungen für eine "Gaskammer" zu tun haben?³⁹⁾

Mitarbeiter **Robin O'Neil**, präzierte, auf die Sorgfalt der deutschen Spuren beseitigung verweisend:

"Wir fanden keinerlei Spuren der Vergasungsbarak-

ken, weder aus der ersten noch aus der zweiten Phase des Aufbaus des Lagers."^{37) S. 95, Anm. 114}

i?)

Prof. Kola hat in seinem Bericht 33 unterschiedlich große und geformte Massengräber -- "dicht beieinander liegende 21 Gräber im westlichen und nordwestlichen Lagerteil" und "12 unterschiedlich große und recht stark verstreute Gräber im östlichen Lagerteil" aufgeführt, wobei er auf die Möglichkeit von Nachkriegsgrabungen hingewiesen hat.^{39) S. 84}

"Die Gesamtfläche der Leichengruben auf dem Gebiet des Lagers beläuft sich auf ca. 0,52 ha, was kaum 9% des Lagergeländes in seiner heutigen, unzünten Form entspricht. Das Gesamtvolumen der Gräber beträgt schätzungsweise 21.000 m³. Die meisten enthalten hauptsächlich Überreste verbrannter Leichen, was auf die Tötung und Verscharrung Hunderttausender von Menschen an diesem Ort hinweist."^{39) S. 85}

Die gesamte Gräberfläche habe 5.919 m² betragen was so viel heißt wie 100 m in der Länge und 59 m in der Breite und einer Tiefe zwischen 2 und 5 m.^{39) S. 86}

j?)

Die Frage wurde nicht untersucht, wie es möglich war, ein solch gigantisches Gräberfeld nicht sogleich nach Kriegsende untersucht und der internationalen Öffentlichkeit -- und sei es mit Dokumentarfilmen -- vorgeführt zu haben, zumal ihr schon 1945 "Erschütterndes" zugetragen worden war:

a) **"Zeuge" Rudolf Reder** hatte 1945 vor der jüdischen Kommission in Krakau zu Protokoll gegeben:

"Eine Grube war 100 m lang und 25 m breit. Eine einzige Grube enthielt ungefähr 100.000 Personen. Im November 1942 gab es 30 Gruben, d.h. 3 Millionen Leichen."^{39) S. 86}

Vor dem kommunistisch-polnischen Untersuchungsrichter **Jan Sehn** wandelte **Rudolf Reder** seine Aussage am 29. September 1945 etwas ab, indem er die Grabesbreite mit 15 m und die Tiefe mit 15 m beschrieb.^{39) S. 87}

Dieser **Rudolf Reder** veröffentlichte 1946 in Krakau über die Zentrale Jüdische Geschichtskommission seine "Erinnerungen" unter dem Titel "Belzec".⁴⁰⁾ Der dort auf S. 43 wiedergegebene Lagerplan verlegt den Hauptteil der Gräber (26) an die Nordostgrenze und weitere 6 ins Zentrum.

b) Im offiziellen Lagerplan der polnischen Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen -- veröffentlicht von **Eugeniusz Szrojt**, in einem Artikel über das "Vernichtungslager Belzec" befindet sich das Gräberfeld rechteckig nördlich der Nordostgrenze des Lagers.^{39) S. 88}

c) Die Anklage des kommunistischen Staatsanwaltes aus Zamosc vom 11. April 1946 enthielt folgenden Text:

"Alle Massengräber hatten die gleichen Maße; 100 m lang, 25 m breit und 15 m tief. Die in die Gräber

37) Robin O'Neil, "Belzec. A Reassessment of the Numbers of Victims in East European Jewish Affairs", 1999, vol. 29 Nr. 1 - 2.

38) Rudolf Reder "Belzec, Centralna Żydowska Komisja Historyczna przy C.K. Żydów Polskich -- Oddział w Krakowie, Krakau 1946.

36) Andrzej Kola, "Belzec. The Nazi Camp for Jews in the light archeological sources. Excavations 1997-1999", The Council for the Protection of Memory and Martyrdom, United States Holocaust Memorial Museum, Warszawa/Washington 2000.

Andrzej Kola, "Hitlerowski oboz zagłady Żydów w Belczu w świetle źródeł archeologicznych. Badania 1997-1999", Rada Ochrony Pamięci Walk i Męczeństwa, United States Holocaust Memorial Museum, Warszawa/Washington 2000.

geworfenen Leichen wurden mit Kalk übergossen. Danach wurden die Leichenberge von den Häftlingen mit Sand zugeschüttet. Solche Gräber wird es im Lager 30, 40 und mehr gegeben haben. (133) S. 87 + poln. Quelle,

k?)

Carlo Mattogno zog das Fazit:

Die meisten von A. Kola angegebenen Massengräber widersprechen in Lage und Größe allen seit 50 Jahren gemachten Angaben!

Die internationale Öffentlichkeit sah weder 1945, noch 1946, noch 1997 oder im Jahr 2000 einen Anlaß, das alles einmal zu überprüfen. Ergebnisse von Tiefenbohrungen – "verseifte Leichenteile, Holzkohle, Asche, Sandschichten, Bohrungen alle 5 Meter und Schätzungen" – in einem Auftragsgutachten ohne frühzeitige Hinzuziehung neutraler Sachverständiger 50 Jahre nach Kriegsende schlen selbst bei parteiischen Verbündeten keine Glaubwürdigkeit mehr zu begründen.

Weshalb wurde nicht an einer einzigen Stelle exhumiert, fotografiert, gefilmt? Prof. Kola legte zwar 37 Fotos vor, doch alle mit Belanglosigkeiten, vergammelten Gebrauchsgegenständen, kein einziges mit Leichenfunden! (133) S. 92

"A. Kola veröffentlichte die Ergebnisse der Analyse

von 137 Proben – bei denen es sich um die aussagekräftigsten der insgesamt 236 Gräberbohrungen handelt –, doch von diesen tragen lediglich zwei (483/XV/30-60 sowie 486/XV-25-50), die beide aus Grab Nr. 10 stammen, ausdrücklich den Hinweis »menschliche Leichen«. Das Symbol für »menschliche Knochen und verseifte Masse« – eine Art Doppelkreuz – taucht außer auf den erwähnten zwei Proben nur noch auf vier weiteren (485/XV-30-50, Grab 10, 286/XVI-90-40 und 332/XVI-85-40, Grab 3, sowie schließlich 1042/XIV-45-80, Grab 20) an!

Die dickste Schicht ist jene, die der Probe 3 32/XV-85-40 (»Zahn/Menschenhaar/Wasser/Menschenhaar«) entnommen ist.

"In Grube 10 weisen 3 von 7 Proben Leichenreste auf, in Grube 20 eine Probe von 5. Tatsächlich konnten in den einzigen drei Gräbern, in denen sich überhaupt Leichen befinden, diese nur bei 5 von 17 Bohrungen nachgewiesen werden.

Betrachten wir die Gesamtzahl der Bohrungen, so ergaben lediglich 5 von 236 ein positives Ergebnis!"

"Die einzige legitime Schlußfolgerung, die man aus den Bohrungen ziehen kann, lautet also, daß die Gräber lediglich hier und da vereinzelt Leichen enthalten." (133) S. 92

Der Tod sprach polnisch

Dokumente
polnischer Grausamkeiten
an Deutschen 1919-1949

ARNDT

Der Tod sprach polnisch

Dokumente polnischer Grausamkeiten

an Deutschen 1919 - 1949

Kiel. 2007 Arndt Verlag, ohne Verfassername

Titelfoto:

Der deutsche katholische Pfarrer der Herz-Jesu Kirche in Bromberg (links vorn) mit ausländischen Pressevertretern bei den Leichen ermordeter Volksdeutscher Anfang September 1939.

Der internationalen Öffentlichkeit wurden sofort die Fände naterbreitet.



Verstümmelte Leichen Volksdeutscher im Hopfengarten bei Bromberg Anfang September 1939.

Die Reichsregierung hatte vor Kriegsbeginn die Fotos volksdeutscher Flüchtlinge aus Polen als auch die grausigen Fotos deutscher Mordopfer nach Kriegsbeginn unverzüglich der Weltöffentlichkeit bekanntgemacht.

Im Forst von Katyn

"hatten die Deutschen im Frühjahr 1943 nach Hinweisen seitens der örtlichen Bevölkerung sieben Massengräber aufgefunden, die insgesamt 4.143 Leichen erschossener polnischer Offiziere enthielten.

Von April bis Juni wurden diese von einer Kommission untersucht, welcher Ärzte aus zwölf europäischen Ländern angehörten, ferner von einer Kom-

mission des polnischen Roten Kreuzes sowie amerikanischen, englischen und kanadischen kriegsgefangenen Offizieren.

Die Deutschen veröffentlichten ausschließlich ein sehr gut dokumentiertes offizielles Dossier, das sämtliche forensischen Untersuchungsergebnisse, 80 Fotos und alle Namen der identifizierten Opfer enthielt.^{38a)} S. 91 + 236

Die Massengräber von Winniza

"Die Massenmorde von Winniza wurden von den Deutschen Anfang Juni 1943 aufgedeckt. An drei verschiedenen Stellen wurden in 97 solchen Gräbern die sterblichen Überreste von 9.432 von den Sowjets ermordeten Ukrainern vorgefunden.

Vom 24. Juni bis zum 25. August inspizierten nicht weniger als vierzehn Kommissionen, darunter

sechs ausländische, die Massengräber. Auch in diesem Fall faßten die Deutschen die Resultate der forensischen Untersuchungen in einer wohldokumentierten Publikation von 282 Seiten zusammen, mit 151 Fotos, gerichtsmedizinischen Gutachten sowie Namen von Opfern.^{38b)} S. 91 + 237



Nach Entdeckung der Massengräber in Katyn bei Smolensk hatte die Reichsregierung sofort alles Menschenmögliche getan, um die Funde international dokumentieren zu lassen.

38a) "Amtliches Material zum Massenmord von Katyn", Berlin 1943. – Beginn der Exhumierungen am 29.3.1943; Bekanntgabe im Rundfunk am 13.4.1943.

Vgl. Louis Fitzgibbon, "Katyn – Verbrechen ohne Beispiel", Warwickshire, England 1980, dt. Ausgabe Vlotho + Franz Kadell, "Die Katy-Lüge", München 1991.



Im Fall Winniza/Ukraine wurde ebenfalls die internationale Öffentlichkeit sofort unterrichtet. Doch auch hiervon ließen sich die Weltimperialpublizisten nicht beeindrucken. Im Gegenteil, sie "verstärkten zwecks Ablenkung der Öffentlichkeit ihre Greuelpropaganda gegen Deutschland" (Vgl. die Anweisung des britischen Informationsministers Brendan Bracken vom 29.2.1944 in HT Nr. 23, S. 40). Der NKWD-Befehl: "Konterrevolutionäre sind zu erschließen" war ihm ebenso bekannt, wie der Redaktion der Frankfurter Allgemeine Zeitung, die am 30.10.1999 hierzu allerdings spezifizierte Stellung nahm.

Hatten die Deutschen in Winniza hunderte Ermordete unter einem frisch angelegten "Kultur- und Freizeitpark" aufgefunden, so wurde den NKWD-Tätern nach Kriegsende im gesamten ostpolnischen, baltischen und westrussischen Raum eine Mordopferzahl von rund 150.000 nachgewiesen.

Rolf Kosiek/Olaf Rose u.a. (Hrg.).

"Der große Wendig – Richtigerstellungen zur Zeitgeschichte", Tübingen 2008 Bd. III S. 649, 2010, Bd. IV S. 408 + 410.

38b) "Amtliches Material zum Massenmord von Winniza", Berlin 1944.

Sondergeschützte Studien

-- Oranienburger Tagung --

Im Jahre 2008 fand unter Beteiligung der Bundeszentrale für politische Bildung^{39) S. XII} in Oranienburg bei Berlin zum 25-jährigen Gedenken an **Rückert, Langbein, Kogon** und ihre Broschürenleistung "Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas" ein Kongreß zum Thema statt. Man wollte mit Hilfe "international ausgewiesener Fachwissenschaftler"^{39) S. XVI} neue Studien diskutieren und der Öffentlichkeit vorlegen. Dies geschah dann auch mit dem Sammelband "Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas"³⁹⁾

Die "Altmeister" hatten sich wirklich qualifiziert: Beispielhaft erinnert sei an ihr Aufspüren des "Waldlagers Kulmhof": 40) S. 115 - 116

Mitglied des "Sonderkommandos **Lange**", Polizei-Oberwachtmeister **Bruno Israel**, gab zu Protokoll:

"Die Krematoriumsöfen hatten eine Breite von etwa 10 m und eine Länge von etwa 5 - 6 m. Sie ragten nicht aus der Erde heraus. Sie hatten keine Schornsteine. Sie verjüngten sich nach unten, wo die Roste angebracht waren, die aus Eisenbahnschienen bestanden. Die kürzeren Schienen sind die Roste; die längeren dagegen dienen der Tarnung der Krematoriumsöfen vor Fliegern. Diese Schienen wurden über die Gruben gelegt und mit Blech abgedeckt. Über jede Schicht Leichen wurde in dem Ofen eine Schicht Holzschette gelegt. Soviel ich mich erinnere, wurde der Ofen von unten angezündet. Derjenige, der das Feuer anmachte, mußte sich durch das Aschenloch hindurch unter die Roste begeben. Ich möchte bemerken, daß zu dem Aschenkasten ein Korridor in der Erde führte, der sowohl der Luftzufuhr als auch dem Entfernen der Asche diente. Die Leichen verbrannten rasch; es wurden ständig neue hinzugeworfen." 40) S. 115 - 116

Keiner der 24 Herausgeber-"Experten" sah sich veranlaßt, diese unterirdischen, oben mit Blech abgedichteten Kremierungsöfen, bei denen ständig Leichen hinzugeworfen wurden, zu überprüfen. Sie waren in der Tat aus der Luft nicht zu entdecken. Nachfolgend blieben sie spurlos verschwunden. Auch ihnen wurde das Juhlläum zuteil. Sie durften nicht "geleugnet" werden, gehören sie doch zur "offenkundigen Geschichte", — ebenso wie der in Chelmo seitlich "in einer 4 x 4 m breiten und 2 m tiefen Grube angebrachte Ofen, mit dem mittels eines in die Erde geführten Luftschachtes 54,993 Leichen innerhalb eines Massengraves zu Asche verbrannt" worden seien (vgl. HT Nr. 113, S. 29 - 32). Der Bundesverfassungsschutz ahndet schon "die Möglichkeit eines Zweifels" (vgl. S. 26)!

Die so weitergeführten Studien für singuläre "Methoden und Maßnahmen deutscher Massentötungen", die den nur zum Staunen und Entsetzen berechtigten nachgewachsenen Generationen vor Augen führen, was in der "bösen Zeit des Nationalsozialismus" geschehen sei, stehen unter gesetzlichem Sonderschutz. Dieser wird gewährt für alles, was Schreckliches über die "ns-Gewaltherrschaft" behauptet wird. Nichts dergleichen

darf angezweifelt, verharmlost, geleugnet werden.

So war man nach 25 Jahren immer noch unter sich geblieben. § 130 StGB hat unabhängige Historiker bei diesem Thema zum Schweigen gebracht, — jedenfalls im "demokratischen BR-Deutschland".

Die Beschlagnahme der HT-Nr. 101 im Jahre 2011 hat trotz des neuerlichen UN-Menschenrechtskomitee-Entscheides vom Juli 2011 (vgl. S. 3) erwiesen, daß selbst in den USA gefertigte Forschungsarbeiten in einer wissenschaftlichen Zeitschrift vor einseitiger Meinungsverfolgung seitens der BRD-Behörden nicht geschützt sind. Wir bedauern dies, können deshalb jedoch wissenschaftliche Grundsätze nicht ändern.

Bei Analyse des Sammelbandes³⁹⁾ wird tunlichst vermieden zu zweifeln, zu verharmlosen und zu leugnen, freilich aber darauf hinzuweisen sein, daß Staunen über das Gehotene noch erlaubt und angebracht ist. Dies gilt für die Ausführungen an sich, als auch für die Gewissenlosigkeit der Verfasser und Herausgeber, soweit sie Irrationales und längst Widerlegtes heweislos mit existenzschädigender Wirkung für ihr Volk im Namen der Wissenschaft postulieren.

Oh der Fülle des Stoffes lag es nahe, auf entbehrliche Namen zu verzichten, da die Einzelautoren des Sammelwerkes ja doch unter zentraler Regie stehen und sich ihrer Auftragsarbeit bewußt sind, kennen sie

39) Günter Morsch, Bernd Perz (Hrsg.), "Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas", Berlin 2011, Metropol Verlag.

40) Eugen Kogon, Hermann Langbein, Adalbert Rückert u.a. (Hrsg.), "Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas", Frankfurt/M. o.J., S. Fischer Verlag.

doch alle ihre Bewältigungsrichtlinien.

Die Studienergebnisse im "Jubiläum"-Sammelband²⁹ erscheinen bedeutungsvoll als Aussage der offiziellen Geschichtsschreiber. Wobei der Begriff "offiziell" sich zumindest dadurch ableiten läßt, daß diese Initiativen regierungsamtlich erwünscht, vertreten und gefördert, Gegenstimmen hingegen amtlich unterdrückt werden. Allein die Tatsache, daß es bis zur Stunde kein einziges Bemühen einer BRD-Amtsperson gibt, die Geschichtsschreibung von der verlogenen und gegen Kriegsende noch verstärkten alliierten Greuelpropaganda abzusetzen und der gleichartige Eifer der Sammelbandautoren, genau dieses offizielle Gebaren einzuhalten, belegt den Umziehungscharakter ihrer Arbeit.

Durchgängig wird im Sammelwerk²⁰ dargelegt, daß es in den "zahlreichen Tötungszentren" keine erkennbare Befehlsstruktur, keine nachvollziehbare Zeitplanung, keine einheitliche "Tötungstechnik", sinnvolle Gesamt- und Bauplanung, Spurenbesetzung gab. Andererseits fehlen allerorten realistische Angaben über die Durchführbarkeit der Erzählungen, über Herkunft von Brennmaterial, über Gründe für die Unkenntnis der Alliierten von diesem Geschehen lange über das Kriegsende hinaus und deren mangelndes Interesse, sich an Tatortuntersuchungen zu beteiligen. Auch die abgeänderten anfänglichen "Zeugenbekundungen" und wundersamen kommunistischen Kommissionsberichte haben die Autoren keineswegs zur Zurückhaltung veranlaßt.

Schockiert wird der Leser bereits zu Beginn des Sammelwerks infolge der erkennbaren Unehrlichkeit, mit der an die Arbeit gegangen wurde:

"Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland gehört zu den am besten erforschten und am klarsten dokumentierten Gebieten der Zeitgeschichte." ²¹ 299 S. 102

Doch neben vielen anderen Dementis findet sich bereits in der Einleitung folgende Meldung:

"Viele der damals durch die schwierige Quellenlage bedingten Begrenzungen der Forschungen können vor dem Hintergrund fehlender Quellen aber auch nach fast 30 Jahren später nicht einfach überwunden werden. Das gilt vor allem für die Lager der »Aktion Reinhardt«. für die im Gegensatz zu den Konzentrationslagern nur äußerst wenig zeitgenössische Dokumente überliefert sind. ... Die Auswertung einschlägiger Nachkriegsprozesse ist bei Weitem noch nicht abgeschlossen." ²² 299 S. VIII

"Ältere historische Darstellungen des Osteinsatzes versuchten die Maßnahme mit der Verlegung des Euthanasie-Personals in die »Mordzentren der Aktion Reinhardt« in Verbindung zu bringen, aber diese Meinung wurde widerlegt." ²³ 299 S. 166 + 167 S. 187

Und hierbei handelt es sich um die "Hauptlager des Holocaust"! Doch so geht es weiter.

S. 79 Fußnote:

"An dieser Stelle ist auf die prekäre Quellenlage hinzuweisen, die es nicht erlaubt, den Beginn bzw. den genauen Ablauf der Planungen für die verschiedenen Euthanasieaktionen exakt zu definieren. Die wichtigsten Primärquellen existieren nicht mehr, wie z. B. die Akten der Kanzlei des Führers. Die Unterlagen der »Zentraldienststellen« von »T4« wurden bis auf einen Rest, den als »Heidelberger Dokumente« bekannten Bestand, 1944/45 vernichtet. Aus diesem Grund stellen die Aussagen der Angeklagten und Zeugen in den einschlägigen Gerichtsverfahren die wichtigste Quelle dar. Diese Aussagen sind z.T. ungenau, widersprechen einander bzw. sind in sich widersprüchlich, so daß eine Rekonstruktion des Planungsprozesses mit einer gewissen Unsicherheit behaftet ist."

S. 84:

Unter Berufung auf eine nicht näher bezeichnete "Hartheimer Statistik" werden als Gesamtzahl der in Euthanasiezentren getöteten Geisteskranken 70.273 notiert. Dokumentarische Belege hierfür fehlen ebenso wie für die Kohlenmonoxid-(CO)-Stahlflaschen, die allerorten für die Euthanasietätigkeiten verwendet worden sein sollen. Warum "Injektionen vor Ort" ungeeignet gewesen sein sollen, statt dessen umfangreiche Transporte in speziell für "Vergasung" umzurüstete "Tötungszentren" blieb unerörtert, die durchgängig kritiklose Bezugnahme auf als "ns-Akten" ausgegebene Papiere ("Vermerke", "Gesprächsprotokolle" usw.) und Literatur, die auf solche "Quellen" verweist, staunenswert.

Die strengen lebensunwerten Voraussetzungen und Überprüfungsbedingungen mit nachweisbaren Expertenbescheinigungen, die im Euthanasieerlaß **Hitlers**, der rückwirkend zum 1.9.1939 in Kraft gesetzt wurde, gefordert waren, erfährt der Leser nicht. Auch erfährt er nichts über das Ausbleiben der allein durch diese Vorschriften bedingten Aktenherge, von denen es ja angesichts der behaupteten hohen Tötungszahlen an verschiedenen Orten irgendwelche Überreste geben mußte. Diese müßten durch Todesurkunden, Kremierungs- und Bestattungsbelege noch aufgetürmt worden sein, — doch man weiß über deren Verbleib nichts.

S. 88 - 89:

"Konrad Morgens Aussage ist ein relativ früher Hinweis auf die Verbindungslinie zwischen der »Euthanasieaktionen« und dem Holocaust an den europäischen Juden, auch wenn die Erklärung des fragwürdigen IMT-Zeugen möglicherweise nicht unproblematisch ist. ...

Da keinerlei Originalakten der NS-Zeit zu dieser Fragestellung erhalten sind, werden die Vorgänge im folgenden auf der Basis von Prozessausagen Beteiligter rekonstruiert."

"In der historischen Literatur wird ... zumeist auf die sogenannte »Probevergasung« verwiesen, die in der nur etwa 70 km von Berlin entfernten »Euthanasieanstalt« in Brandenburg an der Havel stattfand.

Wer die ermordeten Kranken waren und woher sie kamen, ist nicht bekannt. Auch das exakte Datum dieser ersten Mordaktion läßt sich auf der Basis der vorliegenden Quellen nicht bestimmen."

Verschwiegen wird, welche "Quellen vorliegen" und was diese belegen.

S. 124:

"Da die Körper bei der Verbrennung nicht vollständig zu Asche zersetzten, kam eine elektrische Knochenmühle zum Einsatz. Ein Teil der Asche wurde in den Urnen, welche jeweils rund 3 kg faßten, versandt.

Die übrigegebliebene Asche füllte man in Säcke und brachte sie mit einem in Hartheim stationierten Lieferwagen zur Donau, wo man sie ins Wasser kippte."

Die "elektrische Knochenmühle", auch ihr Hersteller und Lieferant, wurden nie gefunden, Asche mit oder ohne Säcke in der Donau auch nicht.

S. 129:

Einzelheiten über die Behauptung, bei Bauarbeiten im östlichen Teil des Schlosses Hartheim 2001 habe man "große Mengen von Asche und menschliche Knochenstücke gefunden", ferner "Urnenplatten mit Namen von Opfern und Erkennungszeichen von Häftlingen des Konzentrationslagers Mauthausen", erfährt der Leser nicht. Nicht einmal eine Meldung Judenfett gebaut". -- Vollständiger Originalbericht in³⁹⁾ S. 13-16

Die Beweislage für die übrigen Euthanasiestätten wird ähnlich, wenn überhaupt, geschildert.

S. 166 + 167:

"Im Januar 1942 drängten die Direktoren einzelner »Euthanasie«-Anstalten ihre Belegschaften, sich an einem medizinischen Sondereinsatz an der Ostfront zu beteiligen. In diesem sogenannten Osteinsatz, koordiniert unter Federführung der Organisation Todt, wurden die »T4«-Mitarbeiter vorgeblich dazu herangezogen, bei der Evakuierung verletzter Soldaten von der Ostfront zu helfen. ...

Das Euthanasie-Personal sei vermutlich an die Ostfront entsandt worden, um deutsche Soldaten zu töten, die an der Front schwere Kopfverletzungen oder andere unheilbare Verwundungen erlitten hatten."

Weder werden für solche ungeheueren Behauptungen Beweise vorgelegt, noch Anhaltspunkte für derlei "Vermutungen"! Nicht einmal ein Zeuge war aufzutreiben!

S. 176:

"Am 16 Juli 1941 schrieb der Führer des Sicherheitsdienst-Leitabschnittes Posen, **Rolf Heinz Höppner**, an **Adolf Eichmann** nach Berlin ins Reichssicherheitshauptamt (RSHA), es gebe derzeit in der Reichs-

statthalterei des Warthelandes verschiedene Besprechungen, bei denen über eine zentralisierte Behandlung der »Judenfrage« im Reichsgau diskutiert werde. SS-Sturm-bannführer **Höppner** sandte eine Zusammenfassung verschiedener Vorschläge an das Referat IV B 4 des ... RSHA ..., die »teilweise phantastisch«, gleichzeitig aber auch »durchaus durchführbar« klangen. Als Ergebnis dieser Besprechungen hielt **Höppner** fest, dass die Errichtung eines großen Arbeitslagers für sämtliche Juden des Reichsgaues Wartheland vorgeschlagen wurde. Diese große Haftstätte für etwa 300.000 Juden sollte in der Nähe einer großen Gütereisenbahnlinie errichtet werden, die den Reichsgau Wartheland von Nord nach Süd durchschnitten und als Kohlenmagistrale bekannt war. Die Juden sollten dort in Wirtschafts- und Handwerksbetrieben arbeiten. Die jüdischen Frauen sollten sterilisiert werden, um das »Judenproblem« auf die lebende Generation zu beschränken.

Der skandalöseste Punkt im Vermerk lautete dann:

»Es besteht in diesem Winter die Gefahr, daß die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.«

Tatsächlich wurde dieser Bauplan nie realisiert; doch das Teilprojekt -- der Massenmord an arbeitsunfähigen Juden -- lief gut ein halbes Jahr später an, und zwar in einem kleinen Dorf im Landkreis Warthbrücken, nicht weit von der Kohlenmagistrale. Im polnischen Ort Chelmino, der jetzt Kulmhof hieß und nicht einmal 300 Einwohner hatte, sollten zwischen dem 8. Dezember 1941 und dem 14. Juli 1944 mehr als 150.000 Juden umgebracht werden."

"Bewiesen" wird das mit Quellenverweis hauptsächlich auf denselben Verfasser **Peter Klein** an anderer Stelle. Das hier Gebotene müßte sozusagen Erkenntnisextrakt seiner diesbezüglichen Arbeiten sein. Der "Vermerk" wird aus polnisch-kommunistischen Veröffentlichungen hergeleitet.⁴⁰⁾

Trotz jahrzehntelanger Forschung hielt es kein Verantwortlicher der "Neue Studien"-Ausgabe für nötig, nachzufragen, wo die "Besprechungen" -- ohne Kenntnis des Gauleiters **Arthur Greiser**³⁹⁾ S. 177 -- stattgefunden, wer sie geleitet, wer daran teilgenommen, wer den Inhalt des -- offenbar privaten? -- "Vermerkes" bestätigt, wer diesen untergeordneten Chargen überhaupt die Vollmacht gegeben habe, über "Sterilisierung von Frauen", ja über Leben und Tod von Bevölkerungsgruppen zu entscheiden. Ein SS-Sturm-bannführer = Major? Was hatte schließlich **Adolf Eichmann** mit einem solchen "Besprechungsergebnis" zu tun? Er war kein Befehlsempfänger dieser Anonymen oder eines Majors! Auch er hatte keinerlei Kompetenz, über sol-

41) Biuletyn Główny Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce XIII (1961) S. 27F - 29 F +

S. Krakowski, "Das Todeslager Chelmino/Kulmhof. Der Beginn der Endlösung", Yad Vashem; Jerusalem - Göttingen 2007, S. 24.

che Sachverhalte mitzuentcheiden!

Und wie sachwidrig schnell ein "Vermerk" über die Schaffung von Arbeitsplätzen mit nächster Satzfolge in ein Vernichtungszentrum mutieren konnte, hat ebenfalls keinen der "Neue Studien"-Verantwortlichen nach dem Original und der Echtheit des Papiers fragen lassen. Eine polnische Veröffentlichung genügt.

Bei einem derart eingeleiteten Kulmhof-Thema ist die Basis für ernsthafte Auseinandersetzung nicht gegeben. Hinweise auf Literatur gleichartigen Strickmusters können hieran nichts ändern.

S. 186-187:

"Freilich fehlt es noch an eingehenderen Studien vor allem zu Treblinka, dem größten der drei Lager, und Belzec. ..."

Die Forschungen zu den Lagern der »Aktion Reinhardt« stoßen vor allem durch den Mangel an aussagekräftigen Quellen an Grenzen, denn für diese Lager sind fast keine zeitgenössischen Akten überliefert."

In seinen weiteren "Studien" berücksichtigt der Verfasser indessen die fragwürdigen sowjetischen Methoden zur "Ermittlung von Zeugenaussagen", doch weist er diesen historischen Wert zu, sofern BRD-Gerichte die so bekannt gewordenen Schreckenstaten "bestätigt" haben.

S. 210:

Die nachfolgende Auschwitz-Birkenau betreffende Fantasiegeschichte wird ungeachtet der seit Jahrzehnten nachgewiesenen fehlenden Deckenlöcher unverfroren weiterhin zum "historischen Faktum" hochstilisiert. — Staunen darf man über das Wissenschaftsverständnis dieser "Neue Studien"-Leute!

"Diese Maschendrahtsäulen erlauben nicht nur die unkomplizierte Einführung der mit Cyanid getränkten Kalziumsulfatwürfel in den mit Menschen gefüllten Raum, sondern auch die schnelle Beseitigung dieser Würfel, aus denen noch immer Blausäure austrat, nachdem der Vergasungsvorgang etwa nach 20 Minuten beendet war und niemand mehr lebte. ..."

Da Zyklon B als Schädlingsbekämpfungsmittel entwickelt worden war, hatte man einen 24-stündigen Verdampfungszeitraum für das Cyanid vorgesehen. ..."

Da Tag für Tag neue Transporte eintrafen, drang die SS darauf, daß die Gaskammern nach dem Tode aller Opfer gleich wieder betreten werden konnten. Die Architekten müssen geschlußfolgert haben, daß die Beseitigung der noch ausdampfenden Erko-Würfel die Aufräumarbeiten erleichtern würden."

S. 211: Gleichermaßen erstaunlich:

"Dem Vorbild der Gaskammern in den Bunkern folgend, waren die zweckmäßigen Gaskammern der Krematorien 4 und 5 einfache, überirdische Räumlichkeiten ohne die relativ komplizierten Einrichtungen zur Entfernung des Giftgases wie die Gassäulen in den Gaskammern der Krematorien 2 und 3 und, wenigstens zu Beginn, ohne ein mechanisches Ventilationssystem. ..."

Nachdem die Opfer (in die Gaskammern der Krematorien) eingetreten waren, blieb von ihnen nichts weiter übrig,

als Rauch, der durch den Schornstein abzog, und Asche, die in die nahe gelegene Welchsel geschüttet wurde."

S. 220:

"Wenig ist bekannt über die Errichtung der Gaskammern im Konzentrationslager Majdanek, denn es gibt so gut wie keine Unterlagen, die ihren Bau und ihre Inbetriebnahme dokumentieren."

Es steht nur fest, daß die Gaskammern auf der Grundlage entsprechend modifizierter technischer Pläne einer Entwesungsanlage nach dem System der Blausäure-Entwesung entstanden (Blausäure ist der Wirkstoff von Zyklon B)."

Weshalb letzteres "feststeht", blieb unbeantwortet. Wenn es "so gut wie keine Unterlagen gab", konnte es auch "keine modifizierten technischen Pläne" gegeben haben. Der Verfasser hatte Jahre Zeit, diesen sich aufdrängenden Widerspruch zu klären. Doch er schaffte es nicht, legte auch keinen "modifizierten technischen Plan" vor."

S. 246 f.:

"Eine besondere Rolle für die Verwendung von Zyklon B in Mauthausen spielte die Linzer Reinigungs- und Entwesungsanstalt des SA-Obersturmführers Anton Slupetzky, die als einschlägig bekannte Firma seit Mitte 1940 Entwesungen der Baracken in Mauthausen und Gusen mit Zyklon B durchführte. [...]"

Spätestens in der zweiten Jahreshälfte 1941 wurde in Mauthausen eine Zyklon B-Entlausungskammer für Textilien nach dem Vorbild des Konzentrationslagers Sachsenhausen eingerichtet, wie sie von der Firma Degesch entwickelt worden war."

S. 248:

"Die genauen Abläufe, die zur Errichtung einer Zyklon B-Gaskammer in Mauthausen geführt haben, sind nicht bekannt."

Langatmig folgende Geschichten mit "offensichtlich" und "vermutlich" haben in einer wissenschaftlichen Festschreibung von historischen Tatsachen nichts zu suchen. Dagegen wird eine Darstellung über die Foltermethoden, die zum Totenbett-Geständnis" des KL-Kommandanten Franz Ziereis geführt haben, vermisst."

S. 259:

Die Gedenkstätte von Mauthausen sei 1948/1949 nicht originalgetreu hergerichtet worden, sondern nach dem Gesichtspunkt, "würdig" zu sein. "Die Umbauten wurden nicht genau dokumentiert."

S. 264 ohne Beweisführung:

"Im Mai 1942 nahm die KZ-Kommandantur (von Sachsenhausen) die neue fabrikähnliche Vernichtungsanlage mit einer großen Massenmordaktion in Betrieb."

S. 265:

"Schließlich ist ein Befehl der IKL (Inspektion KL) zur Verwendung von Gaskammern in den Lagern bisher weder bekannt geworden, noch ist er angesichts des häufig eher wenig systematischen oder sogar, wie in Buchenwald und Flossenbürg, weitgehend ausgebliebenen Einsatzes"

von Giftgas sehr wahrscheinlich."

S. 269:

"Die Quellen über die in der Gaskammer durchgeführten Mordaktionen sind eher spärlich."

Die "spärlichen" Belege wurden nicht benannt.

S. 314:

"Anders als in der Literatur lange Zeit angenommen, wurde die Gaskammer in Natzweiler zunächst nicht gebaut, um diejenigen Häftlinge zu vergasen, die der SS-Arzt August Hirt für seine Skelettsammlung im August 1943 ermorden ließ. ...

Die Gaskammer sei allein für die Experimente mit dem gasförmigen, lungenschädigenden Kampfstoff Phosgen notwendig gewesen, die Otto Bickenbach, Leiter der Biologischen Abteilung des Forschungsinstituts der Medizinischen Fakultät der Reichsuniversität Straßburg, durchgeführt habe."

Dieses hier -- in Möglichkeitenform -- unablässig auf Mordpolitik abgerichtete "kriegswichtige" Thema ist seit Jahrzehnten umfangreich seziert worden und bezieht sich auch den "Neuen Studien" zufolge ausschließlich auf fragwürdig zustandgekommene, unrealistische, widersprüchliche Zeugenaussagen und gefälschte Schreiben bzw. Schriftwechsel. Man vergleiche hierzu die ausführlichen Analysen in den *Historischen Tatsachen* Nr. 18 sowie bei Carlo Mattogno⁴²⁾ und Robert Faurisson.⁴³⁾

Prof. René Fabre hat in einem Gutachten bestätigt, keine Rückstände von Blausäure gefunden zu haben, weder in den im Anatomischen Institut in Straßburg befindlich gewesenen Leichen noch im Mauerwerk der behaupteten

"Gaskammer" in Natzweiler.^{41) S. 253 + 42) S. 254}

S. 337 - 342:

"Die Gaskammer in der 'Baracke X' des Konzentrationslagers Dachau und die »Dachau-Lügen«

Ohne Details und Beweise wird behauptet, angesichts der "Exekution von Tausenden sowjetischer Kriegsgefangener" und nicht mehr ausreichender Verbrennungskapazität habe sich "die SS" im Frühjahr 1942 entschlossen, in "Baracke X" ein größeres Krematorium "mit Gaskammer" zu bauen.

"Die Frage, ob in dieser im Krematorium installierten Gaskammer tatsächlich Menschen durch Giftgas getötet wurden, ist bis heute nicht eindeutig geklärt, die Quellenlage dazu ist schlecht."

Zum Abschluß darf -- weil erlaubt -- der souveräne Leser noch darüber staunen, daß die "Neuen Studien" nach 444 Seiten Berichterstattung über jahrzehntelange "Holocaust"-Forschung bzw. -Publikation die Herausgeber nicht ein einziges Fotodokument zu präsentieren wußten! Kein Massengrab, keine Funde, keine "ausgebrochenen Goldzähne, haltbar gemachte Gehirne",^{39) S. 124} keine "Skelette aus der Skelettsammlung von Dr. Hirt", Knochenmühle, kein Sack Asche aus Weichsel oder Donau, kein Dokument zur Befehlskette, keine überprüfende internationale Kommission war fotografisch dokumentiert!

So bleiben die "Neuen Studien" für einen ernsthaften Historiker nur insofern von Interesse, als sie in Einzelfällen sozusagen Ankläger-amtlich belegen, wie es 75 Jahre nach Kriegsende um die Quellenlage zum Thema bestellt ist.

BRD-Politiker schämen sich nicht, Deutschland auch noch den zivilen Bombenkrieg anzulasten

An Detlef Sittel (CDU), 2. Bürgermeister, Rathaus
Dr.-Külz-Ring 19, D-01067 Dresden

"Die Deutschen müßten Engel oder Heilige sein, um zu vergessen und zu vergeben, was sie an Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten zweimal in einer Generation zu erleiden hatten, ohne daß sie ihrerseits die Alliierten herausgefordert hätten. Wären wir Amerikaner so behandelt worden, unsere Racheakte für unser Leiden würden keine Grenzen kennen."

Reverend Ludwig A. Fritsch, Ph. D., Chicago, 1948.

29. Februar 2011 Geehrter Herr Bürgermeister Sittel, Zwei Reden hielten Sie in Dresden, um der Bomben-Opfer zu gedenken. Genaugenommen waren Ihre Reden eine einzige Anklage gegen Deutschland. Dieses »selbstzerstörerische Schuldbewußtsein«, wie es der Jude Gerhard

Löwenthal einmal nannte, scheint auch bei Ihnen seinen Niederschlag gefunden zu haben.

Sie werden wie folgt zitiert:

»Wir wissen: Es war ein Krieg, in dem Deutsche, noch ehe deutsche Städte brannten, Coventry, Rotterdam oder Warschau in Schutt und Asche legten.«

Das ist nicht wahr!

Zur Richtigstellung: James Spaight, Unterstaatssekretär der Churchill-Regierung und Autorität für die Luftkriegsführung, schrieb 1944 in seinem Buch "Bombing Vindicated":

»Wir begannen, Städteziele in Deutschland zu bombardieren, ehe dies die Deutschen in England taten. Das ist eine historische Tatsache, die auch öffentlich zugegeben worden ist. Wir brachten London zum Opfer dar, denn die Vergeltung war gewiß. Deutschland bemühte sich um ein Stillhalteabkommen im Bombenkrieg, so oft sich die leiseste Chance zu bieten schien.«

Rotterdam und Warschau waren verteidigte Städte -- im Gegensatz zu Dresden -- und beide waren wiederholt ultima-

42) Carlo Mattogno, "Schiffbruch", Castle Hill Publishers 2011 Uckfield TN22 9AW. P-O-Box 243 UK /England, GB).

43) Robert Faurisson, "Sur la prétendue 'chambre à gaz' homicide du Struthof, les trois confessions successives et contradictoires de Josef Kramer", in: *Écrits Révisionnistes* (1974-1998). Edition privée hors-commerce, Vichy 1999 S. 247-259.

tiv zur Übergabe aufgefordert worden.

Der französische Luftattaché in Warschau, General **Armengaud**, erklärte in seinem späteren Bericht zum Luftangriff auf die Stadt:

»Die deutsche Luftwaffe hat nicht die Bevölkerung angegriffen. Ich muß unterstreichen, daß sie nach den Kriegsgesetzen gehandelt hat. Es ist wichtig, daß man das in Frankreich und England erfährt, damit keine Repressalien unternommen werden, wo kein Grund hierzu besteht.«

Der Luftkrieg gegen zivile Ziele hat seinen Anfang im September 1939 auf die deutschen Städte Wilhelmshaven, Cuxhaven sowie Westerland und Stettin genommen und nicht im November 1940 auf Coventry (Dortiges Ziel: Zerstörung der Flugzeugmotorenwerke). London ist erst am 7. September 1940 nach dem 8. planmäßigen Terrorangriff auf Wohnviertel Berlins von der deutschen Luftwaffe bombardiert worden!

Churchill selbst beanspruchte ausdrücklich die Urheber-schaft für Planung und Vorbereitung der Flächenbombardements zur Vernichtung der Zivilbevölkerung. Über seine Tätigkeit als Munitionsminister 1925 schrieb er:

»Alles, was in den 4 Jahren des Ersten Weltkriegs geschah, war nur ein Vorspiel von dem, was für das 5. Kriegsjahr von mir vorbereitet worden war. ... Zu dieser Luftschlacht von 1919 ist es nicht mehr gekommen, aber ihre Ideen leben weiter. Der Tod steht in Bereitschaft, die Menschen in Massen hinwegzumähen, ... die Zivilisation zu Staub zu zerstampfen. Vielleicht wird es sich das nächste Mal darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten.«

(Übersetzung: **Rolf Hochhuth**, 1964). Diese Sätze wurden zwei Jahre vor der Fertigstellung von **Hitlers** "Mein Kampf" und acht Jahre vor seiner Machtübernahme gedruckt.

Churchill, Roosevelt und Stalin waren Kriegstreiber und Kriegsverbrecher, das ist inzwischen historisch belegt und unbestreitbar. Der Bombenterror gegen Deutschland war eines ihrer mit nichts zu vergleichenden Verbrechen. Schlimm genug, daß niemand zur Rechenschaft gezogen worden ist, der an diesen unvorstellbaren Greueltaten beteiligt gewesen war.

Weiter sagten Sie:

Adolf Hitler am 10. Juli 1940 vor dem Reichstag

"... Meine Absicht war es nicht, Kriege zu führen, sondern einen neuen Sozialstaat von höchster Kultur aufzubauen. Jedes Jahr dieses Krieges raubt mich dieser Arbeit. ...

Mister **Churchill** hat es soeben wieder erklärt, daß er den Krieg will. Er hat nun vor etwa 6 Wochen mit dem Krieg in den Raum begonnen, in dem er anscheinend glaubt, wohl besonders stark zu sein, nämlich dem Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, allerdings unter dem vorgeschobenen Motto gegen sogenannte kriegswichtige Einrichtungen. Diese Einrichtungen sind seit Freiburg offene Städte, Marktflecken und Bauerndörfer, Wohnhäuser, Lazarette, Schulen, Kindergärten und was sonst noch alles getroffen wird. Ich habe bisher darauf kaum antworten lassen. Aber das soll nun nicht bedeuten, daß dies die einzige Antwort ist oder bleiben wird. Ich bin mir nun darüber im klaren, daß aus dieser unserer einmal kommenden Antwort namenloses Leid und Unglück über die Menschen hereinbrechen wird. Natürlich nicht über Herrn **Churchill**, denn er wird ja dann sicherlich in Kanada sitzen, dort, wohin man ja das Vermögen und die Kinder der vornehmsten Kriegsinteressenten schon gebracht hat."

Historische Tatsachen Nr. 119

"Die Brandfackel, die Deutschland ab 1939 in die Länder Europas schleuderte, fiel im Verlauf des Zweiten Weltkrieges auf deutsche Städte zurück. Vor 66 Jahren jagte sie den Feuersturm nach Dresden."

Wissen Sie eigentlich, was Sie da sagen? Das spräche für die Rechtfertigung schwerster Kriegsverbrechen und für eine erschreckende Mitleidlosigkeit den Opfern gegenüber. Sie rechtfertigen, daß 1.042 deutsche Städte bombardiert und der Erdboden gleichgemacht worden sind. Wissen Sie nicht, daß in der Wüste von Utah die Amerikaner während des Zweiten Weltkriegs an detailgetreu nachgebauten Mietskasernen die fabrikmäßig geplante Einäschung deutscher Städte erprobten?

Jedes Verbrechen hat seine eigenen Täter. Versöhnung bleibt eine Leerformel, wenn man dem Kriegsgegner die Verantwortung für seine Taten abnimmt. Es kann auch nicht angehen, daß die Verbrechen der anderen als Vergeltung der Taten **Hitlers** verniedlicht, verfälscht und gerechtfertigt werden.

Die Bürger Dresdens sind die Opfer der Unmenschlichkeit der Alliierten gewesen – und heute sind sie Opfer der Diffamierung durch unsere Medien, Historiker, Personen des öffentlichen Lebens und Politiker wie Sie.

Kein Politiker eines anderen Landes würde sich so würdelos den Opfern des eigenen Volkes gegenüber verhalten. Und noch etwas: Als Deutsche verbitte ich mir, von Politikern ständig in Sippenhaft genommen zu werden, und ich verlange von ihnen ein Minimalwissen an historischen Kenntnissen. Dazu gehört z.B. auch, wer wem den Krieg erklärt hat.

Sie sagten:

"Mehr als 20.000 Menschen werden in der Nacht dieses 13. Februars umgekommen sein, und die Folgetage bringen immer neue Angriffe, immer neues Leid – der Tod frißt sich durch Dresden."

Die "Historiker-Kommission" ist sogar schon bei 18.000 Toten angekommen. Schauen Sie sich einmal die Zahlen an, wie die Opferzahlen Dresdens im Laufe der Jahre verfälscht, bzw. heruntergelogen worden sind.

Und das machen Sie als Bürgermeister dieser Stadt mit? Sie sind Mitglied der CDU. Ihre Kanzlerin fordert Zivilcourage. Erfüllen Sie ihr diesen Wunsch.

Mit freundlichen Grüßen

Gigi Romeiser

63477 Maintal-Dörnigheim E-Mail: Gigi.Romeiser@gmx.de

Es wird weiter zensiert

An die Bundesprüfstelle für
jugendgefährdende Medien
Rochusstr. 10 53123 Bonn

Bezug: Indizierungsbeschluss vom 4.4.2012 für Nr. 106 der Zeitschrift *Historische Tatsachen*, zugestellt am 9.5.2012

Betreff: Einspruch gegen die o.g. "Dreier-Gremium"-Entscheidung sowie Einbeziehung des "12er Gremiums" zur Neuentscheidung.

Da mit der o.g. Entscheidung des "Dreier-Gremiums" für die gesamte Publizistik in Deutschland die Rechtsordnung durch Mißachtung höchstgerichtlicher und internationaler Grundsatzentscheidungen mittels Zitierung untergeordneter und längst außer Kraft gesetzter Verwaltungsgerichtsurteile auf den Kopf gestellt wurde, jeglicher Willkürinterpretation ohne Bezugnahme auf konkret publizierten Text unter dem Vorwand des Jugendschutzes Tür und Tor geöffnet und jedwede sachliche Geschichtsforschung und -publikation unterbunden würde, wird hiermit gegen die o.g. Entscheidung im Einvernehmen mit dem Herausgeberverlag **Barnes Review**, Washington, Widerspruch bzw. Einspruch eingelegt.

Nähere Begründung:

Da gibt es ein Grundgesetz, das Meinungs-, Lehr- und Wissenschaftsfreiheit garantiert, das eine Zensur verbietet, das im Art. 25 den Vorrang des internationalen (Völker-) Rechts vor innerdeutschen Gesetzen verfügt.

Da gibt es eine Entscheidung der UNO-Menschenrechtskommission vom Juli 2011 (der Behörde von **Barnes Review**, Washington im Originaltext zugeleitet, vgl. hier S. 3), die die Einschränkung der Meinungsfreiheit insbesondere hinsichtlich der Beurteilung historischer Ereignisse für menschenrechtswidrig erklärte.

Da gibt es höchstgerichtliche Bundesverfassungsgerichts-Urteile, die sogar die Indizierung nicht-wissenschaftlich-historischer Untersuchungen untersagen (vgl. BVerfGE vom 11.1.1994 -- BvR 434/87 -- im Fall des Buches von Udo Walendy "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges"):

"Auf eine unwahre Tatsachenbehauptung läßt es sich nicht reduzieren. ...

Das Buch ist vom Index freizusetzen, da die Wissenschaftsfreiheit auch Minderheitenmeinungen sowie Forschungsansätze und -ergebnisse schützt, die sich als irrig oder fehlerhaft erweisen. --

Das anschließend für die Behörde abschlägig beschiedene Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Münster, das die Vorrangigkeit der Meinungsfreiheit vor unberechtigten Eingriffen einer Behörde festgelegt hat, hätte dem "Dreier Gremium", das am 4.4.2012 die Indizierung der *Historischen Tatsachen* Nr. 106 "Es war nicht Rache, sondern Verbrechen" verfügte (**Bundesanzeiger**, 27.4.2012), ebenfalls in Erinnerung sein müssen. Auch das richtungweisende

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28.11.2011 (Az.: - I BvR 917/09).

Doch über all dies setzten sich 3 Personen ("Dreier Gremium", darunter ein Mitglied der israelischen Frauenorganisation "Wizo Deutschland e.V." der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn am 4.4.2012 wieder einmal hinweg (abgesehen von den nach wie vor auf § 130 StGB fixierten Staatsanwälten und Richtern in bezug auf die beschlagnahmte **HT** Nr. 101).

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte diffamierend auf einen "rechtsextremistischen" Verlag aufmerksam gemacht und in einer von ihm vertriebenen ausländischen wissenschaftlichen Zeitschrift *"die Möglichkeit eines Zweifels"* entdeckt.

Dies nahm das besorgte "Dreier Gremium" zum Anlaß sofortiger Nachprüfung und fand zwar auch keinen strafbaren "Zweifel", nicht einmal einen einzigen Sachfehler, doch "Jugendgefährdendes":

1.) Die grundgesetzlich und international verbürgten Menschenrechte auf freie Meinung, Forschung, Lehre und Wissenschaft werden mit Verweis auf ein früheres untergeordnetes und offenkundig längst revidiertes Verwaltungsgerichtsurteil mißachtet, kurzerhand beiseitegeschoben. Das VerwG hatte verfügt, die Beurteilung für eine Indizierung nicht auf den genauen Wortlaut zu beschränken *"sondern auf die Gesamtumstände sowie den Adressatenkreis mit seinen Grundeinstellungen sowie sonstige Äußerungen des Autors oder Interpreten"* auszudehnen. Entsch. S. 4

2.) *"Da wurde das Vertriebungsschicksal der Deutschen fokussiert mittels Erlebnisberichten über die Vertriebung aus Polen, ohne auf die vorangegangenen Verbrechen der Deutschen aufmerksam zu machen."*

Eine auf die Vertriebung konzentrierte wissenschaftliche Dokumentation sei also aus dem Verkehr zu ziehen. -- Drei Personen bestimmen das einfach so gegen die eindeutig präzierte Rechtslage!

3.) Der Begriff **»Aufstachelung zum Rassenhaß«** sei weit auszulegen und beschränke sich nicht auf Rasse, sondern sei anzuwenden bei allen Darlegungen, die *"über die bloße Ablehnung oder Verachtung hinausgehend"* andere als *"feindselig empfinden könnten"*.

Und dies sei bereits der Fall bei Erwähnung antideutscher Einstellungen jüdischer Kreise in den 30iger Jahren und gar erst der Judea-Kriegserklärung an Deutschland vom 24. März 1933. Hiervon könnten Jugendliche *"tiefgreifend sozialethisch verwirrt"* werden. Entsch. S. 5, 6

4.) Das Setzen von Anführungsstrichen für nur behauptete, aber nicht bewiesene "deutsche Untaten" sei ebenfalls jugendgefährdend. Entsch. S. 4

5.) Eine jugendgefährdende *"Verherrlichung des Dritten Reiches"* liege vor, wenn *"... das NS-Regime durch verfälschte oder unvollständige Informationen aufgewertet und rehabilitiert werden soll, ..."*

Auch die "Verharmlosung der NS-Ideologie" gefährde Kinder und Jugendliche.

"So werde z.B. der Nationalsozialismus verherrlicht mit Beiträgen wie: »Polen raubte zivilisatorisch und kulturell hochstehende deutsche Provinzen und vertrieb ihre Bevölkerung mit Völkermordmethoden«, »Bundesministerium für Vertriebene bestätigt« oder »Erlebnisbericht der F.K. aus Vandsburg, Westpreußen« sind darauf angelegt, das NS-Regime aufzuwerten ..." W. Zisch, S. 4

Es bedurfte für ein solches Urteil hier keines Hinweises auf eine einzige Textpassage, geschweige denn einen Sachfehler!

Historische Forschung dürfe somit niemals zu anderen

Ergebnissen kommen und andere Sachverhalte ansprechen, als sie heute erwünscht sind.

Mit derlei amtsmißbräuchlichen und rechtswidrigen Sprüchen ist das Ende korrekter Geschichtswissenschaft verfügt; geht es dabei doch nicht mehr um Faktenermittlung und sachgerechte Auswertung, sondern um die Beurteilungsnoten von Fremden, deren **"feindselige Empfindungsmöglichkeit"** zum Maßstab der Geschichtswissenschaft erhoben wurde.

Eine Amtsverfügung mit derart gravierenden Folgen für die Wissenschaft und Rechtsordnung widerspricht jeglichen Grundsätzen der Menschenrechte und deklariert das deutsche Volk gegenüber allen anderen Völkern der Welt als minderwertig, unfrei, seiner Meinungsfreiheit beraubt!

BRD-Rechtsstaat in Praxis

In Ausübung ihres Berufes als Rechtsanwältin hat **Sylvia Stolz** ihre wegen sog. "Holocaustleugnung" angeklagten Mandanten, u.a. **Ernst Zündel**, verteidigt, indem sie vor Gericht Sachverhalte vorbrachte, die geeignet sind, Zweifel an der Holocaustgeschichtsschreibung und an deren Offenbarkeit zu erwecken, und indem sie darlegte, daß Deutschland seit 1945 unter verschleierte Fremdherrschaft der Kriegssieger steht. Im Fall **Zündel** hat sie trotz Strafandrohung und Wortentzug versucht, die Verlesung und Begründung eines Antrags fortzusetzen.

Hierfür hat das **Landgericht Mannheim** sie im **Januar 2008** wegen "Holocaustleugnung", "Verunglimpfung des Staates", "Volksverhetzung", "versuchter Strafvereitelung" und "Nötigung" zu 3 Jahren und 3 Monaten Gefängnis sowie fünfjährigem Berufsverbot verurteilt und im Gerichtssaal verhaftet.

Die Verurteilung wegen "versuchter Nötigung" mittels eines Antrags auf Belehrung der Laienrichter hat der BGH mangels Vorliegens einer Drohung aufgehoben.

Die Haftzeit war im April 2011 beendet. Ihr Ausschuß aus der Rechtsanwaltschaft wird betrieben.

Der im Verfahren gegen **Ernst Zündel** vorsitzende Mannheimer Richter **Meinerzhagen** hat die "Leugnung des Holocaust" für nicht verteidigungsfähig angesehen, da jedwede Verteidigung einer solchen "Leugnung", also auch deren Beweisermittlung, ihrerseits strafbar sei.

Er kündigte an, keinesfalls "strafbare" Äußerungen in öffentlicher Hauptverhandlung zu dulden. Dies setzte er in der Weise um, daß er der Verteidigerin **Stolz** untersagte, ihre Anträge und Stellungnahmen mündlich vorzutragen, indem er ihr auferlegte, diese künftig gem. § 257a StPO-BRD nur schriftlich einzureichen, ihr bei ihren Versuchen, sich trotzdem auch mündlich zu äußern, ständig das Wort entzog und schließlich -- weil sie sich diesen ihres Erachtens rechtswidrigen Anordnungen nicht beugte -- ihren Ausschuß als Verteidigerin aus dem Verfahren betrieb.

Da der betreffende Beschluß des OLG Karlsruhe über ihren Ausschuß noch nicht rechtskräftig war -- die Beschwerdefrist war noch nicht einmal abgelaufen -- und der Ausschuß ihres Erachtens rechtswidrig war, war sie nicht

bereit, die Verteidigerbank auf die Aufforderung des Vorsitzenden **Meinerzhagen** hin zu verlassen. Er wies die Gerichtsdienerschaft an, sie aus dem Gerichtssaal zu entfernen. Rechtsanwältin **Stolz** wurde hinausgetragen.

Im Februar 2007 -- knapp 10 Monate nach ihrer Zwangsentfernung -- wurde ihr Mandant **Ernst Zündel** zu 5 Jahren Gefängnis wegen sog. "Holocaustleugnung" ohne Anrechnung seiner bereits 2-jährigen Haftzeit in Kanada verurteilt. Er hatte über dieses Thema eine Internetseite betrieben.

In dem gesamten Strafprozeß gegen **Sylvia Stolz** vor dem LG Mannheim wurden ihre Darlegungen und Beweisanträge zurückgewiesen mit dem Argument, sie seien

"rechtsmißbräuchlich und nicht sachbezogen im Hinblick darauf, daß sie darauf abzielten, den Holocaust in Zweifel zu ziehen."

Das Mannheimer Strafurteil vermerkte, daß es der Angeklagten gerade darauf ankam, vor Gericht ihre

"angebliche Wahrheit kundzutun, bis bei einem Richter Zweifel am Holocaust und an dessen Offenbarkeit geweckt werden; ihr Bestreben der systematischen Vernichtung der Juden lasse nur auf eine feindselige Ignoranz der eindeutigen Beweislage schließen." (S. 53, 54 des Urteils vom 14.1.2008).

Dieses Strafurteil enthält keinerlei Feststellungen zur Bezugstat der sog. "Holocaustleugnung", d.h. keine Feststellungen über einen staatlich organisierten Massenmord an den Juden im Dritten Reich, Tatorte, Tötungsmethoden, Anzahl der Toten, Tatzeiträume oder Spuren, Zeugenaussagen oder Dokumente darüber. **Nicht einmal ein Verweis auf andere Urteile oder Sachliteratur war zu finden.**

Solange gerichtlicherseits nicht ein Massenmord-Tatort, nicht ein Beweismittel genannt wird, ist solches nicht schlüssig feststellbar, somit auch eine Verurteilung wegen "Leugnens" der Bezugstat nicht sachgerecht.

Im **Urteil des Amtsgerichts München** vom 15.9.2009, das auf Ausschuß aus der Rechtsanwaltschaft lautet, heißt es, es könne nicht hingenommen werden, daß

Sylvia Stolz

"Ihre vom Gesetz nicht gebilligte politische Meinung im Gerichtssaal äußert."

(S. 11, AZ: 1 AnwG 25/2007).

Auch im anwaltsgerichtlichen Berufungsverfahren wurde u.a. unter Beweis gestellt, daß folgende Äußerungen seit langem unbeanstandet veröffentlicht worden sind:

a)

Dr. Martin Broszat, Leiter des bundeseigenen Instituts für Zeitgeschichte in München veröffentlichte am 19.8.1960 in *Die Zeit* S. 16:

"Weder in Dachau, noch in Bergen-Belsen, noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden."

Was ist nun nach Ansicht der Gerichte offenkundig? Sie haben sich dazu nicht geäußert.

b)

"Zudem sind durch einige Freisprüche in einschlägigen Verfahren durch Vorlage von Gutachten vor nationalen und internationalen Gerichten substantielle Zweifel an grundlegenden Fragen verstärkt worden, so daß die Fortschreibung von zurückliegenden Gerichtsurteilen nicht mehr ausreicht."

So urteilte z.B. auch der Wiener Historiker **Prof. Gerhard Jagschitz** am 10.1.1991 gutachtlich in Bezug auf Auschwitz (Vgl. *HT-Register*).

Der 3. Senat des Bay. Anwaltsgerichtshofs lehnte Beweisanträge bezüglich der Offenkundigkeit des "Holocaust" mit den Worten ab, er habe

"keine Zweifel an der Offenkundigkeit des Holocaust angesichts des ihm bekannten, allgemein zugänglichen Schrift-, Buch- und Tonmaterials"

(Beschluss vom 14.1.2011).

Die Anträge der Verteidigung, mitzuteilen, auf welches Material der Senat seine Gewißheit von der Offenkundigkeit

des "Holocaust" stützt, wurden wegen Offenkundigkeit des "Holocaust" bzw. "nationalsozialistischer Gewaltverbrechen an den Juden" abgelehnt -- mit dem Verweis auf "Zeitungen, Hör- und Fernsehfunk, Nachschlagewerke sowie Geschichtsbücher" (Beschluss vom 8.2.2011).

Zwar sind die Richter laut BRD-Gesetzgebung unabhängig, doch durch nachfolgende Gesetze. Art. 139 GG, dem "Überleitungsvertrag" vom 30.3.1955 u.a. auf wesentliche Rechtsgrundsätze der Siegermächte und somit deren Umerziehungsdogmen bzw. Kriegspropaganda verpflichtet. Mit diesem das Rechtssystem untergrabenden Widerspruch lebt die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen.

Da sich der nachfolgende BuVerfG-Beschluss in der landesweiten Rechtsprechung nicht durchgesetzt hat -- wie auch die vorgenannten Urteile zeigen --, dürfte ihm bislang nur eine Alibifunktion zugesacht sein:

"Eine offenkundig falsche Interpretation der Geschichte oder eine anstößige Geschichtsinterpretation dieser Zeit, insbesondere im Sinne eines Bestreitens des betreffenden Ereignisses ist -- im Gegensatz zum Gutheißenden -- kein tragfähiger Grund für eine Beschränkung der Meinungsfreiheit. ..."

"Daß der sog. Holocaust ein einzigartiges Verbrechen sei, macht sein Bestreiten weder zu einem Gutheißenden noch zu einer Rechtsgutgefährdung."

(BVerfGE vom 4.11. 2009, 1 BvR 2150/08, Abs.-Nr. 77, 82, 68).

Auch sei der Vorsitzende Richter i.R. vom OLG Hamburg, **Günter Bertram**, nicht vergessen:

"§ 130 StGB enthält irreguläres Ausnahmestrafrecht und steht damit zu Verfassung und Meinungsfreiheit im Widerspruch. Der Gesetzgeber muß sich hier zu einer Richtungsänderung durchringen und -- über 60 Jahre nach dem Ende des »Dritten Reiches« -- einen Sonderweg verlassen, um zu den normalen Maßstäben eines liberalen Rechtsstaates zurückzukehren." (43a)

Der 3. Schauprozess gegen Gerd Honsik

7½ Jahre für 3 Bücher, das ist die höchste Strafe, die je über einen Schriftsteller wegen gewaltfreier Meinungsäußerungen auf dem Boden deutschen Sprachraums verhängt worden ist.

Gerd Honsik hat sich zum deutschen Volk im Sinn genealogischer Wurzeln bekannt. Die Justiz verweigerte die Beweise dafür, daß der vom Angeklagten vertretene Nationsbegriff der Verfassung der zweiten Republik Österreich widerspricht. Im Mai 1945 hatte sich die Österreichische Regierung unter **Karl Renner** verpflichtet, den Staat "im Geiste der Verfassung von 1920 wieder erstehen zu lassen".

Gerd Honsik hat den Angriff des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 als "Präventivschlag" bezeichnet. Dem Angeklagten wurde der Wahrheitsbeweis dafür verweigert, daß die führenden Militärhistoriker Deutschlands und Österreichs (**Prof. Joachim Hoffmann** und **Prof.**

Magenheim) genau dies öffentlich und ungestraft lehren und publizieren dürfen.

Gerd Honsik hat behauptet, die Österreicher hätten sich erst 1955 "befreit" gefühlt und nach Kriegsende eine Abtrennung von Deutschland aufstößig verweigert, sogar die Belege des "Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands" (DOW), die das Innenministerium selbst in dem Lehrbuch für Schüler "Rechtsextremismus in Österreich" veröffentlicht hatte.

Gerd Honsik hat Gaskammern auf dem Boden des seinerzeitigen "Großdeutschen Reiches" bestritten. Die hierfür angebotenen Beweise wurden ebenfalls verweigert.

Als Symptome politischer Schauprozesse waren offensichtlich:

43a) *Neue Juristische Wochenschrift*, Heft 21, Mai 2005, S. 1476.

- 1) Dem Verteidiger **Dr. Herbert Schaller**, wurde bereits während des Eröffnungsvortrages das Wort entzogen.
- 2.) Gesetzwidrig wurden alle Beweisanträge abgewiesen.
- 3) Der Verteidiger **Dr. Herbert Orlich** wurde vom Verfahren ausgeschlossen, als er dem schwerhörigen und deshalb vom Richter verspotteten **Dr. Schaller** zu Hilfe kam,
- 4) Dem Beschuldigten, der während der drei Jahre, die

seit seiner Auslieferung aus Spanien vergangen sind, niemals angehört worden war, wurde auch im Verfahren das Recht auf eine "zusammenhängende Erklärung" zum Sachverhalt verweigert. An Stelle dieses Rechts trat, wie schon 2009, ein menschenverachtendes, stundenlanges Verhör, das sich über zwei Tage erstreckte und dessen Fragen alle partiell und zynisch auf einen Schuldspruch abzielten.

Militärpolizeilicher Dienst, Wien 1.10.1948

ABSCHRIFFT

Militärpolizeilicher Dienst

Wien, 1.10.1948
10. Ausfertigung

R u n d s c h r e i b e n Nr. 31/48

1. Die Alliierten Untersuchungskommissionen haben bisher festgestellt, dass in folgenden Konzentrationslagern keine Menschen mit Giftgas getötet wurden:
Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Gross-Rosen, Mauthausen und Nebenlager, Natzweiler, Neuengamme, Niederhagen(Wewelsburg), Ravensbrück, Sachsenhausen, Stutthof, Theresienstadt.
In diesen Fällen konnte nachgewiesen werden, dass Geständnisse durch Folterungen erpresst wurden und Zeugenaussagen falsch waren.
Dies ist bei den KV-Erhebungen und Einvernahmen zu berücksichtigen.
Ehemalige KZ-Häftlinge, welche bei Einvernahmen Angaben über die Ermordung von Menschen, insbesondere von Juden, mit Giftgas in diesen KZ machen, ist dieses Untersuchungsergebnis zur Kenntnis zu bringen. Sollten sie weiter auf ihre Aussagen bestehen, ist die Anzeige wegen falscher Zeugenaussage zu erstaten.
2. Im RS 15/48 kann P. 1 gestrichen werden.

Der Leiter des MPD.:
Müller, Major

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
Lachout, Leutnant

L.S.

F.d.R.d.A.:

Republik Österreich
Waffenkammer Wien
Kommando

Ich bestätige hiemit, dass ich am 1. Oktober 1948 als Angehöriger des militärpolizeilichen Dienstes beim Alliierten Militärkommando die Richtigkeit der Rundschreiben-Ausfertigung gemäß § 12 Abs. 4 AVG beglaubigt habe.

Wien, 27. Okt. 1987

[Handwritten signature]

Erstmals im Fall **Honsik** durfte die "Haltung" des Beschuldigten bestraft werden, -- ohne Beweisführung. War 1992 bis 2009 in Österreich das Beweisverbot nur auf Gaskammern im Dritten Reich beschränkt, -- so ist dieses mit Ablehnung der Nichtigkeitkeitsbeschwerde vom Jahr 2009 im Fall **Honsik** praktisch auf alle zeitgeschichtlichen Themen von 1918 bis zur Gegenwart ausgedehnt, -- sofern es sich um die Meinung einer Person handelt, deren "Haltung" mißfällt.

Man braucht nicht Nationalist zu sein, es genügt, die deutsche Kollektivschuld und zugehörige Thesen zu hinter-

fragen, um in die Verfolgungsmühlen zu geraten.

Diese Zusammenhänge wurden in dem gesamten Auslieferungsverfahren aus Spanien und dem Gerichtsprozedere deutlich.

Zum Glück brauchte **Gerd Honsik** die 7½ Jahre Kerker nicht voll abzusitzen, im September 2011 wurde er nach mehr als 4 Jahren Haft entlassen mit der Auflage, sich nicht mehr publizistisch zum "Holocaust" zu äußern. Der Maulkorb blieb.

Die Geschichtsrevision des Tabuthemas blieb davon jedoch unberührt. Auch diese Haftstrafe war sinnlos.

Germar Rudolfs "Karriere" vom Chemiestudenten, Revisionisten zum politisch Verfolgten

Angeregt von der ersten technischen Untersuchung des Auschwitz Gaskammer-Komplexes durch den US-Gaskammer-Experten **Fred Leuchter** anlässlich des **Zündel**-Prozesses in Toronto 1988, sah sich Dipl. Chem. **Germar Rudolf** als junger Chemie-Doktorant des **Max-Planck-Instituts** in Stuttgart veranlaßt, das Thema vor Ort selbst noch einmal zu überprüfen und das **Leuchter**-Gutachten mit chemischen Details zu ergänzen.

Da stand er nun am 16. August 1991 in der "berühmtesten Gaskammer", dem Leichenkeller des beschädigt erhalten gebliebenen Krematoriums II in Birkenau. In diesem Raum sollen Hunderttausende Juden mittels durch vorgesehene Löcher in der Decke eingeworfenes Giftgasgranulat Zyklon-B zu Tode gebracht worden sein.

"Und als von eben diesen Löchern nicht auch nur der Hauch einer Spur zu finden war, habe ich mich ernsthaft gefragt, ob ich eigentlich in einer Welt von Irren lebe. Ich kam mir auf das Schändlichste betrogen vor, betrogen von einer Justiz, die es nie für nötig gehalten hat, die materiellen Spuren am vermeintlichen Tatort einer technisch-sachverständigen Prüfung zu unterziehen, Prüfung von alien Politikern dieser Welt, die es ebenso bis heute versäumt haben, auch nur eine einzige offizielle Untersuchungskommission auf die Beine zu stellen, die die Sachbeweise zur Erkundung der Wahrheit zusammenträgt..."

Als Chemiker entnahm **Rudolf** Proben von Putz und Mauerwerk und ließ diese von einem Fachinstitut überprüfen. Ergebnis: So gut wie keine Cyanid-Bestandteile im Mauerwerk der behaupteten "Hauptgaskammer des Dritten Reiches"! **Die Sensation war perfekt, das Rudolf-"Gutachten"** über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den Gaskammern von Auschwitz" alsbald fertiggestellt.

Es kostete ihn nicht nur Dokortitel und Karriere, sondern brachte ihm auch flugs ein Strafverfahren mit 14 Monaten Gefängnis mittels verlogener herbeigeredeter angeblicher "Aufstachelung zum Haß gegen Juden" ein. Dieser grotesken Inhaftierung entzog sich **Germar Rudolf** 1996 durch Flucht

nach England. Um der dann europaweit ausgedehnten Verfolgung zu entgehen, bewarb er sich im Jahr 2000 in den USA um politisches Asyl.

Am 14.11.2005 wurde **Germar Rudolf**, Verleger geschichtsrevisionistischer Literatur, von der US-Regierung an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert. Dort stellte ihn die Justiz wegen seiner historischen Schriften, primär wegen seines Buches "Vorlesungen über den Holocaust" vor Gericht.

Während dieses Verfahrens war es seinen Verteidigern unter Strafandrohung verboten, Beweisanträge zu stellen, welche die geschichtlichen Ansichten **Rudolfs** untermauern sollten. Alle Beweisanträge von **Rudolfs** Verteidigungsteam, mit denen versucht wurde nachzuweisen, daß seine Schriften wissenschaftlich und daher vom Grundgesetz geschützt sind, wurden vom Gericht abgelehnt. Sachverständige Historiker, die seine Ansicht bestätigen wollten, wurden an ihrer Aussage gehindert.

Konfrontiert mit dieser Situation, hielt **Rudolf** vor Gericht eine 7 Tage währende Rede. Darin erläuterte er, was Wissenschaft ist und daß er in diese Kategorie einzuordnen ist. Er zeigte zudem ausführlich, warum die bundesdeutschen Gesetze zur Unterdrückung friedlicher Dissidenten grund- und menschenrechtswidrig sind.

Das Gericht zeigte sich wenig beeindruckt. Es verurteilte **Germar Rudolf** zu 30 Monaten = 2½ Jahren Haft und verfügte die Verbrennung seiner "Vorlesungen über den Holocaust" unter Polizeiaufsicht.

Zudem eröffnete der Staatsanwalt ein weiteres Strafverfahren gegen **Rudolf**, weil dieser versucht hatte, seine Verteidigungsrede aus seiner Gefängniszelle heraus zu veröffentlichen.

Als **Rudolf** im Sommer 2009 aus der Haft entlassen wurde, verhängte man gegen ihn eine 3-jährige Führungsaufsicht. Nachdem diese auf Grund seiner Auswanderung in die USA im Sommer 2011 aufgehoben wurde, veröffentlichte er seine damalige Verteidigungsrede in seinem Buch "Widerstand ist Pflicht -- Einlassung im Strafverfahren KLS

503 Js 17319/01 vor dem Landgericht Mannheim 15. November 2006 bis 29. Januar 2007". (Castle Hill Publishers, P.O. Box 243, Uckfield, TN22 9AW, Britain, 2012).

Auf Seiten 201 ff zeigt **Germar Rudolf** die Methoden der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien auf, mit denen diese die Indizierung des wissenschaftlichen Gutachtens durchsetzte: U. a. mit der wissenschaftswidrigen Floskel, **Rudolf** sei von der Mehrheitsmeinung des deutschen Volkes abgewichen, außerdem habe er häufig Statistiken verwendet. -- Dabei enthält sein Gutachten keine einzige Statistik.

"sondern chemische Formeln, mathematische Gleichungen, Daten-Tabellen, physikalische Grafiken, chemische Analysenergebnisse, Auswertungen chemisch-toxikologischer Experimente usw. ...

Die Verfasser dieses Indizierungsbeschlusses sind offen-

bar wissenschaftliche Analphabeten."

Jedenfalls erwiesen sie sich hier als unaufrichtige politische Zensoren, die rechtswidrige Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit strangulierten.

Und "die unabhängigen" Richter?

"Da äußert sich ein anderer Richter gegenüber dem Strafverteidiger Dr. Göbel telefonisch deutlich dahingehend, daß es Anweisungen von ganz oben gebe, eine Beweiserhebung über den Holocaust unter keinen Umständen zuzulassen." S. 124

"Da das LG Mannheim bei Stellung weiterer Beweisanträge zur Entlastung Rudolfs in Aussicht stellte, den Angeklagten zu 5 Jahren Haft zu verurteilen, wohingegen die sofortige Beendigung jeder Verteidigungshandlung zu einer Strafe von nur 2½ Jahren führen würde, wurde das Gutachten von Dr. Olaf Rose nicht mehr eingeführt." S. 102

Umfang "rechtsradikaler Meinungsdelikte" in der Bundesrepublik Deutschland:

"Betrug die Zahl der Strafverfahren wegen der §§ 86, 86a und 130 StGB im Jahre 1993 insg. 3.698, 1997 = 7.949 *Junge Freiheit* 10.4.1998", so lag sie i. J. 2005 bei 13.158." -- Mitteilung eines betroffenen deutschen Publizisten.

Der Verfassungsschutzbericht gab 2009 kund, daß während d.J. 15.277 Bundesbürger ihrer Meinung wegen strafverfolgt worden seien. 2010 waren es 12.817.

Arnold Höfs: Wie man ins Gefängnis kommt -- Meine Geschichte

Meine Erkenntnisse aus der Erforschung der letzten 100 Jahre, speziell der Vorgänge in und um Deutschland, habe ich in 5 Büchern "Fakten Spiegel" unter dem Pseudonym Herbert Hoff niedergelegt

Bei meiner Forschung stieß ich auf einen Artikel des ehemaligen Gouverneurs von New York, **Martin Glynn**, vom 31. Oktober 1919 über den Holocaust an 6 Millionen Juden. Das erstaunte mich sehr, denn seit 1945 bekommen wir doch immer zu hören, daß die Deutschen während des 2. Weltkriegs den Holocaust an 6 Millionen Juden begangen hätten. Wie konnte aber schon 20 Jahre vor Beginn des 2. Weltkriegs (1919) ein US-Amerikaner etwas vom Holocaust an 6 Millionen Juden schreiben?

Neugierig geworden, begann ich zu forschen und stieß dabei auf die "Enzyklopädie des Holocaust", herausgegeben von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Dort fand ich das **Riegner**-Telegramm von 8. August 1942, in dem angegeben war, daß die Zahl **aller** Juden unter deutscher Herrschaft 3,5 - 4. Millionen beträgt. Der Fernsehsender "arte" berichtete am 24.1.2007 um 20⁰⁰ Uhr darüber, daß bis zu 1,5 Millionen Juden als Partisanen in den Wäldern und im städtischen Untergrund gegen die Deutschen gekämpft hätten. Diese 1,5 Millionen haben sich einem evtl. deutschen Zugriff entzogen und wären für mögliche Vernichtungsaktionen nicht greifbar gewesen. d.h. die Zahl der Juden, die man höchstens hätte vernichten können -- wenn so etwas überhaupt geplant war -- verringert sich damit auf ca 2 - 2,5 Millionen.

Nach dem Krieg konnten Juden in Deutschland Wieder-

gutmachung beantragen. Das Bundesfinanzministerium gibt alljährlich die Zahl der Anträge (und früher anscheinend auch die Zahl der Antragsteller) bekannt. Nach allen Angaben haben mindestens 4 Millionen überlebende Juden Wiedergutmachung beantragt.

Von ca. 2 - 2,5 (oder 3,5 - 4) Millionen Juden haben die Deutschen 6 Millionen ermordet. Aber mindestens 4 Millionen davon haben ihre Ermordung überlebt, denn Tote können bekanntlich keine Anträge mehr schreiben.

60 Jahre lang wurde uns erzählt, daß 4 Millionen der 6 Millionen Juden im Konzentrationslager Auschwitz umgebracht worden wären. Im Januar 2005 war die Zahl der Auschwitz-Toten dann plötzlich auf 1 Million zusammengefallen (Bundespräsident **Köhler**, Bundeskanzler **Schröder**, UNO-Generalsekretär **Kofi Annan** und andere). Nach Angaben der Gedenkstätte Auschwitz (**Danuta Czech**, **Fritjof Meyer**) sind aber nur 720.000 Häftlinge nach Auschwitz deportiert worden, von denen nur ca. 400.000 dort vorerst verblieben sind, bevor viele von ihnen in andere Lager überstellt wurden. Wie können also von 720.000 oder 400.000 vier Millionen oder auch nur eine Million ermordet worden sein?

Das Ungeziefer-Vernichtungsmittel Zyklon B wurde in Auschwitz hauptsächlich während der dort grassierenden drei Fleckfieber-Epidemien bezogen und nachweislich zur Entlausung von Gebäuden und Sachen verwendet. Nach den von der Staatlichen Polnischen Gedenkstätte veröffentlichten Sterbebüchern von Auschwitz (amtlichen Dokumenten) sind im Konzentrationslager Auschwitz bis Ende

1943 insgesamt 68.864 Menschen gestorben, davon 29.125 Juden, also keine 4 Millionen und auch nicht 1 Million.

Mein Wissen habe ich etlichen Leuten mitgeteilt, und einige davon haben mich "angeschwärzt".

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine freiheitliche Demokratie, in der jeder seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern und verbreiten darf (Art. 5 GG), und sie ist ein Rechtsstaat. Dieser Rechtsstaat nahm nun seinen Lauf. Das Amtsgericht verurteilte mich zu 4 Monaten Gefängnis mit Bewährung, die darin bestand, 1.500 Euro an die Gedenkstätte Bergen-Belsen zahlen zu sollen. Das Urteil selbst ging überhaupt nicht auf die Sache ein, sondern enthielt sachfremde Behauptungen, die mit meinem Schreiben nicht das Geringste zu tun hatten.

Gegen dieses Urteil habe ich Berufung eingelegt und dem Landgericht das ganze Beweismaterial unterbreitet. Es bestand aus ca. 70 Blatt Papier, bestehend aus Veröffentlichungen der Bundesregierung, der Gedenkstätten Yad Vashem und Auschwitz, ferner zahlreiche Nachweise aus der Literatur, außerdem auch eine Stellungnahme des Bundestags-Petitionsausschusses sowie höchstgerichtliche Urteile. Eines davon hatte z.B. verfügt, daß ein Gericht auch bei bestehender "Offenkundigkeit" zur Beweisaufnahme verpflichtet ist, wenn der Angeklagte entsprechendes Material vorlegt.

Der Richter, der neutral und unvoreingenommen sein soll, stürzte sofort auf mich los, erklärte, das (nach meinem Dafürhalten auch für einen Laien erkennbar sachfremde) Urteil für sehr gut und verlangte von mir, meine Berufung zurückzuziehen. Als ich dies verweigerte unter Bezugnahme auf den großen Berg von Beweisen, die alle meine Aussagen dreifach und sogar vierfach bestätigten, geriet er regelrecht in Wut. Es entspann sich ein hartes Streitgespräch, da ich im Bewußtsein der Wahrheit (und damit des Rechts) immer wieder auf die Beweiskraft des Materials pochte. Meine 5 Beweisanträge wurden abgelehnt und der Vertreter des Rechts erklärte, daß er Beweise nicht zur Kenntnis nähme, was nach § 244 Abs. 2 StPO aber seine Amtspflicht ist. Meine Hinweise auf die diversen Gesetze (einschl. Völkerrecht), die in unserem Rechtsstaat die freie Meinungsäußerung schützen, brachte ihn nur noch mehr in Wut. Die Schöffen wirkten blaß und eingeschüchtert, so daß sie gewissermaßen gar nicht anwesend waren.

So wurde denn meine Berufung zurückgewiesen, und in der mündlichen Urteilsbegründung erklärte der Vertreter des Rechts, daß ich der widerlichste Angeklagte gewesen sei, den er je hatte, und das müssen bei einem Herrn fortgeschrittenen Alters schon viele Tausend gewesen sein.

Gegen dieses Urteil legte ich Revision ein und nannte die vom Landgericht Hannover verletzen Gesetze über die freie Meinungsäußerung, sowie die höchstgerichtlichen Urteile, die einen Richter zur Beweiserhebung verpflichten. Dann passierte eine Panne. Die Dame, bei der ich meine Revisionschrift hätte abgeben müssen, war für mehrere Stunden abwesend. Man sagte mir aber, daß ich es auch an dieser Stelle abgeben könne; es ginge seinen Gang. Und ich hab's

geglaubt. Weil ich es nicht an der Stelle A, sondern an der Stelle B abgegeben habe, wurde die Revision vom OLG Celle abgelehnt. Damit war das Urteil rechtskräftig.

Zahlungen als Nebenleistung dürfen nach § 56 b StGB nur erfolgen an Gemeinnützige Einrichtungen oder an die Staatskasse. Die staatliche Gedenkstätte Bergen-Belsen ist aber keine gemeinnützige Einrichtung und Bergen-Belsen ist auch nicht "die" Staatskasse. Nach meinen mehrfachen Hinweisen auf die Gesetzesverletzung vom 5. Januar, ferner vom 9. und 22. April. 2010 fand am 29. April 2010 vor dem Amtsgericht eine Anhörung statt, in der ich noch einmal auf die Gesetzesbrüche hinwies. Eine Woche später bekam ich die schriftliche Entscheidung, in der stand:

"Er hat seit dem 15. Dezember 2009 nicht reagiert."

Bei rechtskräftigen Urteilen besteht die Möglichkeit, auf Antrag das Verfahren wieder aufzunehmen, wenn man neues Material vorlegen kann.

Aus der Fülle der Beweise wählte ich Zahlenangaben von Politikern (Bundespräsident **Köhler**, Bundeskanzler **Schröder**, UNO-Generalsekretär **Kofi Annan**, **Raul Hilberg** und **Yad Vashem**) aus und rechnete aus deren Zahlen vor, daß es das, was ich bestritten haben soll, gar nicht gegeben haben kann.

Das Landgericht Hildesheim wies meinen Antrag ab mit der Begründung, die Rechnung (bestehend aus Addition und Subtraktion von Zahlen) sei unwissenschaftlich, äußerst unsensibel und geschmacklos (später vom OLG bestätigt).

Nachdem alles mit den vorgenannten Begründungen abgelehnt worden war, kam die Aufforderung, im Gefängnis zu erscheinen, was, ich im Bewußtsein völliger Schuldlosigkeit und unter Berufung auf Art. 20 GG verweigert habe, denn nach Art. 20 GG haben alle Deutschen das Recht, Widerstand zu leisten, wenn die Behörden oder die Gerichte die Gesetze brechen, was in meinem Fall gleich mehrfach passiert ist. So erschienen denn eines Morgens 4 kräftige Polizisten, um einen wehrlosen alten Mann von 74 Jahren zu verhaften. – 3 Monate mußte er hinter Gittern ausharren.

Neuerlich behinderte NPD

Um den gesetzlich vorgeschriebenen Bundesparteitag 2011 durchführen zu können, erhielt die NPD-Parteizentrale 85 Absagen auf ihre Anfragen zur Anmietung eines angemessenen Versammlungsraumes. Erst nach längerem juristischen Tauziehen sicherte das Verwaltungsgericht Potsdam der NPD die Nutzung des Kulturhauses Stadtgarten in Neuruppin zu. Doch dieses war ohne Tische und Stühle und Verpflegungsservice zur Verfügung gestellt worden, forderte dabei 200.000 € Kautions für "zu erwartende Schäden". – Demokratie nach BRD-Art, wieder einmal.

Was alles im "Rechtsstaat" möglich ist

Das Amtsgericht Bielefeld legte mit Beschluß vom 21.6.2011 (Az.: 9 Gs46 Js 57/09-3581/11) Frau Margarete Walendy zur Last, die Nr. 101 der Zeitschrift **"Historische Tatsachen"** herausgegeben zu haben, obgleich aus dem Impressum zu ersehen war, daß Herausgeber der Verlag Barnes Review in Washington ist. Die Zeitschriftennummer wurde beschlagnahmt mit der Begründung:

"In dieser Zeitschrift finden sich Darstellungen, die den Holocaust leugnen. Diese Darstellungen wären geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören, wenn sie von einem größeren Personenkreis zur Kenntnis genommen werden.

Die Entscheidung beruht auf § 102, StPO."

Das Gericht brauchte kein Wort, keinen Satz aus den 40 Seiten wissenschaftlicher Abhandlung anzuführen, um die "Holocaust-Leugnung" zu beweisen!

Der Staatsanwalt spezifizierte später:

Die Feststellung des Verfassers, es sei unsinnig, aus der offiziell bekundeten Tatsache, es gäbe für die behaupteten 600.000 Ermordeten in Belzec und die 2 Millionen in Treblinka keinerlei Funde, Spuren, archäologische Belege und keine internationale Untersuchung nach dem Krieg, glauben oder gar bestätigen zu sollen, daß es ein solches Mordgeschehen gegeben habe, -- sei "strafbares Leugnen des Holocaust".

Unabhängige historische Forschung, Fälschungsnachweise werden so als "Holocaustleugnung" kriminalisiert und beweislos als "Störung des öffentlichen Friedens" behauptet. Ankläger gegen Deutschland dürfen sich straflos sämtlicher Fälschungen bedienen, während das deutsche Volk sich in "Demokratie" und "Rechtsstaat" strafbar macht, wenn

es sich gegen eine solche Behandlung verwahrt! Hier bei uns in den USA stoßen solche nur in einer Diktatur üblichen einseitigen und rechtswidrigen Gesetze und Praktiken übel auf! Das ist keine Wissenschaftsfreiheit, sondern Politik für spezifische Interessenten!

Nicht nur, daß das "Leugnungsverbot" entgegen dem grundgesetzlich gewährleisteten Gleichheitsgebot für alle Menschen nur auf die "NS-Gewaltherrschaft" bezogen wird, -- auch die Presseverfälschung setzt die Strafverfolgungsfrist für "rechte" Publizisten gesondert auf 5 Jahre fest, während alle anderen bereits nach einem halben Jahr nach Veröffentlichung strafbarer Texte außer Verfolgung gesetzt sind. So unterschiedlich behandeln die BRD-Rechtsstaatler nationale Deutsche und andere.

Erstaunt nimmt der BRD-bürger 2012 ein 174-Seiten-Büchlein aus München zur Kenntnis mit dem Titel **"Vergeßt Auschwitz – Der deutsche Erinnerungswahn"** von **Henryk M. Broder**, "Nachkomme hysterischer polnischer Juden" (S. 158), und seine wohlfeile Besprechung in **Welt am Sonntag** am 4.3.2012 und **Focus** 11/2012.

"So wie die Erinnerung heute praktiziert wird, ist sie eine Übung in Heuchelei, Verlogenheit, Scheinhelligkeit und Opportunismus." (S. 12)

Wenn **H. Broder** sich auch mit den Geschehensdarstellungen der Erinnerungspflege hier nicht auseinandergesetzt hat, so muß sein scharfes Urteil zweifellos damit begründet sein. So bleibt er wohl einzustufen als Betroffener, der seine Meinung deutlich gemacht hat, ohne sich durch "Leugnung von Offenkundigkeiten" strafbar gemacht zu haben.

Er sang ein Lied: "Rechtsradikaler Straftäter"

Das Amtsgericht Bad Säckingen verurteilte im Herbst 2011 einen 20-Jährigen, weil er zusammen mit 60 anderen in einer öffentlichen Versammlung das Lied: *"Ein junges Volk steht auf"* mitgesungen hat. Zivile Polizeibeamte hatten die Vorgänge während der Versammlung auf Videofilm aufgenommen und so die "rechtsradikalen Straftäter" ermittelt.

Weder hatte bisher ein Richter das Lied für strafbar oder

verboten erklärt, noch konnte erwiesen werden, daß der Jugendliche gewußt habe, daß dieses Lied während des Dritten Reiches gesungen worden war. Dennoch "mußte" die Demokratie mit 600 Euro Strafe für diese "böse Tat" gerettet werden. Die Richterin meinte, dieses Lied sei ein "verbotenes Kennzeichen des Nationalsozialismus", da es "das zentrale Lied der Hitlerjugend gewesen sei."⁽⁴⁵⁾

6 Monate Gefängnis für einen privaten Brief

Gewiß, der 83-jährige Universitätsdozent i.R. und ehemalige Direktor des deutschen Gymnasiums in Tokio, **Joachim Schäfer**, war wegen "volksverhetzender" Flugblätter bereits "einschlägig vorbestraft". Diesmal hatte es ihm eine offenbar unter Schock stehende, zumindest soziolethisch verwirrte 16-jährige Schülerin angetan, die ihre tiefe Betroffenheit und ihr Sühneverhalten nach einem ihr von der Schule arrangierten Auschwitz-Besuch der Öffentlichkeit mit der Anregung vermittelt hatte, Gleichartiges nachzuvollziehen. Der erfah-

rene Pädagoge schickte ihr einen Brief zur Vervollkommnung ihres Wissens. Beispielhafte Dokumente und Literaturhinweise sollten sie wieder normalisieren und zu weiteren Erkenntnissen führen. Auch Vergleiche mit gegenwärtigen Menschlichkeitsverbrechen z.B. im Nahen Osten sollten ihr Sozialgefühl ansprechen. So hat er stets seine pädagogische Aufgabe aufgefaßt.

44) **Der Schlesier**, 2. - 9.12.2011.

45) **Deutscher Rechtsschutzkreis e.V. (Hrsg.), Recht und Justiz**, Nr. 3/ 2011 -- Postfach 400215, D-44736 Bochum,.

Doch die Schülerin folgte den ihr zugeleiteten Aufforderungen, "Rechtsradikale" sogleich bei der Polizei anzuzeigen. Für solche Zwecke gab es schon seit Jahren reichlich mit Steuergeld finanzierte Broschüren.

Das Amtsgericht Neuss verurteilte den "rechtsradikalen

Strafäxler" am 12.9.2011 zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. -- Das Land Nordrhein-Westfalen hatte sich, wie die *Westdeutsche Zeitung* am 3.6.2010 schrieb -- mit 6,4 Millionen Euro jüngst an einer Stiftung zur Pflege der "Erinnerung an deutsche Schuld und Verbrechen" beteiligt.⁽⁴³⁾

Im "Kampf gegen Rechts" Gesetze übertreten

Günther Beckstein, langjähriger bayerischer Innenminister (CSU), im Herbst 2011 in einem Interview mit dem *Münchner Merkur*:

"Im Kampf gegen Rechts werden hin und wieder die Gesetze überschritten. Wir sind bei Rechtsextremi-

sten härter vorgegangen als bei Linksextremisten -- weil die Zustimmung in der Bevölkerung hier viel größer ist. Manchmal gingen wir sogar weiter, als der Rechtsstaat eigentlich erlaubt."⁽⁴⁴⁾

Wieder ein Verbot Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene e.V. "gefährdet den öffentlichen Frieden"

Am 21. September 2011 war es mal wieder soweit, gegen Deutschbewusste in der BRD einzuschreiten: Die Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene e.V. (HNG) wurde nach langjähriger Betreuungsarbeit verboten. Verurteilte wie Betreuer waren weitestgehend nur mit "Meinungsdelikten" kraft grundgesetzwidriger Sondergesetze, die sich ausschließlich gegen "rechte Tätergruppen" richten, befaßt. Diese Gesetze widersprechen

a) dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, -- so ist z.B. der Nationalsozialismus anders zu bewerten, als alle anderen Herrschaftssysteme der Weltgeschichte --,

b) der garantierten Meinungsfreiheit,

c) der Freiheit der Wissenschaft und Forschung und dergl..

Die Verbotsverfügung des Bundesinnenministers umfaßte zudem zum wiederholten Male durchgeführte umfangreiche Hausdurchsuchungen mit Beschlagnahmungen, die -- wie vornehmlich in der "einschlägig bekannten" Zentrale in Mainz -- auch auf Privatbereiche ausgedehnt wurden.

Verbotsgründe seien -- so BundesInnenminister **Hans Peter Friedrich**:

a) Die HNG habe sich dem Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verschrieben,

b) die HNG bestärke inhaftierte Rechtsextremisten in ihrer nationalistischen Überzeugung,

c) die HNG bemühe sich nicht, straffällig gewordene Rechtsextremisten zu resozialisieren, sondern sie »im kriminellen rechtsextremistischen Spektrum dauerhaft zu verankern.« Hierzu gehöre auch die "Verherrlichung des Nationalsozialismus";

d) mit Solidaritätsbekundungen und finanzieller Unterstützung habe die HNG zur "Radikalisierung der rechtsextremen Szene" beigetragen.

Willkürlich zusammengestellte Zitate aus Briefen und HNG-Mitteilungsblättern ohne Benennung der konkreten Angabe, ohne strafwürdige Passagen mit Hetzcharakter ergänzen die Verbotsverfügung.

Im übrigen bediente sich der frisch ernannte "wehrhafte Demokrat" Friedrich der gleichen Mittel wie sein Vorgänger im Amt Wolfgang Schäuble: Schlagwortkanonade pauschaler Vorwürfe gegen unerwünschte wehrlose Bürger. Mit "Rechtsstaat" kann solches Vorgehen nichts zu tun haben, selbst wenn Gerichte dieses Vorgehen juristisch absichern. In unseren USA wäre dergleichen nicht möglich, -- Die "Rote Hilfe e.V." ist von derartigen Repressionen nicht betroffen, obgleich sie echte Strafäxler unterstützt, da kein Linker in der BRD allein wegen seiner Meinung bestraft wird.

Auch im Internet bedarf es der "korrekten" Meinung

In Rostock wurde am 4. Oktober 2011 nach "jahrelangen Ermittlungen" den Betreibern der mit mehreren tausend Zugriffen am Tag beliebten Internetseite "Altermedia" der Prozeß gemacht, wobei alle Schlagworte, die gegen "rechts" popularisiert im Umlauf sind, gebündelt zum Einsatz gebracht worden sind. Von "Volksverhetzung", "Störung des öffentlichen Friedens", "Verbreitung der Menschenwürde angreifender Schriften", Verwendung von "ns-Kennzeichen" bis zur "Verherrlichung des Nationalsozialismus", "Leug-

nung sowie Verharmlosung von ns-Handlungen", "Beleidigung", war alles dabei; sogar ein "erfolglos gebliebener Aufruf zu rechtswidrigen Handlungen".

Die 50 Straftaten, deren sich der 1980 geborene Robert Rupprecht und der 1964 geborene Axel Möller zwischen 2008 und 2010 schuldig gemacht haben sollen, waren allerdings noch viel weitreichender, wurde ihnen doch vieles in der Anklagevorgeworfen, was einen Demokraten nur verwundern kann:

Historische Tatsachen Nr. 119

"Durch Generierung von Kommentaren der Verharmlosung oder Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen nicht entgegengetreten zu sein."

"Kommentare generiert zu haben, in denen dem Landtagspräsidenten im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern die Schönheit und Ästhetik abgesprochen werde."

"Bei Altermedia seien Karikaturen eingefügt gewesen, ohne sich von der Zeit des Nationalsozialismus zu distanzieren."

"Ein Leserkommentar sei veröffentlicht worden mit Bibelziten, die geeignet seien, Haß und Feindschaft gegen das Judentum zu entwickeln." ^{45a)}

2/3 des deutschen Steueraufkommens zur Finanzierung der Schulden fremder Länder verbürgt

"Wir sollten nicht vergessen, daß dieses ganze Projekt »Europäische Einheit« wegen Deutschland notwendig geworden ist. Es geht darum, Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr für die anderen wird. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen."

Günther Verheugen (SPD). EU-Kommissar von 1999-2010: ⁴⁶⁾

Am 21. Mai 2010 winkte der Bundestag einstimmig die Verpfändung von 2/3 des Bundeshaushaltes in Höhe von 190 Milliarden Euro an verschuldete europäische Fremdländer durch. Das ist weit mehr als Deutschland zu leisten instande ist. Dieses Versklavungsvotum zu Lasten aller zukünftigen Generationen des deutschen Volkes vollzogen Parlamentarier, die sich kraft Besitzungsmächte, Siegerrecht und internationaler Medienherrschaft monopolartig abgesichert und das von ihnen bereits zur "Bevölkerung" umstrukturierte Volk beherrschen,

"Mit dieser Entscheidung hat sich das deutsche Parlament wissenschaftlich gegen die Mehrheit im deutschen Volk gestellt",

schrrieb sogar Jörg Biallas, Chefredakteur *Das Parlament* in der Ausgabe 40 - 42/2011.

Die Deutschen haben sich längst daran gewöhnt, daß sie nicht gefragt werden.

Auch wenn die übernommenen Bürgschaften nicht mit gegenwärtigen Zahlungen gleichzusetzen sind, so werden sie -- betrachtet man die reale Lage der europäischen Länder -- doch mit Sicherheit eines Tages fällig. Und die Gerichtsvollzieher stehen schon im eigenen Land, um Leistungen und Eigentum der Bürger einzufordern, weil, wie gesagt, andere Länder Schulden gemacht haben. Der europäische Gerichtshof hat längst die erforderlichen Kompetenzen seiner Oberhoheit über die nationale Gerichtsbarkeit an sich gezogen, -- auch mit Hilfe der Parlamentarier des Bundestages.

Und der "Rettungsschirm" reicht immer noch nicht aus! Ein permanenter Rettungsschirm soll her, genannt "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM), der aufzustocken sei auf 750 Milliarden Euro, nein, sogar auf 1,5 Billionen Euro mit einem deutschen Anteil von 190 bzw. 380 Milliarden Euro. Die Deutschen sind als singuläre Höchstbürgen stets dabei, den Gläubigern der Anleihen nicht mehr zahlungsfähiger Staaten den Rettungsschirm aufzuspannen (den Banken, Versicherungen und Börsenaktivisten, den "im Dunkeln" operierenden Finanzmarktmanagern).

Mit Verpfändung deutschen Volksvermögens zugunsten von Banken usw., die im Ankauf von Anleihen maroder Staaten mit Blick auf eigene Profite zu leichtfertig waren, hat der Bundestag für das Volk lebenswichtige Verfassungsgrundsätze gebrochen, wozu er gar nicht legitimiert war. Er hat hiermit nicht nur die Eigentumsrechte des Volkes untergraben, sondern auch eine unumkehrbare Entwicklung festgelegt, die den europäischen Völkern trotz nationaler Parlamente und Europaparlament eine demokratische Mitbestimmung vereitelt. Die Kommissare in Brüssel sind -- zumal gemäß den Vorgaben des ESM-Vertrages -- befugt, eigenmächtig mit gut besoldeten ernannten Beschlußgremien die Finanzhoheit der Mitgliedsländer und damit natürlich ihr Selbstbestimmungsrecht auch in anderen Fragen auszuhebeln. Das Volksvermögen -- ohnehin schon hoch verschuldet -- wurde mal kurz für Fremde verbürgt. Zurück bleibt der fassungslose "Souverän", der fleißige Bürger Deutschlands.

Die Situation Deutschlands in diesem Europa ist zudem singulär erniedrigend:

(1)

Als einziges Mitglied ist es in einem alle Völkerrechtsnormen sprengenden Zerstückelungszustand der Europäischen Gemeinschaft zugeordnet worden.

(2)

Von 1945 - 1954 wurde allein das von den Sowjets aus ihrer Besatzungszone geraubte Vermögen auf 504.500 Milliarden € beziffert, ⁴⁷⁾ 8 ⁷³⁾ die sowjetischen Besatzungskosten bis 2004 auf 180 Mrd €. ^{47) 8 85)}

(3)

Den westlichen Zonen waren von 1946 - 1955 = 537.760 Mrd. DM = 268.880 Mrd. € Besatzungskosten aufgelastet worden ^{47) 8 82)}, westalliierte Stationierungskosten 1954 - 1959

45a) *Deutsche Stimme*, November 2011, S. 14.

46) *Die Aula*, Graz Oktober 2011, S. 26.

47) Hans Meiser, "Ausplünderung Deutschlands seit 1919 = 18 Billionen bis 2010", Tübingen 2010, Grabert Verlag.

= 165.108 Mrd. €⁴⁷⁾ & ⁴⁸⁾, Reparations-Kreditkosten = 34.155 Mrd. €⁴⁷⁾ & ⁴⁹⁾. Dazu ist der Raub an Vermögenswerten im deutschen Osten, an Patenten, Kunstgegenständen, Goldbeständen, des deutschen Auslandsvermögens und vieles mehr zu zählen, was **Hans Meiser** mit **11.718 Milliarden €** ermittelt hat,^{47) S. 115}

Derweil streben die Wiedergutmachungsleistungen an Israel und jüdische Organisationen den 100 Milliarden € entgegen, freilich nicht einer Versöhnungsbereitschaft seitens der "heiligen Krieger".^{47) S. 122}

"Bereits wenige Jahre nach Abschluß des Israel-Vertrages und dem Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes wurde erkannt, daß deutsche Leistungen in ein Faß ohne Boden flossen."^{47) S. 123}

Und die Anzahl der "antragsberechtigten Überlebenden des Holocaust" vermehrte und vermehrte sich.

"Seit 1949 hat keine Bundesregierung versucht, ein halbwegs zutreffendes Zahlenmaterial zu erstellen" (zu diesem Thema, – d. Verf.)^{47), S. 109}

(4)

Pauschal errechneter Arbeitswert von 6,5 Millionen verschleppter deutscher Arbeitssklaven von 1945 - 1955 = 325 Mrd. €.^{47) S. 87}

(5)

Vorbehaltsrechte der Siegermächte und deren verlogene, aus der alliierten Kriegspropaganda hergeleitete und mit Strafrecht abgesicherte Umerziehungsdogmen gelten nur in Deutschland.

(6)

Das Siegerrecht für Deutschland findet sich in den EU-Rechtsgrundlagen verankert.

Noch immer sind auf bundesdeutschem Boden etwa 70.000 US-Soldaten (von den anderen hefreundeten Truppen zu schweigen) dauerhaft in den verschiedenen Militärstützpunkten gemäß Schaubild stationiert. Bisherige Abzugsankündigungen aus Washington haben sich als Sprechblasen erwiesen.

Mehr noch: Bundesdeutsche Spitzenpolitiker betonen unverdrossen, wie willkommen die zivilen und uniformierten Befreier seien. Der Artikel 139 Grundgesetz zur Befolgung ihrer Verfügungen über das deutsche Volk nach 1945, als Deutschland noch "Feindstaat" war, wird dagegen so gut wie nicht zu Sprache gebracht.

Nicht zu unterschätzen ist, daß die USA derweil in ihrer weltweiten Militärstrategie die Bundesrepublik als Drehscheibe für Truppen- und Waffentransporte in Krisen- und Kriegsgebiete, die nicht deutsche Angelegenheiten sind, verwenden. Nicht umsonst finden sich die großen US-Kommandostellen US-Eucom, US-Africom auf deutschem Boden. Die Bundesregierung beteiligt sich mit mehr als 1 Million Euro jährlich am Unterhalt der US-Militärstützpunkte.

(7)

Diesem so entmündigten und diskriminierten Deutschland wurden zudem die höchsten Leistungsbeiträge (am EU-Rettungsschirm 27,15%, am EU-Haushalt 2010 = 19,94%), die höchsten Stimmenquoten für einen Abgeordneten (10 mal mehr als für einen Luxemburger) und die geringste Vertretungsquote bei den Kommissaren (3,7%) aufgelastet.⁴⁸⁾

(8)

Allgemeinen Konsens fand zudem die höchste Immigrantquote von ca. 15 - 16 Millionen Fremdländischer sowie die singular hochgetriebene Staatsverschuldung von

2.074.996.102.777,- Euro (= über 2 Billionen im Okt. 2011) mit einem Schuldenzuwachs pro Sekunde in Höhe von 1.556,- Euro.⁴⁹⁾

Wie die "Stiftung Marktwirtschaft" herausgefunden hat, liegt die tatsächliche Verschuldung wahrscheinlich bei 6,2 Billionen Euro.

"Zu den 1,9 Billionen »sichtbaren« Schulden kommen noch 4,3 Billionen Euro verdeckte Schulden hinzu"

Dabei handele es sich um Leistungsversprechen des Sozialstaats, die in Zukunft bezahlt werden müssen, z.B. Gesundheitssektor, Pensionen für Beamte sowie die Pflege- und Rentenversicherung. Pro Kopf mache das für jeden 75.600 Euro Schulden.⁴⁹⁾

Prof. Hans Werner Sinn (Volkswirtschaftler an der Uni München) erklärte hierzu:

"Der Rettungsschirm ist eine tickende Zeitbombe, deren Sprengkraft selbst die schlimmsten Ahnungen der Öffentlichkeit übersteigt."



48) *Die Stimme des Reiches*, 4/2011, S. 21 + Nr 5/2011, S. 2 ff. (Dr. Rigolf Hennig, Südstr. 9, D-27283 Verden).

49) *Bund der Steuerzahler*, 18.10.2011; – *Unabhängige Nachrichten (UN)*, Oktober 2011, S. 12, Postfach 101706, D-46017 Oberhausen.

Mit der Wiedergutmachung in die Schuldenfalle

"Die »Befreier« haben Deutschland erst verwüstet, nach 1945 ausgeraubt und aus dem einst blühenden Land Billionen Euro nach heutigem Wert herausgepreßt.

Damit nicht genug, wird die Bundesrepublik seit 1952 durch sogenannte »Wiedergutmachungsleistungen« in verschiedenster Weise ... in die Schuldenfalle gezwungen, ...

Die Schuldenruhr zeigt jede Minute eine weitere Million an. Inzwischen haben sich Schulden von etwa: 1,738 Billionen Euro (Stand 4. August 2010) angesammelt, zu denen noch etwa 5,5 Billionen Euro Pensions- und Rentenverpflichtungen kommen. ...

Anfang der fünfziger Jahre wurden die von den Alliierten als abgeschlossen erklärten Reparationen in »Wiedergutmachungszahlungen für die Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus« umbenannt, die wie in Zeiten Roms als Tribute von Deutschland seither und mit immer neuen Begründungen eingefordert wurden und noch werden.

1945 richtete Chaim Weizmann, der spätere erste Präsident des Staates Israel, ein Schreiben an die vier Besatzungsmächte, worin er den den Juden zugefügten Schaden auf 2 Milliarden Pfund Sterling schätzte. Nicht einbezogen in diese Summe waren Ansprüche einzelner Juden, die durch das Dritte Reich körperlich oder seelisch geschädigt worden seien. Das war nun erheblich mehr und hätte etwa 20 Milliarden Mark entsprochen.⁵¹⁾ 47 S. 119

Mit Kollaborationshilfe ausgeraubt

Entsprach die Zerstückelung und Ausraubung Deutschlands mit der damit verbundenen Verteilung jeglicher souveräner Regierung für alle Zukunft für das deutsche Volk auch der alliierten Politik in Ost und West, so haben doch sämtliche bisherigen Bundesregierungen mehr oder weniger "dienstbeflissen" das deutsche Volk in eine nach menschlichem Ermessen ausweglose Abhängigkeit, Unterwürfigkeit und Überfremdung verstrickt, die mit Worten nicht mehr zu beschreiben ist.

Dr. **Hans Meiser** hat zu diesem Thema ein erregendes und gleichermaßen erschütterndes Buch – *"Die Ausplünderung Deutschlands seit 1919"*⁵⁰⁾ vorgelegt, das in wissenschaftlicher Präzision und mit umfassenden Details fundamentale historische Bedeutung hat und hier aus Platzmangel gar nicht genug gewürdigt werden kann. Dieses Buch belegt aber auch, daß **Hans Meiser** mit dieser Analysearbeit nicht allein steht, sondern bereits auf eine beeindruckende Literatur zurückgreifen kann, wobei hier der Konkretisierung wegen einige Historiker besonders hervorzuheben seien.⁵¹⁾

Die Begriffsdeklarationen der Ausplünderung Deutschlands umfaßten die verschiedenartigsten Methoden, Bereiche, Titel, verschleierte und gänzlich geheimgehaltene Transaktionen im Umfang, von Mrd-Werten, verbunden stets mit ständig ausgeweiteter und strafrechtlich abgesicherter Generationen übergreifender Schuldbelastung und Ritualverpflichtung des deutschen Volkes. Es begann mit Heimatvertreibung und Massenmorden an wehrlosen Deutschen, Raub,

Diebstahl, Demontagen, Arbeitssklavenprogrammen für deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten, Besatzungswillkür. Es setzte sich fort mit "Wiedergutmachung" in den verschiedenartigsten Variationen undefinierter Begrenzung und Dauer, speziell für Juden. Diese hatten bekanntlich allein schon deshalb besondere Reparationsansprüche gestellt, weil sie sich länger als alle anderen mit Deutschland im Kriege befanden,⁵²⁾ wobei sie allerdings verschwiegen, daß sie selbst es waren, die Deutschland 1933 ohne jedweden berechtigten Anlaß den Krieg erklärten. Sie hatten weder 1945 noch 1952, als **Nahum Goldmann** mit Bundeskanzler **Konrad Adenauer** die Wiedergutmachungsverhandlungen im Alleingang aufnehmen und "diktatorisch" zu Ende führten.^{53) S. 174,}

"eine zureichende Vorstellung vom Umfang der nazistischen Verbrechen und der gewaltigen Zahl der anspruchsberechtigten Opfer".^{54) S. 440}

- 51) Hermann Abs, "Entscheidungen 1949-1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens", Mainz-München 1991.
Karl Basler, "Die Ausraubung des deutschen Volkes nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft bis zur Gegenwart" Graz 1988.
Brodersen/Fehn/Franosch/Wirth, "Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation", München 2000.
Friedrich Georg, "Unternehmen Patentreib 1945", Tübingen 2008.
Claus Nordbruch, "Der deutsche Aderlaß", Tübingen 2001.
Wolfgang Popp, "Wehe den Besiegten", Tübingen 2004.
Ernst Rumpf, "Wiedergutmachung. Deutschland zahlt immer, Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert", Rosenheim 1992.
Franz Rupp, "Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone", hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1951.

52) Nana Sagl, "Wiedergutmachung für Israel -- die deutschen Zahlungen und Leistungen", Stuttgart 1981, S. 27.

53) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978,

50) Hans Meiser, "Ausplünderung Deutschlands seit 1919 -- 18 Billionen bis 2010", Tübingen 2010, Grabert Verlag.

Der Judea-Verhandlungsführer rühmte sich, wie er "mit Geschichten erzählen Millionen verdiente",⁵³⁾ S. 180 + 182 und wie einige Unterredungen mit Kanzler Konrad Adenauer genügten, um die geforderte und von der DDR verweigerte Summe als Verpflichtung Westdeutschland aufzulasten.⁵³⁾ S. 184

Die Forderungssummen und -arten vervielfältigten sich im Laufe der Jahre in nicht mehr überschaubarer Weise. Gab es in den 60er Jahren hierfür noch Haushaltstitel, so verteilten oder versteckten die BRD-Entscheidungsträger danach die Wiedergutmachungsposten in anderen Positionen.⁵⁰⁾ S. 126

Eine Einsparung auf Grund natürlicher Sterbefälle gemäß des Bundesentschädigungsgesetzes sollte vermieden werden. So konnten die Zahlungen weiter steigen und auch der Empfängerkreis, ohne daß dies sonderlich auffiel.

Die in New York erscheinende jüdische Zeitschrift *Aufbau* meldete zum 30. 6. 1965 = 3.375.000 Anträge Überlebender, eine Zahl, die das Bundesfinanzministerium 1985 mit 5 - 7 Millionen bestätigt hat.⁵⁵⁾

Meiser spezifiziert:

Zwischen 1956 - 1966 zahlte die BRD an 14 Staaten 10,4 Mrd € Entschädigung.⁵⁰⁾ S. 128

"Das Bundesentschädigungsgesetz vom 1.10.1953 (BEG) verfügte eine Entschädigung für alle Personen, die aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verfolgt worden waren. Dazu gehörten Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden und andere. Zigeuner waren anfangs ausgeschlossen, später wurden auch sie einbezogen, desgleichen die Zeugen Jehovas. Alle erhielten oder erhalten Renten für Schäden an Leben, Heilkuren für Körper- und Gesundheitsschäden und Zahlungen für Schäden im wirtschaftlichen Bereich.

Bis zum 1. Januar 1980 wurden 4.346.608 Anträge gestellt und bis 1. Januar 1990 insgesamt 66,308 Milliarden DM gezahlt.⁵⁰⁾ S. 129 + 179

Z.B. wurde Herbert Marcuse nach Rückkehr aus den USA wegen einer "von den Nazis" verweigerten "sicheren, Professur" mit einer 6-stelligen Summe entschädigt.⁵⁰⁾ S. 129

Im November 1965 wurde das BEG als "Schlußgesetz" mit über hundert Änderungen erlassen. Hiernach konnten sogar rechtskräftig abgeschlossene Fälle erneut bearbeitet, 1,2 Mrd DM an eingewanderte Juden aus Osteuropa ausbezahlt werden. Zusätzlich 20 Mrd € Kapitalhilfen und Renten von 1970 - 2010 an Ostblockjuden und weitere Leistungen an Israel folgten.⁵⁰⁾ S. 134

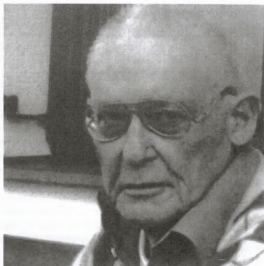
Wesentliche Entwicklungshilfen für Israel verschleierte das Bundesfinanzministerium. Nahum Goldmann indes bestätigte:

"Ohne die deutschen Wiedergutmachungsleistungen, die in den ersten 10 Jahren nach der Gründung Israels einsetzten, besäße der Staat kaum die Hälfte seiner heutigen Infrastruktur: alle Züge, alle Schiffe, alle Elektrizitätswerke sowie ein Großteil der Industrie sind deutschen Ursprungs."

⁵³⁾ S. 171

54) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980.

55) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 107 S. 14.



Dr. Hans Meiser

Ab Dezember 1957 erweiterten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Verteidigungsminister Franz Josef Strauss in geheimen Absprachen die Israelhilfe:

"Neben den schon erwähnten U-Booten legten die Israelis eine lange Liste von Waffen und Ausrüstungsgegenständen, von Panzern, Hubschraubern, Transportflugzeugen und Artillerie samt dazugehöriger Munition vor. Adenauer, von Strauss unterrichtet, erklärte sich einverstanden.

Wie er am Artikel 26 des Grundgesetzes ebenso wie an vielen anderen Rechtsvorschriften vorbei das Gewünschte lieferte, beschrieb Strauss in seinen Memoren:

"Wir haben die Israel zugesandten Geräte und Waffen heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und in einigen Fällen hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei Diebstahlsanzeige erstattet. Hubschrauber und Flugzeuge wurden ohne Hoheitszeichen nach Frankreich geflogen und von Marseille aus nach Israel verschifft." ⁵⁰⁾ S. 134 + 345

Bezahlt wurde nichts. In keiner Liste der Wiedergutmachung erschien etwas darüber. Einer Versöhnung und Ehrlichkeit miteinander ist man nicht näher gekommen. Die Bußrituale für das deutsche Volk sind geblieben. Daran änderte auch das geheime Militärabkommen zwischen F. J. Strauss und seinem Amtskollegen Shimon Peres 1960 (Lieferung auch von Düsenflugzeugen, Personalausbildung durch die Bundeswehr usw.) nichts.⁵⁰⁾ S. 139

Offiziell hieß es in Bonn gar, man werde keine Waffenlieferungen an Israel zulassen. Im übrigen stünde Artikel 26 des Grundgesetzes derartigen Lieferungen entgegen. Dem "Souverän" -- dem Staatsbürger -- blieb nur der Vergleich zur späteren -- 1961 -- Beteuerung von Walter Ulbricht:

56) Franz Josef Strauss, "Die Erinnerungen", Berlin 1989, S. 342 ff.

"Niemand hat die Absicht, in Berlin eine Mauer zu bauen!".

Die Treuhand verschenkt Milliarden!

"Die willkürliche Erzeugung von mehreren 100 Mrd. DM Schulden zu Lasten der ost(mittel)deutschen Wirtschaft und der gesamtdeutschen Steuerzahler ist ein so ungeheuerlicher Vorgang, daß ihn die meisten Deutschen bis heute nicht bemerkt und noch weniger begriffen haben.

Warum blieb am Ende der »Abwicklung« durch die Treuhand vom gesamten Volksvermögen der ehemaligen DDR in geschätzter Höhe von rund 600 Mrd. DM nichts übrig als rund 400 Mrd. DM Schulden im Erblastentilgungsfonds? (Die genaue Summe ist nirgendwo zu erfahren!) Und wohin sind die rund 1.000 Mrd. DM Vermögen verschwunden?" ^{57) S. 170}

Nach Hintergrundanalysen der Morde an Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen (30.11.1989) und dem ersten Leiter der Treuhandstelle, Detlev-Carsten Rohwedder, am 1.4.1991 (auch sein Konzept: Betriebssanierung vor Privatisierung) und dem direkten Kurswechsel durch Nachfolgerin Birgit Breuer seien hier nur einige Beispiele für die dann (mittels offensichtlich mächtiger Hintergrundkräfte) durchgeführte Praxis angeführt:

1.)

"Das Eigenkapital der ehemaligen DDR-Banken wurde als einziges gesellschaftliches Vermögen bei der Währungsunion 1:1 umgestellt. Schon dies war ein gewaltiges Geschenk für die westdeutschen Banken, denn im Durchschnitt betrug das Umstellungsverhältnis der Betriebs-, Bevölkerungs- und Bankvermögen 1,81:1. Zusätzlich erwarben die Banken mit dem Kauf von DDR-Geldinstituten noch die Ansprüche auf Alt-schuldenforderungen, die im Verhältnis 2:1 umgestellt

wurden und sich ab 1. Juli 1990 zu westüblichen Zinssätzen äppig vergrößerten." ^{50) S. 173}

2.)

"Die BUNA-Werke wurden nicht nur an die französische Firma »Elf« verschenkt, diese erhielt zum Trost noch 9 Milliarden dafür, daß sie bereit war, sich BUNA schenken zu lassen. Der damit verbundene Korruptionsfall ist bis heute in der BRD nicht aufgeklärt. Zweimal hat die französische Regierung darüber Unterlagen der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Zweimal sind diese nach Grenzübergang spurlos verschwunden." ^{50) S. 173}

3.)

Die »Berliner Bank A.G.« erwarb von der Treuhand für 49 Mio DM die Staatsbank der DDR, erhielt damit jedoch die Ansprüche auf »Altschuldenforderungen« und gewann damit etwa 11,451 Mrd. DM. ^{50) S. 173}

4.)

Auf ähnliche Weise konnte sich die »DG Bank« 1990 (ohne Berechnung der zugehörigen Liegenschaftswerte) um 15,144 Mrd DM bereichern.

"Die »DG« ließ sich für diesen »Aufwand«, der ihr bei der Abwicklung dieses Geschäftes zugemutet worden war, mit einigen Millionen DM entschädigen." ^{50) S. 173, 174}

Hans Meiser summiert an Banken verschenkte Altfordernungen = 192.600 Mrd DM, eine Summe, die mit unredlichen Verfügungen den mitteldeutschen Betrieben entzogen und diese damit bei zusätzlich hohen Zinsbelastungen (11% statt 0,5%) in den Bankrott getrieben wurden. ^{50) S. 174 + 175}

"Viele Betriebe wurden aufgrund dieser künstlichen Schulden für symbolische Summen verschenkt und dann oft geschlossen. Vielen Investoren zahlte die Treuhand sogar noch Millionen, damit sie die von außen zugrunde gerichteten Betriebe übernahmen." ^{50) S. 176}

Alein hiermit spielte die Treuhand Multimilliardenwerte deutsches Betriebsvermögen in Fremdbesitz und lastete zusätzlich dem deutschen Volk gewaltige Schulden auf.

Schulden am 19. Juli 2011

1.965.360.706.240 Billionen €

Zinsen pro Sekunde: 2.279 €

Zinsen pro Minute: 136.740 €

Zuwachs pro Stunde: 8.204.400 €

Zuwachs pro Tag: 19.690.560 €

Zinsen pro Monat: 599.716.800 €

Zinsen pro Jahr: 7.166.016.000 €.

Schulden am 18.3.2012

2.038.431.228.412 Euro. ⁵⁷⁾

Da diese Schuldensumme angefallen ist auf Grund der durch Siegerdiktat verfügten Kriegsschuld Deutschlands, wird sich das deutsche Volk hiervon erst befreien können, wenn die Siegermächte gezwungen sein werden, eine sachgerechte Bewertung der Kriegsursachen für beide Weltkriege anzuerkennen, und das deutsche Volk seine Souveränität zurückgewonnen hat!

⁵⁷⁾ Bund der Steuerzahler 19.7.2011 bzw. 18.3.2012. --- Vgl. *Unabhängige Nachrichten (UN)* 41617 Oberhausen, Postfach 101706, jeweils S. 12.

»Wiedergutmachung« »Wirtschaftshilfe«

1952 - 2010 Leistungsempfänger ^{30) S. 178}

(1) 1952 an Israel und jüdische Verbände	17,250
(2) 1952 Entschädigung f. NS-Opfer in 14 Ländern	10,400
(3) »Wiedergutmachungen« bis 31. Dezember 2009	363,195
(4) Leistungen der Bundesländer	8,410
(5) Israel »Entwicklungshilfe« als Tarnung	10,940
(6) Hilfe für Ostblock-Juden 1970	20,000
(7) Waffenlieferungen an Israel	100,000
(8) Private Firmen-Leistungen seit 1958	0,110
(9) Staat und Wirtschaft für ehemalige Zwangsarbeiter	10,000
(10) »Härfälle« an Welt- und Zentralrat der Juden	0,440
(11) Entschädigung für Arbeit im Ghetto (9/2007)	0,100
(12) Für ungarische u. Leningrader Juden (2008)	0,027
(13) 1991 »Entschädigung« für Irak-Raketen auf Tel Aviv	0,500
(14) Kontingent-Juden 2008, Voll-Alimentation	1,000
(15) Für Zentralrat der Juden 2003-2008	0,030
(16) BRD-Zahlungen an Polen insgesamt bis 2008	26,740
(17) Zahlungen an die Tschechei bis 2008	0,890
(18) Zahlungen an Rußland und GUS-Staaten	196,520
(19) »Lösegeld«-Zahlungen an Rumänien ab 1978	6,250
(20) An Griechenland insgesamt	75,000
(21) Weitere Zahlungen an ...	0,771
(22) BRD an die DDR bis 1990 rd.	5,000,000
(23) Altschulden der DDR	172,000
(24) Altschulden der DDR, nur Zinsen bis 2005	0,206
(25) An Banken verschenkte Altfordorderungen	192,600
(26) Für Nichtteilnahme am Golfkrieg 1991	17,100
(27) 1991 - 1994 Kosten f. serb.-bos.-kroatischen Krieg	36,000
(28) 1991 bis 1997 für 320.000 Kriegsflüchtlinge	15,000

6.281,479 Mrd €

»Wiedergutmachungen« 1954 - 2008 Zeitwert

Am Beispiel 2005 wies **Hans Meiser** spezifiziert jährliche Bundesausgaben für fremde Bürger, Organisationen, Staaten und internationale Verpflichtungen nach. Zusammengefaßtes Ergebnis:

ESM + EFP – Rettungsschirme für Globaldiktatoren?

Am 29.6.2012 winkte der Bundestag mit 2/3 Mehrheit -- der Bundesrat folgte noch am selben Tag -- 2 in seiner Bedeutung unfassbare Gesetze durch, die faktisch einem Staatsstreich auf Abschaffung deutscher Nationalstaatlichkeit gleichkommen: für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM = dauerhafter und unbeschränkter Rettungsschirm) und den Europäischen Fiskalpakt (EFP). Beide übertragen demokratische Hoheitsrechte an eine einer Kontrolle entzogene Eurokratenherrschaft, lasten aber auch dem deutschen Volk unübersehbare Schuldbürgschaften für fremde Pleitestaaten auf. Wer eigentlich das Recht und nach welchen Kriterien auszuüben hat, den Euro zu drucken, war von keinem Presseorgan zu erfahren. Eine Kündigungsklausel ist nicht vorgesehen.

„Da soll es nun ein überstaatliches Zentralgremium geben, dessen Mitglieder strafrechtliche Immunität besitzen, bei deren Geschäftsgebaren jegliche Kontrolle untersagt ist, die also nicht offenlegen und vertreten müssen, wofür sie die ihnen verfügbaren Milliarden verwenden, und -- was dem Ganzen die Krone aufsetzt -- wenn sie mit dem Geld nicht auskommen, dürfen sie willkürlich weitere Milliardenbeträge von den einzelnen EU-Staaten abfordern, die innerhalb einer Woche zu überweisen sind und wogegen es keinerlei Einspruchs- und Verweigerungsrecht gibt!“ ⁵⁹⁾

Unverzüglich eingereichte Verfassungsklagen mit rd. 37.000 Unterschriften nötigten das Bundesverfassungsgericht, am 12.9.2012 wenigstens einige Vorbehaltsrechte für die Bundesrepublik zu wahren: Bürgschaftsbegrenzung auf 190 Mrd. Euro, Einschaltung der Parlamentarier bei weiteren Leistungen und Kündigungsrecht im Falle von Mißbrauch, Hoheitsrechte und Demokratiegrundsätze dürfen nicht xöllig preisgegeben werden.

33,105 Mrd € + Asylanten-/Migrantenkosten 77,620 Mrd € = 110,725 Mrd €.^{50) S. 230}

Man summiere die Jahre, vergleiche den Bundeshaushalt (2009 = 280 Mrd €) und bedenke, daß ständige Zahlungserhöhungen im Trend liegen und kraft »einsamer Entschlüsse« wie z.B. jener des Bundeskanzlers **Gerhard Schröder** (SPD) 2005 -- Schuldenerlaß von 5 Mrd € für Rußland -- das deutsche Volk zusätzlich schröpfen.

„Das ist nur möglich, weil sich Bund und Länder jährlich in Milliardenhöhe weiter verschulden.“ ^{50) S. 231}

Hans Meiser führt beispielhaft für 2008 die Zahlung des Bundes, der Gemeinden, der Kranken- und Rentenkassen von knapp 100 Mrd € (ohne sonstige Spenden 35,33% des Bundeshaushaltes mit 283 Mrd €) für ausländische Bürger, Organisationen, Staaten und internationale Projekte an. ^{50) S. 234, 235}

„Zählt man dazu noch die von den Alliierten nach 1945 verursachten und erzwungenen Kosten, die eingelegenen materiellen Werte (Demontagen, Reparationen, Zwangsarbeit), die mindestens 11,718 Billionen Euro (s. POS.: 18) nach heutigem Wert betragen, und die Reparationskosten des Ersten Weltkrieges hinzu, so ergibt sich (11,718 Bill. + 6,281 Bill. + 0,538 Bill.) die astronomische vierzehnstellige Zahl von

über 18 Billionen (18.538,287) Euro.“ ^{50) S. 179 + 236}

Dazu kommt noch ein bisher unerwähnter Posten:

„Der Sachverständigenrat hat errechnet, daß inzwischen Forderungen von deutschen Unternehmen, Banken, Privatleuten und dem Staat von 2,8 Billionen Euro gegen Schuldner aus dem Euro-Ausland bestehen. ...

Bricht der Euro zusammen, ist ein nicht unwesentlicher Teil dieser Summe abzuschreiben.“ ⁵⁸⁾

⁵⁸⁾ Der Schlesier, 17./24. August 2012, S. 2.

⁵⁹⁾ UN (Unabhängige Nachrichten) Juli 2012, S. 2.